

Beteiligungsberichte
der Stadt Schmöln
nach § 75 a ThürKO

für das Jahr
2017

- envia Mitteldeutsche Energie AG
- KEBT - Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (Entwurf)
- Stadtwerke Schmöln GmbH
- Kommunalservice Schmöln GmbH
- Neue Energie Schmöln GmbH
- Wohnungsverwaltung Schmöln GmbH



Geschäftsbericht der
envia Mitteldeutsche Energie AG
zum 31. Dezember 2017

Bericht des Aufsichtsrates	04
Mitglieder des Aufsichtsrates	08
Der Beirat	10
1 Lagebericht	13
1.1 Grundlagen des Unternehmens	14
1.2 Wirtschaftsbericht	15
1.3 Chancen- und Risikomanagement	28
1.4 Prognosebericht	32
1.5 Erklärung zur Unternehmensführung	35
Anlage zum Lagebericht	36
2 Jahresabschluss	39
2.1 Bilanz	40
2.2 Gewinn- und Verlustrechnung	41
2.3 Anhang	42
3 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	71
Abkürzungsverzeichnis	77
Impressum	79

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er ist vom Vorstand regelmäßig schriftlich und mündlich über den Gang der Geschäfte, die beabsichtigte Geschäftspolitik und die relevanten Geschäftsvorfälle informiert worden. Der Aufsichtsrat hat hierüber mit dem Vorstand beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft anhand der Berichte des Vorstandes überwacht.

Im Geschäftsjahr 2017 fanden fünf Sitzungen des Aufsichtsrates statt. Der Aufsichtsrat fasste des Weiteren drei Beschlüsse im schriftlichen Verfahren.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Aufsichtsrates standen die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Gesellschaft, wobei insbesondere die Entwicklung in den Geschäftsfeldern Vertrieb und Erzeugung/Erneuerbare Energien sowie die Rentabilitätsentwicklungen bei den Netzgesellschaften eingehend erörtert wurden.

Der Aufsichtsrat diskutierte umfassend die Umsetzung der Anforderungen des „Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst“ in Vorstand und Aufsichtsrat. Im Ergebnis seiner Beratungen legte er für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2022 konkrete Zielquoten für Frauen im Aufsichtsrat und im Vorstand der Gesellschaft fest. Entsprechende Zielquoten für die Ebene unterhalb des Vorstandes nahm der Aufsichtsrat zur Kenntnis.

Der Aufsichtsrat beschäftigte sich des Weiteren schwerpunktmäßig mit

- dem Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2017,
- der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2018,
- der Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre bis 2020,
- der wirtschaftlichen Lage und der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften und dem daraus resultierenden Beteiligungsergebnis,
- Akquisitions- und Desinvestitionsvorhaben,
- dem Risikomanagement unter Berücksichtigung der Aktivitäten im Rahmen
- der Back-to-Back-Handelsgeschäfte,
- dem Fraud-Management und dem Compliance-Management.

Auch außerhalb der Sitzungen erörterte der Aufsichtsratsvorsitzende mit dem Vorstand bedeutsame Einzelvorgänge, insbesondere die Unternehmensstrategie und die Unternehmensplanung.

Des Weiteren beriet sich der Vorstand regelmäßig mit den Vertretern der kommunalen Anteilseigner und mit den Vertretern der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

Der Personalausschuss trat im Berichtszeitraum zu zwei Sitzungen zusammen und fasste darüber hinaus vier Beschlüsse im schriftlichen Verfahren.

Der Ausschuss gemäß § 27 Abs. 3 MitbestG ist nicht tätig geworden.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sind unter Einbeziehung der Buchführung von dem durch die Hauptversammlung am 3. Mai 2017 gewählten und auf Grund des Beschlusses des Aufsichtsrates vom gleichen Tag beauftragten Abschlussprüfer, der PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, Zweigniederlassung Leipzig, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Abschlussprüfer hat außerdem festgestellt, dass die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG eingehalten wurden.

Der Bericht des Abschlussprüfers zum Jahresabschluss und Lagebericht ist den Mitgliedern des Aufsichtsrates im Auftrag des Aufsichtsratsvorsitzenden durch den Vorstand der Gesellschaft rechtzeitig vor der Bilanzsitzung ausgehändigt worden, er wurde in die Aussprache und Prüfung des Jahresabschlusses einbezogen. Der Abschlussprüfer hat an der Beratung des Aufsichtsrates über den Jahresabschluss teilgenommen, über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet und zu weiteren Auskünften zur Verfügung gestanden.

Der Aufsichtsrat hat vom Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen. Er hat seinerseits den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 gebilligt, der damit festgestellt ist. Dem Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns schließt sich der Aufsichtsrat an.

Der Vorstand hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt. Der Abschlussprüfer hat diesen Bericht geprüft und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtgemäßen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentliche andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Der Bericht des Vorstandes und der Prüfbericht des Abschlussprüfers, betreffend die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen, sind den Mitgliedern des Aufsichtsrates rechtzeitig vor der Bilanzsitzung zur Verfügung gestellt worden. Der Aufsichtsrat hat vom Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers zustimmend Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner eigenen Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die am Schluss des Berichtes über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen abgegebene Erklärung des Vorstandes.

Mit Beendigung der ordentlichen Hauptversammlung am 3. Mai 2017 endete die Amtszeit des Aufsichtsrates.

Die Hauptversammlung am 3. Mai 2017 wählte die Herren Bernd Böddeling, Carl-Ernst Giesting, Martin Herrmann, Frau Hildegard Müller, die Herren Dr. Joachim Schneider, Detlef Hillebrand und Karsten Schütze als Aufsichtsratsmitglieder.

Herr Thomas Eulenberger und Herr Thomas Zenker wurden durch die KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia und Herr Bernward Küper durch die KBM Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia Mitteldeutsche Energie AG in Ausübung ihrer satzungsmäßigen Rechte in den Aufsichtsrat entsandt.

Durch die Wahl der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat gehören seit Beendigung der Hauptversammlung am 3. Mai 2017 auch die Herren Holger Bittner und Marcus Borck, Frau Christina Dittrich, Herr Heiko Heinze, Frau Ute Liebsch, die Herren Knut Lindner, René Pöhls, Gerald Voigt, Frau Birgit Zielke und Herr Hanns-Christoph Zippel an.

Den ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern, Herrn Sven Bartz, Frau Sieglinde Hinzer, den Herren Dr. Heinz-Willi Mölders, Dr. Werner Rauball und Jens Winkler, dankte der Aufsichtsrat für die langjährige engagierte und konstruktive Mitarbeit im Aufsichtsrat zum Wohle des Unternehmens.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Leistung im abgelaufenen Geschäftsjahr. Mit ihrem Einsatz und ihrer Kompetenz haben sie maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens beigetragen.

Chemnitz, 26. Februar 2018
Der Aufsichtsrat

Bernd Böddeling
Vorsitzender

Mitglieder des Aufsichtsrates

Bernd Böddeling

Bereichsvorstand
Kommunen & Beteiligungen der innogy SE
Vorsitzender

René Pöhls¹

Vorsitzender
des Gemeinsamen Gesamtbetriebsrates
der enviaM, MITGAS, MITNETZ STROM
und MITNETZ GAS
stellvertretender Vorsitzender

Thomas Eulenberger

Bürgermeister der Stadt Penig
2. stellvertretender Vorsitzender

Sven Bartz¹

Vorsitzender
des Gemeinsamen Betriebsrates Chemnitz
der enviaM, MITGAS, MITNETZ STROM
und MITNETZ GAS
– bis 3. Mai 2017 –

Holger Bittner¹

Leiter der Abteilung Planung/Geschäftssteuerung
der envia Mitteldeutsche Energie AG
– seit 3. Mai 2017 –

Marcus Borck

Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung
des ver.di Landesbezirkes Sachsen, Sachsen-
Anhalt, Thüringen

Christina Dittrich¹

Vorsitzende
des Gemeinsamen Betriebsrates Brandenburg
der enviaM, MITGAS, MITNETZ STROM
und MITNETZ GAS

Carl-Ernst Giesting

Bereichsvorstand Geschäftskunden & REM –
Vertriebsleiter Deutschland + Sparte Vertrieb
der innogy SE

Heiko Heinze¹

Stellvertretender Vorsitzender
des Betriebsrates der envia SERVICE GmbH
– seit 3. Mai 2017 –

Martin Herrmann

Vertriebsvorstand der innogy SE
– seit 3. Mai 2017 –

Detlef Hillebrand

Geschäftsführer der
Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH
an der envia Mitteldeutsche Energie AG

Sieglinde Hinzer¹

Vorsitzende des Betriebsrates der
envia SERVICE GmbH
– bis 3. Mai 2017 –

Bernward Küper

Oberbürgermeister
der Stadt Naumburg (Saale)
– seit 3. Mai 2017 –

Ute Liebsch¹

Bezirksleiterin
des Bezirkes Cottbus der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

Knut Lindner¹

Vorsitzender
des Gemeinsamen Betriebsrates Westsachsen
der enviaM, MITGAS, MITNETZ STROM
und MITNETZ GAS

Dr. Heinz-Willi Mölders

Ehemaliges Mitglied des Vorstandes
der RWE Deutschland AG
– bis 3. Mai 2017 –

Hildegard Müller

Vorstand Netz & Infrastruktur
der innogy SE

Dr. Werner Rauball

Geschäftsführer der KBM Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH
an der envia Mitteldeutsche Energie AG
– bis 3. Mai 2017 –

Dr. Joachim Schneider

Bereichsvorstand Technik & Operations +
Sparte Netz & Infrastruktur der innogy SE

Karsten Schütze

Oberbürgermeister
der Stadt Markkleeberg

Gerald Voigt¹

Bezirksleiter
Dresden-Chemnitz der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

Jens Winkler¹

Bereichsleiter IV-Steuerung der
envia Mitteldeutsche Energie AG
– bis 3. Mai 2017 –

Thomas Zenker

Bürgermeister der Stadt Großräschen

Birgit Zielke¹

Stellvertretende Vorsitzende
des Gemeinsamen Betriebsrates Halle/
Kabelsketal der enviaM, MITGAS, MITNETZ
STROM und MITNETZ GAS
– seit 3. Mai 2017 –

Hanns-Christoph Zippel¹

Vorsitzender
des Gemeinsamen Betriebsrates Sachsen-
Anhalt der enviaM, MITGAS, MITNETZ STROM
und MITNETZ GAS

¹ Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmer

Der Beirat

Der Beirat setzte sich aus Vertretern von Kommunen, Industrie, Wissenschaft und Verbänden der Region zusammen. Er berät den Vorstand in Fragen der Unternehmens- und Energiepolitik und fördert den gemeinsamen Gedankenaustausch zu wirtschafts- und umweltpolitischen Fragen, insbesondere im Energiebereich. Im Geschäftsjahr 2017 tagte der Beirat zweimal. Die Digitalisierung und das Internet der Energie waren Schwerpunkte der Diskussionen im Geschäftsjahr. Dabei wurden ausgewählte Projekte, wie zum Beispiel die digitale Rechnungslegung oder der Einsatz von Smart Metern, vorgestellt und deren Einsatzmöglichkeiten in Kommunen und in der Wirtschaft diskutiert. Darüber hinaus wurden die Themen Sektorkopplung, Verteilernetzausbau oder IT-Sicherheit erörtert.

Maritha Dittmer

Geschäftsführerin
der KBE Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH
an der envia
Vorsitzende

Thomas Balcerowski

Bürgermeister
der Stadt Thale

Matthias Berger

Oberbürgermeister
der Stadt Grimma

Gunnar Bertram

Vorstand
der Volksbank Chemnitz eG

Karl-Ludwig Böttcher

Geschäftsführer
des Städte- und Gemeindebundes
Brandenburg e. V.

Manfred Deckert

Oberbürgermeister
der Stadt Auerbach/Vogtland

Reinhold Dellmann

Hauptgeschäftsführer
der Fachgemeinschaft Bau
Berlin und Brandenburg e. V.,
Minister für Infrastruktur und
Raumordnung in Brandenburg a. D.

Dr. Armin Eichholz

Vorsitzender
der Geschäftsführung der
Mitteldeutsche Braunkohlen-
gesellschaft mbH

Andy Grabner

Bürgermeister
der Stadt Sandersdorf-Brehna
– seit 1. Februar 2017 –

Dr. Dietlind Hagenau

Bürgermeisterin
der Stadt Leuna

Kurt Hambacher

Bürgermeister
der Gemeinde Kabelsketal

Fritz Handrow

Bürgermeister
der Gemeinde Kolkwitz

Bernd Hauschild

Oberbürgermeister
der Stadt Köthen (Anhalt)

Andre Jacob

Geschäftsführer
Sächsischer Landkreistag e. V.

Lars Kluge

Oberbürgermeister
der Stadt Hohenstein-Ernstthal

Uwe Kramer¹

Mitglied
des Gemeinsamen Betriebsrates
Chemnitz der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS

Andreas Kretschmar

Oberbürgermeister
der Stadt Oschatz

Thomas Kröber¹

Vorsitzender
des Gesamtbetriebsrates
der envia TEL GmbH

Dr. Wolfgang Krüger
Hauptgeschäftsführer
der Industrie- und Handelskammer
Cottbus

Carmen Künzel
Bürgermeisterin
der Gemeinde Neuensalz

Hendrik Läbe
Bürgermeister
der Gemeinde Nobitz

Dr. Gabriela Lantzsch
Bürgermeisterin
der Gemeinde Großpösna

Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer
des Städte- und Gemeindebundes
Sachsen-Anhalt

Prof. Dr. Thomas Lenk
Direktor Kompetenzzentrum
öffentliche Wirtschaft und Daseins-
vorsorge der Universität Leipzig

Udo Mänicke
Bürgermeister
der Stadt Freyburg/Unstrut

Tobias Meier
Bürgermeister
der Stadt Taucha

Frank Neumann
stellvertretender Bürgermeister
der Stadt Lützen

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister
der Stadt Plauen

Ralf Rettig
Bürgermeister
der Gemeinde Südharz

Joachim Rudler
Bürgermeister
der Stadt Grünhain-Beierfeld

Enrico Schilling
Bürgermeister
der Stadt Gräfenhainichen
– seit 1. Januar 2017 –

Prof. Dr. Harald Schwarz
Universitätsprofessor
der Brandenburgischen Technischen
Universität Cottbus/Senftenberg –
Lehrstuhl Energieverteilung
und Hochspannungstechnik

Dr. Lothar Stahl
Ortsbürgermeister
von Reuden, Gemeinde Elsteraue

Dr. Jesko Vogel
Oberbürgermeister
der Stadt Limbach-Oberfrohna

Uwe Weigelt
Bürgermeister
der Gemeinde Lossatal

Mischa Woitscheck
Geschäftsführer
des Sächsischen Städte- und
Gemeindetages e. V.

¹ Beiratsmitglied der Arbeitnehmer

1

Lagebericht zum 31. Dezember 2017

envia Mitteldeutsche Energie AG

1.1 Grundlagen des Unternehmens

Unternehmenszweck. Die envia Mitteldeutsche Energie AG mit Sitz in Chemnitz (im Folgenden auch kurz „enviaM“ oder „Gesellschaft“ genannt) ist ein vertikal integrierter Energiedienstleister. Die Gesellschaft hält zahlreiche Beteiligungen. enviaM und ihre Beteiligungen nehmen die Aufgaben Erzeugung, Verteilung, Handel und Vertrieb von Strom, Gas, Wärme und Energiedienstleistungen wahr.

Tätigkeitsschwerpunkt der Gesellschaft ist der Vertrieb von Energie und den damit verbundenen Dienstleistungen. Zudem ist enviaM Eigentümerin eines Elektrizitätsverteilernetzes und verpachtet dieses im Wesentlichen an die Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH (im Folgenden auch kurz „MITNETZ STROM“ genannt), an der enviaM 100 % der Anteile hält.

Anteilseignerstruktur. Die innogy SE, Essen, sowie deren Beteiligungsgesellschaft enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen, sind mit insgesamt 58,57 % mehrheitlich an enviaM beteiligt. Die verbleibenden Anteile in Höhe von 41,43 % befinden sich in kommunaler Hand.

1.2 Wirtschaftsbericht

Allgemeine Wirtschafts- und Branchenentwicklung

Deutsche Wirtschaft wächst weiter. Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Dabei hatten insbesondere der private Konsum und die Investitionen einen positiven Einfluss. Im produzierenden Gewerbe stieg die Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 % an.¹

Stromverbrauch gestiegen. Der Stromverbrauch im Jahr 2017 ist nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW) im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 % gestiegen. Zu den wesentlichen Gründen für den Anstieg zählen die positive konjunkturelle Entwicklung und unterstützende Witterungseinflüsse zu Beginn des Jahres.²

Gesetzlicher Ordnungsrahmen und deren Auswirkungen. Im Geschäftsjahr sind folgende energiewirtschaftliche Gesetzesänderungen in Kraft getreten:

- Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017
- Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgebundenen Energieversorgung
- Marktstammdatenregisterverordnung (MaStRV)
- Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG)
- Energie- und Stromsteuergesetz
- Mieterstromgesetz

Am 1. Januar 2017 ist die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) mit zahlreichen Änderungen gegenüber dem EEG 2014 in Kraft getreten. Neuregelungen betreffen u. a. die Ausschreibungspflicht für Windenergieanlagen und Solaranlagen (jeweils oberhalb 750 kW) und Biomasseanlagen (oberhalb 150 kW) sowie die EEG-Umlagepflicht bei der Eigenversorgung und beim Einsatz von Speichern.

Mit dem am 3. Februar 2017 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung der Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten zur leitungsgebundenen Energieversorgung hat der Gesetzgeber vor allem § 46 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) geändert. Daneben wurden die neuen §§ 46a und 47 EnWG n.F. hinzugefügt und eine Änderung von § 48 Abs. 4 EnWG vorgenommen. Das Gesetz führt neue Rechte und Pflichten für Gemeinden und die an einem Verfahren zur Auswahl eines wegenutzungsberechtigten Beteiligten ein. Fortgeführt wird die Grundentscheidung des Gesetzgebers, dass qualifizierte Wegenutzungsverträge alle 20 Jahre nach Durchführung eines diskriminierungsfreien und transparenten Auswahlverfahrens geschlossen werden. Eine Zuweisung des Wegenutzungsrechts ohne Auswahlverfahren an einen Eigenbetrieb oder ein Teilnehmungsunternehmen der Gemeinde in Anlehnung an die vergaberechtliche Inhouse-Vergabe ist auch nach der Gesetzesänderung nicht zulässig.

¹ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 11.01.2018

² BDEW zum Strom- und Erzeugungsmix vom 20.12.2017

Am 1. Juli 2017 ist die Marktstammdatenregisterverordnung (MaStRV) in Kraft getreten. Diese regelt die für die Marktakteure bestehenden Melde- und Registrierungsspflichten sowie Netzbetreiberprüfungen und bildet die Grundlage für die Errichtung und den Betrieb des sog. Marktstammdatenregisters. Dieses wird von der Bundesnetzagentur geführt und soll die energiewirtschaftlichen Daten bündeln und für jedermann zugänglich machen. Die Bundesnetzagentur richtet das Webportal des Marktstammdatenregisters aktuell noch ein. Der Start ist in 2018 geplant.

Das Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) ist am 22. Juli 2017 in Kraft getreten. Es beinhaltet einerseits die schrittweise Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte. Dazu enthält das Gesetz eine Ermächtigung zum Erlass einer Rechtsverordnung durch die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates. Andererseits regelt das NEMoG die Abschmelzung des Privilegs der vermiedenen Netzentgelte. Darüber hinaus werden die Berechnungsgrundlagen für vermiedene Netzentgelte bei allen Bestandsanlagen an die aktuelle Situation angepasst und ab 2018 auf dem Niveau des Jahres 2016 eingefroren. Bei der weiteren Abschmelzung wird unterschieden zwischen den volatilen und den steuerbaren Erzeugungsanlagen. Bei volatilen Anlagen werden die vermiedenen Netzentgelte für Neuanlagen ab 2018 komplett abgeschafft und für Bestandsanlagen ab 2018 in drei Schritten vollständig abgeschmolzen. Für steuerbare Neuanlagen werden ab 2023 keine vermiedenen Netzentgelte mehr gezahlt. Für steuerbare Bestandsanlagen werden diese bis 2030 vollständig abgeschafft.

Der Bundesrat hat am 7. Juli 2017 die Änderung des Energie- und Stromsteuergesetzes beschlossen. Die Gesetzesänderung führt die Steuerbefreiung für Strom aus Kleinanlagen und aus erneuerbaren Energieträgern unverändert fort.

Daneben ist am 25. Juli 2017 das Gesetz zur Förderung von Mieterstrom und zur Änderung weiterer Vorschriften des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (Mieterstromgesetz) in Kraft getreten. Das Gesetz sieht eine Förderung für Mieterstrom aus Solaranlagen auf Hausdächern nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz vor. Damit können Mieter und Vermieter konkret an der Energiewende beteiligt werden. Zudem wird der Zubau von Photovoltaik-Dachanlagen auf Wohngebäuden vorangetrieben.

Entwicklung der Großhandelspreise für Strom. Der Trend der vergangenen Jahre von fallenden Preisen im deutschen Stromgroßhandel kehrte sich im Berichtsjahr um. Angetrieben von einem anhaltend starken Preisanstieg der Kraftwerkskohle, der die Stromerzeugung deutlich verteuerte und einem Preisanstieg am CO₂-Markt, wies der Großhandelspreis für Strom erstmals seit einigen Jahren wieder einen Anstieg auf. Im Jahr 2017 stieg der Preis für die Megawattstunde (MWh) Grundlaststrom an der Strombörse European Power Exchange auf durchschnittlich 32,38 € pro MWh (2016: 26,58 € pro MWh). Der Preis für Spitzenlaststrom verteuerte sich im Geschäftsjahr auf durchschnittlich 40,51 € pro MWh (2016: 33,51 € pro MWh).

Geschäftsentwicklung im Jahr 2017

Dynamisches Marktumfeld. enviaM agiert in einem weiterhin sehr dynamischen Markt- und Wettbewerbsumfeld. Im Geschäftsjahr sind weitere neue, zum Teil branchenfremde Wettbewerber in den Markt eingetreten. Unser unternehmerisches Handeln wird stark von der Energiewende und einem anhaltend intensiven Wettbewerb um Kunden und Konzessionen geprägt. Alle Energieversorger, so auch enviaM, stehen vor den Herausforderungen, ein wettbewerbsfähiges Produkt- und Dienstleistungsportfolio sowie vielfältige Unterstützung für den effizienten Einsatz von Energie anzubieten. Digitale Lösungen gewinnen dabei zunehmend an Bedeutung.

Vertriebsgeschehen. Die Kundenzahlen im Segment Privat- und Gewerbekunden waren im Berichtsjahr rückläufig. Dieser Entwicklung wirkte enviaM mit der Einführung neuer Produkte, langfristig angelegter Kundenbindungsmaßnahmen sowie intensiver Akquise- und Reakquisemaßnahmen entgegen. Einen stetig wachsenden Anteil des Vertriebsgeschäftes realisiert enviaM weiterhin außerhalb des angestammten Grundversorgungsgebietes. In den Segmenten Geschäftskunden und Weiterverteiler hat sich die Wettbewerbssituation gegenüber den Vorjahren ebenfalls verschärft. Angebote rund um die Themen Energieeffizienz, Eigenerzeugung und Energieberatung tragen wesentlich zur Kundenbindung und Neukundengewinnung bei.

Produkt- und Dienstleistungspalette. Der Vertrieb von Strom an Privat- und Gewerbekunden, Geschäftskunden sowie Stadtwerke und Kommunen ist nach wie vor das Hauptgeschäftsfeld von enviaM. Darüber hinaus gewinnen Energiedienstleistungen zunehmend an Bedeutung. Schwerpunkte dabei sind Angebote zur dezentralen Energieerzeugung, zur Vermarktung von Strom aus erneuerbaren Energien sowie digitale Kundenanwendungen und Konzepte zur Erhöhung der Energieeffizienz. Zudem entwickelt enviaM digitale Dienstleistungen und Mehrwerte rund um die neuen Messtechniken.

Entwicklung des Strompreises. Die Strompreise für Endkunden in Deutschland bewegen sich im europäischen Vergleich weiterhin auf einem hohen Niveau. Ursache dafür ist ein hoher Anteil an Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis. Aus diesem Grund wächst die Nachfrage der Kunden nach Produkten zum Energiesparen, zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie zur dezentrale Energieerzeugung weiterhin segmentübergreifend. Dementsprechend steigt auch der Bedarf nach ganzheitlicher Beratung in allen Kundensegmenten kontinuierlich an.

Zum 1. Januar 2017 erhöhte enviaM die Grundpreise für Strom bei Privatkunden in der Grundversorgung und bei daran angelegten Sonderverträgen um brutto 2,17 € pro Monat. Ursache dafür war der deutlich gestiegene Grundpreis der Netzentgelte. Die auch in 2017 weiter gestiegenen Steuern, Abgaben und Umlagen konnte enviaM aufgrund gesunkener Beschaffungskosten kompensieren.

Insbesondere durch das in Kraft getretene NEMoG und den damit verbundenen verschärften Regeln für die Gewährleistung von vermiedenen Netzentgelten an Einspeiser reduzieren sich die Netzentgelte im Gebiet der MITNETZ STROM zum 1. Januar 2018 deutlich. Darüber hinaus ist zu Beginn des Jahres 2018 ein leichter Rückgang der Umlagen, hier insbesondere der EEG-Umlage zu verzeichnen. Im Ergebnis dessen vermindert enviaM zum 1. Januar 2018 die Verbrauchspreise für Privat- und Gewerbekunden in der Grundversorgung und bei daran angelegten Sonderprodukten. Unverändert bleiben weiterhin die Strompreise für Privat- und Gewerbekunden mit Sonderverträgen für Wärmestrom im Grundversorgungsgebiet.

Netz. enviaM ist Eigentümerin eines Elektrizitätsverteilernetzes und verpachtet dieses im Wesentlichen an MITNETZ STROM. enviaM trägt die von MITNETZ STROM getätigten Investitionen im Verteilernetz der enviaM. Ostdeutschland ist vom energiewirtschaftlichen Umbauprozess in besonderer Weise betroffen. Der Wandel von konventioneller zu erneuerbarer Energieerzeugung schreitet hier mit hoher Geschwindigkeit voran. Mit einem rechnerischen Anteil der regenerativ erzeugten Energie von rund 97,5 % am Letztverbraucherabsatz im Netzgebiet der MITNETZ STROM werden die Zielzahlen der Bundesregierung für das Jahr 2050 heute schon übertroffen. Der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien macht für die MITNETZ STROM weiterhin umfangreiche Erweiterungsinvestitionen erforderlich.

Im Geschäftsjahr 2017 lag der Investitionsschwerpunkt erneut auf dem Ausbau und der Verstärkung des Verteilernetzes für die Leistungsaufnahme und den Transport erneuerbarer Energien unter Beibehaltung der Versorgungssicherheit. Dabei wurden verstärkt neue und intelligente Netztechnologien zur Laststeuerung und Spannungsregelung eingesetzt. Mehrere tausend Einzelmaßnahmen im Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetz wurden umgesetzt.

Digitalisierung Messwesen. Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDE) verpflichtet Netzbetreiber ab dem Geschäftsjahr 2017, moderne Messeinrichtungen sowie intelligente Messsysteme einzuführen. Das Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) vom 29. August 2016 regelt den Smart Meter Rollout für alle grundzuständigen Messstellenbetreiber. Diese müssen innerhalb der ersten drei Jahre zehn Prozent der Messstellen mit modernen Messeinrichtungen bzw. mit intelligenten Messsystemen gemäß den im MsbG beschriebenen Verbrauchergruppen ausstatten.

Als grundzuständiger Messstellenbetreiber startete MITNETZ STROM im Geschäftsjahr den Rollout moderner Messeinrichtungen. Der Rollout intelligenter Messsysteme hingegen verzögert sich aufgrund nicht gegebener technischer Verfügbarkeit. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wird dafür nach § 30 MsbG die technische Möglichkeit zur Ausstattung der Messstellen feststellen, sobald mindestens drei voneinander unabhängige Unternehmen intelligente Messsysteme am Markt anbieten. Sobald diese verfügbar sind, wird MITNETZ STROM mit dem Rollout intelligenter Messsysteme beginnen.

Wissenschaft und Forschung. enviaM und ihre Tochtergesellschaften begleiteten im Berichtsjahr zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten. Schwerpunktthemen waren dabei Digitalisierung, Dezentralisierung, Elektromobilität und Effizienzsteigerung im Netz. Dazu kooperiert der Unternehmensverbund mit den Hochschulen und weiteren Partnern in der Region.

Konzessionen als Grundlage der Partnerschaft. Gesicherte Konzessionen sind die Basis für das Netzgeschäft und die Partnerschaft von enviaM und den Kommunen. Das Vertrauen der Kommunen in die Leistungsfähigkeit von enviaM zeigt sich in den Neuabschlüssen von Konzessionsverträgen. Im Geschäftsjahr 2017 wurden trotz des anhaltend hohen Wettbewerbs Stromkonzessionsverträge mit einer Reihe von Kommunen, unter anderem mit den Städten Arnstein, Brand-Erbisdorf, Hartenstein, Klingenthal, Ruhland und dem Kurort Oberwiesenthal sowie den Gemeinden Donndorf, Gornau/Erzgebirge und Südharz abgeschlossen.

Beteiligungen

Koordinierte Zusammenarbeit in der enviaM-Gruppe. Zum 31. Dezember 2017 ist enviaM an 55 Gesellschaften in direkter Form beteiligt. Daneben bestehen mittelbare Beteiligungen.

Veränderungen des Beteiligungsportfolios in 2017. Im Rahmen der Neustrukturierung des Beteiligungsportfolios im Bereich der erneuerbaren Energien wurden drei Komplementärgesellschaften gegründet. Im Einzelnen handelt es sich dabei um die enviaM Zweite Neue Energie Management GmbH, die SEG Solar Energie Guben Management GmbH sowie die WKH Windkraft Hochheim Management GmbH. Der Geschäftsinhalt dieser drei vollständig im Eigentum von enviaM befindlichen Gesellschaften besteht in der Übernahme der Komplementärfunktion für bestehende, in der Rechtsform einer Kommanditgesellschaft agierende enviaM-Beteiligungen.

Ausbau des Engagements im Bereich der erneuerbaren Energien. enviaM hat im Geschäftsjahr 100 % der Kommanditanteile an der Aquavent Windpark Bäumchen GmbH & Co. KG erworben. Mit diesem Schritt erweitert enviaM das eigene Erzeugungsportfolio.

Festigung der Partnerschaft mit kommunalen EVU. Im Geschäftsjahr veräußerte enviaM Anteile an verschiedenen, im Bereich der Erzeugung erneuerbarer Energien tätigen Unternehmen an unterschiedliche kommunale Energieversorgungsunternehmen. Hierdurch konnten die bereits etablierten Partnerschaftsmodelle ausgebaut werden.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten im Hinblick auf die Unternehmensziele nutzt enviaM verschiedene Kennzahlen. Als wesentliche Steuerungsgrößen im finanzbezogenen Bereich werden das betriebliche Ergebnis nach IFRS und die Höhe der Investitionen verwendet.

Betriebliches Ergebnis nach IFRS. Der Jahresüberschuss nach HGB wird wie folgt auf das betriebliche Ergebnis nach IFRS übergeleitet.

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Jahresüberschuss (HGB)	203,1	149,3
Sonstige Steuern (HGB)	1,6	3,9
Ergebnis nach Steuern (HGB)	204,7	153,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (HGB)	65,7	48,4
Finanzergebnis (HGB)	-7,8	-20,5
Betriebliches Ergebnis / EBITA (HGB)	262,6	181,1
Überleitung (HGB / IFRS)	-13,0	-30,4
Betriebliches Ergebnis / EBITA (IFRS)	249,6	150,7

Die Überleitung des betrieblichen Ergebnisses nach HGB zum betrieblichen Ergebnis nach IFRS betrifft insbesondere die Ansatz- und Bewertungsanpassungen im Sachanlagevermögen in Verbindung mit dem im HGB bilanzierten Sonderposten mit Rücklageanteil. Dies führt zu entsprechend abweichenden Abschreibungen und dem Entfall der Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil im Umfang von insgesamt -13,9 Mio. € (Vorjahr: -15,3 Mio. €).

In der Prognose für das Geschäftsjahr 2017 war enviaM von einem betrieblichen Ergebnis (IFRS) von rund 280 Mio. € ausgegangen. Der Rückgang des betrieblichen Ergebnisses (IFRS) gegenüber der Prognose ist überwiegend auf sinkende Beteiligungserträge zurückzuführen.

Gegenüber dem Vorjahr ist das betriebliche Ergebnis (IFRS) um 98,9 Mio. € gestiegen. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg des Ergebnisses aus Gewinnabführungsverträgen zurückzuführen. Der Grund hierfür sind verminderte Aufwendungen für den Unterhalt der Netzinfrastruktur.

Investitionen. Das Netzgeschäft des Unternehmens ist anlagenintensiv. Die optimale Höhe an Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bildet daher eine weitere Zielgröße bei enviaM. Die Entwicklung der Investitionen ist im Abschnitt „Investitionen“ dargestellt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren. Zur Steuerung des nicht finanzbezogenen Bereichs von enviaM stellen die Kennzahlen Kundenzufriedenheitsindex und Stromabsatz wichtige unternehmerische Messgrößen dar.

Kundenzufriedenheitsindex. Die Zufriedenheit der Kunden mit den Produkten und Dienstleistungen von enviaM ist auch weiterhin eine wesentliche Grundlage für den vertrieblichen Erfolg. Die Kundenzufriedenheit basiert dabei auf realen Kundeneinschätzungen, die über eine jährliche Kundenumfrage ermittelt werden. Als Maßzahl fasst der Kundenzufriedenheitsindex alle abgegebenen Meinungen auf einer Skala von 0 bis 100 zusammen. So können mithilfe des Index Idealvorstellungen der Kunden (Soll) mit der tatsächlich wahrgenommenen Unternehmensleistung (Ist) über einen definierten Zeitraum miteinander verglichen werden.

Der Kundenzufriedenheitsindex bei Privatkunden lag im Geschäftsjahr bei 81 Punkten (2016: 79 Punkte). Im Vergleich zum Vorjahr konnte enviaM die Zufriedenheit seiner Privatkunden somit auf hohem Niveau weiter verbessern. Dazu trugen vor allem gezielte und weiter entwickelte Service- und Kundenbindungsmaßnahmen, die Erweiterung des Produkt- und Dienstleistungsportfolios sowie die kontinuierliche Verbesserung der digitalen Dienstleistungen bei.

Stromabsatz. Eine weitere wesentliche Steuerungsgröße im Vertrieb sind die Absatzziele. Maßgeblich hierfür ist der Stromabsatz an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden gemessen in Kilowattstunden. Dafür werden jährlich Ziele im Mittelfristplanungszeitraum von drei Jahren festgelegt. Die Entwicklung des Stromabsatzes ist im Abschnitt „Stromaufkommen und -abgabe“ dargestellt.

Allgemeine Ertragslage

Ergebnis. Im Geschäftsjahr 2017 erzielt enviaM einen Jahresüberschuss in Höhe von 203,1 Mio. € (im Vorjahr: 149,3 Mio. €). Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf geringere Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften mit Gewinnabführungsverträgen zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse aller Sparten einschließlich Strom- und Energiesteuer betragen im Berichtszeitraum 2.375,3 Mio. € (Vorjahr: 2.478,5 Mio. €).

In der Sparte Strom belaufen sich die Umsatzerlöse auf 1.945,2 Mio. € (Vorjahr: 2.029,3 Mio. €). Der Rückgang um 84,1 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus gesunkenen Absätzen im Vertriebssegment Weiterverteiler/Vertriebshandel.

Die sonstigen Umsatzerlöse summieren sich auf 423,1 Mio. € (Vorjahr: 442,6 Mio. €). Hier resultiert der Rückgang um 18,1 Mio. € im Wesentlichen aus geringeren Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen 104,4 Mio. € (im Vorjahr: 142,6 Mio. €). Hauptgrund für den Rückgang im Vorjahresvergleich waren verminderte Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Entsprechend der Umsatzentwicklung reduziert sich auch der Materialaufwand von 1.931,0 Mio. € auf 1.839,7 Mio. €. Die Verminderung des Materialaufwandes im Berichtsjahr ist im Wesentlichen auf geringere Strombeschaffungskosten auf Grund gesunkener Absätze im Vertriebssegment Weiterverteiler/Vertriebshandel zurückzuführen.

Der Personalaufwand beläuft sich auf 67,6 Mio. € (im Vorjahr: 61,9 Mio. €). Einflussfaktoren, die zu diesem Anstieg führen, sind gestiegene Aufwendungen für Altersversorgung und ein höherer Personalbestand.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 4,3 Mio. € über dem Vorjahresniveau (151,0 Mio. €; im Vorjahr: 146,7 Mio. €).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen beträgt 104,8 Mio. € (im Vorjahr: -28,2 Mio. €) und setzt sich aus Erträgen aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzvermögens sowie aus dem Beteiligungsergebnis zusammen. Ursächlich für diese Verbesserung ist im Wesentlichen die deutliche Erhöhung des Ergebnisses aus dem Gewinnabführungsvertrag mit MITNETZ STROM.

Die Verschlechterung des Zinsergebnisses von -11,0 Mio. € im Vorjahr auf -19,9 Mio. € im Berichtsjahr ist insbesondere auf die Bewertung der langfristigen Rückstellungen zurückzuführen.

Der Bilanzgewinn in Höhe von 161,6 Mio. € (im Vorjahr: 161,8 Mio. €) setzt sich aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 203,1 Mio. € (im Vorjahr: 149,3 Mio. €) zuzüglich des Gewinnvortrages in Höhe von 0,5 Mio. € (im Vorjahr: 0,5 Mio. €) und der Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 42,0 Mio. € (im Vorjahr: Entnahme aus den Gewinnrücklagen in Höhe von 12,0 Mio. €) zusammen.

Stromaufkommen und -abgabe

Stromaufkommen. Das Stromaufkommen betrug im Berichtsjahr 20.796 GWh (Vorjahr: 22.369 GWh) und wurde vollständig aus Fremdstrombezügen gedeckt. Der Fremdstrombezug erfolgte vorrangig über die innogy SE, Essen.

In der Position „Sonstige“ in Höhe von 7.112 GWh (Vorjahr 7.328 GWh) sind der Bezug von der envia THERM GmbH, Bitterfeld-Wolfen, der Vattenfall Energy Trading GmbH, Hamburg, der Bezug über die Strombörse European Power Exchange, Leipzig, Vertriebshandelsgeschäfte mit Dritten, Kraftwerksstrom von Dritten sowie Bezug aus EEG-Anlagen von Dritten im Rahmen der EEG-Direktvermarktung zusammengefasst.

Stromaufkommen	2017 GWh	2016 GWh
innogy SE	13.684	15.041
Sonstige	7.112	7.328
	20.796	22.369

Stromabgabe. Im Berichtszeitraum betrug die nutzbare Stromabgabe 20.783 (Vorjahr: 22.355 GWh). Ursache des Rückgangs im Vorjahresvergleich sind Absatzrückgänge im Segment Weiterverteiler/Vertriebshandel.

Eine wesentliche Steuerungsgröße im Vertrieb ist der Stromabsatz an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden. Dafür werden jährlich Ziele im Mittelfristplanungszeitraum von drei Jahren festgelegt. Die Summe der Absätze an Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden betrug im Geschäftsjahr 8.654 GWh (Vorjahr: 8.289 GWh). Der Anstieg resultiert aus einem Absatzzuwachs bei den Geschäftskunden infolge von Akquisen. In der Planung für das Geschäftsjahr 2017 war enviaM von einem Stromabsatz für Privat-, Gewerbe-, Geschäftskunden von rund 8.600 GWh ausgegangen. Im Vergleich zur Planung ergibt sich somit ein leichter Anstieg im Stromabsatz für das Geschäftsjahr 2017.

Der Rückgang im Segment Weiterverteiler/Vertriebshandel resultiert aus einem gesunkenen Handelsvolumen. Eine höhere Auslastung der Rahmenverträge mit Weiterverteilern und zusätzliche Akquisen konnten dies nicht kompensieren.

Stromabgabe¹	2017 GWh	2016 GWh
Privat- und Gewerbekunden	2.897	2.918
Geschäftskunden	5.757	5.371
Weiterverteiler/Vertriebshandel	12.129	14.066
	20.783	22.355

¹ ohne Betriebsverbrauch

Investitionen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betrugen 130,0 Mio. € (Vorjahr: 151,1 Mio. €). Die Investitionen gingen somit etwas stärker zurück als prognostiziert (135,0 Mio. €). Insbesondere wurden erneut umfangreiche Investitionsmaßnahmen in die Netzinfrastruktur durchgeführt, um die Aufnahme von Strom aus erneuerbaren Energien sicherzustellen und jederzeit eine zuverlässige Energieversorgung zu gewährleisten. Darüber hinaus bildeten der Ersatzneubau und die Fortführung des Neubaus von 110 kV-Leitungen Schwerpunkte der Maßnahmen im Hochspannungsleitungsnetz.

Finanzinvestitionen. Die Finanzinvestitionen in Höhe von 80,4 Mio. € (Vorjahr: 34,4 Mio. €) betrafen mit 70,0 Mio. € (Vorjahr: 10,0 Mio. €) Wertpapiere des Anlagevermögens und mit 10,4 Mio. € (Vorjahr: 24,4 Mio. €) Ausleihungen und Beteiligungen an verbundene Unternehmen.

Mitarbeiter

Personalbestand. Zum 31. Dezember 2017 beschäftigte enviaM 762 Mitarbeiter (Vorjahr: 722 Mitarbeiter), darunter 100 Teilzeitbeschäftigte. Das entspricht einer Anzahl von 743,3 Mitarbeiteräquivalenten (Vorjahr: 707,1 Mitarbeiter). Die Veränderung ist im Wesentlichen durch neue strukturelle Zuordnungen innerhalb der enviaM-Gruppe begründet. Die berufliche Erstausbildung und die Weiterbildung der Mitarbeiter wird durch Tochtergesellschaften der enviaM vorgenommen.

Personalmanagement. Schwerpunkte des Personalmanagements im Geschäftsjahr waren die personalwirtschaftliche Begleitung des Veränderungsprozesses und die damit verbundene qualitative und quantitative Sicherung des Personalbedarfes. Dabei standen unter anderem die Qualifizierung der Mitarbeiter für zukünftige Anforderungen zum Beispiel im Rahmen der Digitalisierung, die Nachfolgeplanung sowie der Ausbau und die Flexibilisierung des internen Arbeitsmarktes im Vordergrund. Im Geschäftsjahr wurde darüber hinaus der Potenzialträgerprozess durchgeführt, um Frauen und Männer zu identifizieren, die für die Übernahme verantwortungsvoller Aufgaben, Projekte und Führungspositionen geeignet sind. Beim Arbeits- und Gesundheitsschutz wurde der Prozess der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung weitergeführt und das Thema „Gesundheitsorientiert Führen“ in das überarbeitete Führungskräfteentwicklungsprogramm aufgenommen. enviaM hat 2017 wiederholt das Zertifikat audit berufundfamilie von der beruf und familie gGmbH (Hertie-Stiftung) für die Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie erhalten. Dabei wurde der Bestand der Angebote begutachtet und weiterführende Ziele einer familienbewussten Personalpolitik definiert.

Vermögens- und Kapitalstruktur

Innerhalb der Vermögens- und Kapitalstruktur ergaben sich im Berichtszeitraum nur geringfügige Veränderungen. Der Verschuldungskoeffizient³ veränderte sich auf 77,7 % (im Vorjahr: 75,4 %). Der Anlagendeckungsgrad⁴ beträgt 87,3 % (Vorjahr: 86,7 %).

	31.12.2017		31.12.2016	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva				
Anlagevermögen	2.628,1	91,3	2.543,1	90,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	242,9	8,5	244,6	8,8
Flüssige Mittel	0,4	0,0	0,3	0,0
Übrige Aktiva	6,2	0,2	9,0	0,3
	2.877,6	100,0	2.797,0	100,0
Passiva				
Betriebswirtschaftliches Eigenkapital ⁵	1.619,1	56,3	1.594,9	57,0
Fremdkapital				
lang- und mittelfristig	247,0	8,6	262,0	9,4
kurzfristig	1.011,5	35,1	940,1	33,6
	2.877,6	100,0	2.797,0	100,0

³ Verhältnis von Fremdkapital zum betriebswirtschaftlichen Eigenkapital

⁴ Verhältnis betriebswirtschaftliches Eigenkapital zum Anlagevermögen (ohne Spezialfonds)

⁵ Eigenkapital abzüglich geplante Ausschüttung zuzüglich 70 % der Sonderposten zuzüglich 70 % der Baukostenzuschüsse

Kapitalflussrechnung

	2017 Mio. €	2016 Mio. €
Jahresüberschuss	203,1	149,3
Abschreibungen des Anlagevermögens	108,0	110,3
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	- 26,0	- 40,7
Gewinne/Verluste aus dem Abgang Anlagevermögen	1,3	- 0,6
Zinsaufwendungen/Zinserträge	19,9	11,0
Sonstige Beteiligungserträge	- 39,1	- 34,1
Veränderungen der Rückstellungen	- 17,2	- 59,2
Veränderungen bei sonstigen Bilanzposten (die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind)	0,0	0,0
Vorräte, Forderungen sowie andere Aktiva	31,8	- 34,5
Verbindlichkeiten sowie andere Passiva	- 133,1	120,9
Ertragsteueraufwand/-ertrag	65,7	48,4
Ertragsteuerzahlungen	- 56,8	- 60,6
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	157,6	210,2
Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	1,0	0,5
Einzahlungen/Rückzahlungen von Hausanschlusskosten und Baukostenzuschüssen	0,1	- 104,3
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0,1	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	- 2,9	- 2,9
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	6,2	2,0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	- 127,1	- 148,2
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	9,8	126,1
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	- 80,4	- 34,4
Saldo der Ein- bzw. Auszahlungen von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition (Cashmanagement)	170,5	146,0
Erhaltene Zinsen	0,2	3,8
Erhaltene Dividenden	28,5	25,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	6,0	14,0
Auszahlungen an Anteilseigner	- 161,3	- 220,8
Gezahlte Zinsen	- 2,2	- 3,5
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 163,5	- 224,3
Veränderung des Finanzmittelbestandes	0,1	- 0,1
Finanzmittelbestand zum Jahresanfang	0,3	0,4
Finanzmittelbestand zum Jahresende	0,4	0,3

Die Kapitalflussrechnung wird im Berichtsjahr erstmalig analog den Vorgaben des Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS) 21 erstellt. Die Vorjahresangaben wurden aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit angepasst.

Kumulativ zu dem ausgewiesenen Finanzmittelbestand zum Jahresende sind noch die im Anlagevermögen langfristig gehaltenen, kurzfristig veräußerbaren Wertpapiere des Anlagevermögens in Höhe von 773,1 Mio. € (Vorjahr: 703,1 Mio. €) abzüglich des zum Bilanzstichtag bestehenden negativen Saldos aus Cash-Pool-Forderungen, Cash-Pool-Verbindlichkeiten und kurzfristigen Termingeldanlagen in Höhe von insgesamt 507,8 Mio. € (Vorjahr: 337,2 Mio. €) zu berücksichtigen. Damit ergibt sich eine zusätzliche Liquiditätsreserve von 265,3 Mio. € (Vorjahr: 365,9 Mio. €).

Rechnungsmäßiges Unbundling

Auf der Grundlage des § 6b Abs. 3 EnWG vom 7. Juli 2005 führt enviaM getrennte Konten in den Tätigkeitsbereichen „Elektrizitätsverteilung“, „andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, „Gasverteilung“, „andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“ und „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“. Ausgehend von § 3 Abs. 4 des MsbG wird für alle Geschäftsvorfälle, die im Zusammenhang mit dem grundzuständigen Messstellenbetrieb für moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme stehen, eine buchhalterische Entflechtung von den anderen Tätigkeitsbereichen der Energieversorgung vorgenommen. Diese sind in den „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“ erfasst.

Im Tätigkeitsbereich „Elektrizitätsverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentums am Elektrizitätsverteilungsnetz von enviaM im Zusammenhang stehen.

Im Tätigkeitsbereich „Gasverteilung“ werden alle Geschäftsvorfälle erfasst, welche mit der wirtschaftlichen Nutzung des Eigentums am Gasverteilungsnetz von enviaM im Zusammenhang stehen.

Den Tätigkeitsabschlüssen liegt der Jahresabschluss der enviaM unmittelbar zu Grunde. Die auf Ebene des Gesamtunternehmens angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden kommen deshalb durchgängig auch für die Tätigkeitsabschlüsse zur Anwendung. Auf Basis der Kostenrechnung der enviaM wurden wesentliche Aufwendungen und Erträge direkt den Tätigkeitsbereichen zugeordnet. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel. In der Bilanz erfolgte eine direkte Zuordnung wesentlicher Aktiv- und Passivpositionen. In den Fällen, in denen dies nicht möglich war oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen wäre, erfolgte die Zuordnung unter Anwendung sachgerechter Schlüssel.

Bericht nach § 312 AktG über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der Vorstand hat einen Bericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen im Berichtszeitraum nach Paragraph 312 Aktiengesetz (AktG) erstellt und mit folgender Schlussklärung versehen:

„Unsere Gesellschaft erhielt bei jedem im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung und wurde durch die im Bericht angegebenen getroffenen Maßnahmen nicht benachteiligt. Dieser Beurteilung liegen die Umstände zu Grunde, die uns im Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen und die Maßnahmen getroffen wurden, bekannt waren.“

1.3 Chancen- und Risikomanagement

Chancen- und Risikomanagement-System. Im Rahmen der zahlreichen unternehmerischen Tätigkeiten ist enviaM natürlich auch einer Vielzahl unterschiedlicher Risiken ausgesetzt. Ein ganzheitlich organisiertes Risikomanagement-System ist daher elementarer Bestandteil unserer Unternehmensführung. Dabei werden neben Einzelrisiken – weit unterhalb der Gefahr einer potenziellen Existenzgefährdung- und adäquaten Ansatzpunkten zur Risikosteuerung auch entsprechende Chancen untersucht.

In das Chancen- und Risikomanagement der enviaM werden alle Unternehmen einbezogen, an denen enviaM zu mindestens 20 % direkt beteiligt ist. Primäres Ziel ist es, möglichst frühzeitig Informationen über Risiko- und Chancenpotenziale und damit verbundene finanzielle Auswirkungen zu gewinnen. Alle gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse fließen in unternehmerische Entscheidungsprozesse ein und unterstützen damit einen langfristigen Unternehmenserfolg.

Durch bestehende Ergebnisabführungsverträge werden wesentliche Risiken von Beteiligungsgesellschaften, vor allem im Netz- und Erzeugungsbereich, bei enviaM wirksam. Die wesentlichen Risiken lassen sich wie folgt systematisieren.

Marktrisiken. Aufgrund des Wettbewerbsdrucks ergeben sich Preis- und Absatzrisiken auf den Strom- und Gasmärkten sowie Risiken und Chancen aus dem Verlust bzw. Gewinn von Konzessionsverträgen. Den Marktrisiken begegnet enviaM unter anderem durch eine aktive Vertriebspolitik, kundenorientierte Produkte und Dienstleistungen sowie mit einer weitgehend absatzorientierten Beschaffung und einem effektiven Kostenmanagement.

Betriebsrisiken. Betriebsrisiken bzw. operative Risiken umfassen die negativen Effekte aus der spezifischen inhaltlichen und prozessualen Geschäftstätigkeit. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Kraftwerks-, EDV- oder administrativen Bereich.

Mit Beginn der Verpachtung des Elektrizitätsverteilernetzes ist ein Großteil der Risiken des Netzbetriebs auf die MITNETZ STROM übergegangen. Durch die systematische Wartung von Netzen und Anlagen sowie eine kontinuierliche Optimierung entsprechender Prozesse wird technischen Störungen vorgebeugt und die Basis für eine hohe Versorgungssicherheit unserer Kunden geschaffen.

Umfeldrisiken. Die Risikosituation wird durch den anhaltenden Wandel der Rahmenbedingungen im energiepolitischen sowie rechtlichen und regulatorischen Umfeld, insbesondere durch die Veränderungen des energiepolitischen Ordnungsrahmens stark beeinflusst. Im Vordergrund stehen hier die Auswirkungen umfassender Regulierungstätigkeiten der Bundesnetzagentur und der Anreizregulierungsverordnung sowie die fortgesetzten Novellierungen in der Energiegesetzgebung.

Finanzrisiken. Im Rahmen unseres unternehmerischen Handelns entstehen sowohl Risiken als auch Chancen aus Kurs-, Zins-, Kredit- und Preisänderungen. Ursachen dafür können Veränderungen der Erwartungsbildung an Aktien- und Anleihemärkten hinsichtlich der absoluten und relativen Gewinnentwicklung, die Zinsentwicklung sowie die Geld-, Finanz- und Lohnpolitik sein. Mit einem zielgerichteten Portfoliomanagement und geringer Risikoneigung bzw. konservativer Anlagestrategie trägt enviaM diesen Sachverhalten Rechnung.

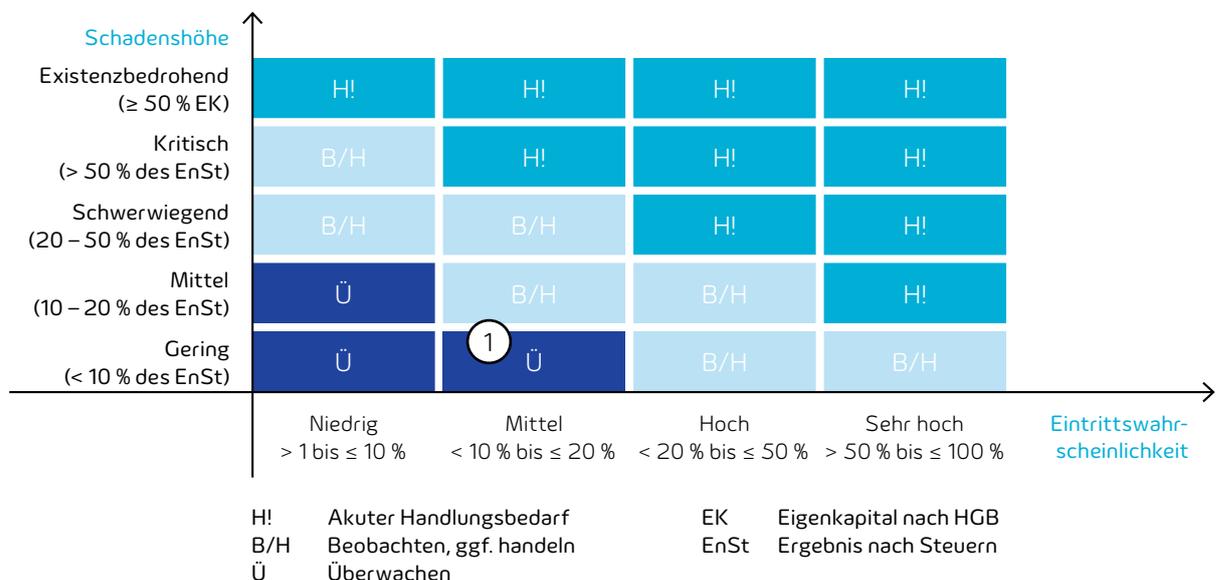
Da Kunden ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen unter Umständen nicht oder nicht fristgemäß nachkommen, sind mit Vertriebsgeschäften auch Risiken verbunden. Auf Basis von kundenindividuellen Bonitätsprüfungen begrenzt enviaM mögliche Kreditrisiken unter anderem durch eine entsprechende Gestaltung von Lieferverträgen und Zahlungsbedingungen, durch die Vergabe von Kreditlimits sowie mit einem stringenten Forderungsmanagement.

Bei jedem Kauf bzw. Verkauf von Strom, Gas oder Umwelt-Zertifikaten entstehen auch Commodity-Positionen. Eigenerzeugung sowie der Brennstoffbedarf von Kraftwerken der enviaM-Gruppe stellen ebenfalls Commodity-Positionen dar. Die Bewertung der jeweiligen Positionen hängt unmittelbar von den zum Teil hochvolatilen Marktpreisen für Strom, Gas, Öl sowie CO₂-Zertifikaten ab. Daher werden diese Positionen auf Grundlage einer vom Vorstand erlassenen Richtlinie in Systemen erfasst und sowohl einzeln als auch im Gesamtportfolio bewertet. Grundsätzlich dürfen offene Positionen nur im Rahmen der genehmigten Limits gehalten werden, wodurch mögliche Risiken entsprechend begrenzt werden.

Werthaltigkeit der Beteiligungen. Das Beteiligungsmanagement der enviaM stellt sicher, dass wesentliche Risiken im Beteiligungsportfolio frühzeitig erkannt werden. Regelmäßig werden Impairmenttests (Werthaltigkeitstests) durchgeführt, um mögliche Abschreibungs- bzw. auch Zuschreibungsbedarfe bei den Beteiligungsbuchwerten der enviaM zu ermitteln.

Risiko-Portfolio. Im Risiko-Portfolio sind die als wesentlich eingestufteten Risiken ablesbar. Diese Matrix-Darstellung, besteht aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in %) und erwartete Schadenshöhe (in Mio. €). Die Wesentlichkeitsgrenze für Risiken wurde für enviaM bzw. die enviaM-Gruppe mit 25 Mio. €⁶ festgelegt, wobei gleichzeitig eine abgeschätzte Eintrittswahrscheinlichkeit von mehr als zehn Prozent vorliegen muss. Grundsätzlich werden in diesem Portfolio nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen oder entsprechende Versicherungen berücksichtigt worden sind.

Die folgende Tabelle skizziert die Darstellungsweise im Risiko-Portfolio:



⁶ Das entspricht in etwa zehn % des langjährigen durchschnittlichen Ergebnisses nach Steuern (EnSt).

Im Berichtsjahr wurde ein Risiko als wesentlich eingestuft. Es handelt sich dabei um Finanzrisiken im Zusammenhang mit Unternehmensinsolvenzen und entsprechenden Insolvenzanfechtungen nach Paragraph 129 ff. Insolvenzordnung (InsO). Insolvenzverwalter können gemäß Paragraph 133 InsO von Kunden geleistete Zahlungen, z. B. auch für Energielieferungen oder Netzdienstleistungen rückwirkend für den Zeitraum von bis zu vier Jahren vor Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens anfechten. Bei Erfolg dieser Anfechtung sind die erhaltenen Zahlungen, in vollem Umfang an die Insolvenzmasse zu zahlen. Dieses Risiko kann im Kontext der Entwicklungen im Kundenportfolio in einigen Fällen nicht ausgeschlossen werden.

Risikokorrelation. Im Rahmen der Risiko-Identifikation wird auf eine zutreffende Ermittlung und klare Abgrenzung des Wirkungszusammenhangs von Risikoursache und Risikoeintritt bzw. Schaden geachtet: Mehrere Schäden, die von derselben Risikoursache abhängen (Korrelation), werden auf Basis eines Szenarios bewertet und zu einer Risikoposition zusammengefasst. Ansonsten besteht die Gefahr, dass eine mögliche Kumulation mehrerer kleiner Schäden infolge des Eintritts nur einer Risikoursache übersehen und das Risikopotenzial unterschätzt wird. Auch einzeln nicht meldepflichtige Risiken können gegebenenfalls einheitenübergreifend und in Zusammenfassung die entsprechenden Melde- bzw. Wesentlichkeitsgrenzen überschreiten.

Organisation des Risikomanagements. Unser Chancen- und Risikomanagement-System wird stetig weiterentwickelt sowie durch Schulungen begleitet. So werden Mitarbeiter sensibilisiert und Entwicklungen, die Fortbestand bzw. Ergebnislage der Gesellschaft gefährden oder wesentlich beeinflussen können, werden frühzeitig erkannt. Wesentliche Risikopositionen werden intern sowohl stichtagsbezogen als auch z. T. laufend überwacht und bei Überschreiten festgelegter Meldegrenzen mittels unverzüglichem Einzelfallreporting kommuniziert, damit adäquate Maßnahmen eingeleitet werden können. Darüber hinaus besteht bei enviaM ein funktionsfähiges Compliance-Management-System zur Sicherstellung regelkonformen Verhaltens mit Schwerpunkt auf Korruptionsbekämpfung bei allen geschäftlichen Aktivitäten.

Gesamtrisikolage. Weder durch Einzelrisiken noch durch aggregierte Positionen bestanden für enviaM Risiken im Berichtszeitraum, die den Fortbestand des Unternehmens gefährdeten. Derartige Risiken sind auch für das Geschäftsjahr 2018 aktuell nicht erkennbar.

Zusätzliche Chancen. Um im Spannungsfeld zwischen Verlustrisiken und Gewinnchancen weiterhin erfolgreich zu sein, ist die Wahrnehmung unternehmerischer Chancen wichtiger Bestandteil unserer strategischen Aufstellung. Ein Ziel besteht in der systematischen und dauerhaften Verbesserung von Arbeitsabläufen. Prozess- und Kostenoptimierungen sind ein zentraler Bestandteil des bereits in 2013 initiierten Programms „enviaM 20+“, welches sich über alle Geschäftsbereiche und Mehrheitsbeteiligungen erstreckt und auf mehrere Jahre angelegt ist. Darüber hinaus hat enviaM ein systematisches Veränderungsmanagement etabliert und mit bestehenden Optimierungsprogrammen verknüpft. Dabei fördern wir eine von Offenheit und Vertrauen geprägte Unternehmenskultur, alte Verhaltensweisen und Denkmuster werden in Frage gestellt, Flexibilität, Kreativität weiterentwickelt, Innovations- und Lernfähigkeit verbessert, an Führungsstilen gearbeitet und letztlich die Kundenorientierung erhöht.

Zudem resultieren Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung aus der fortgesetzten Optimierung des Beteiligungsportfolios sowie durch eine enge Zusammenarbeit der Beteiligungen im Unternehmensverbund zur Realisierung von Synergien. Wettbewerbs- und Ergebnischancen liegen auch in der Teilnahme an Ausschreibungen im Strom- und Gasbereich, im Bereich der Konzessionen oder der aktiven Vermarktung von energienahen Dienstleistungen für Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden sowie für Energieversorgungsunternehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist eine übergreifende Geschäftsfeldentwicklung mit dem Fokus auf innovativen und kundenorientierten Produkten sowie Dienstleistungen. Im Hinblick auf die zunehmende dezentrale und regenerative Energieversorgung sollen neue Geschäftsmodelle entwickelt und somit unternehmerische Chancen wahrgenommen werden. Mit umfangreichen Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien können auch künftig Wachstums- und Ergebnischancen realisiert werden, insbesondere im Bereich der Windkraftnutzung auf dem Festland.

Die Bereitstellung von Netzdienstleistungen eröffnet Chancen im Netzbereich. Grundsätzlich ergeben sich aus der Einführung der intelligenten Messtechnik Chancen für Innovationen und neue Geschäftsmodelle. Die enviaM-Gruppe treibt darüber hinaus die Digitalisierung der Energieversorgung in Ostdeutschland voran und entwickelt gemeinsam mit Partnern das „Internet der Energie“. Schwerpunkte sind die Kopplung des Strom- mit dem Wärme- und Verkehrssektor und die dafür notwendige Entwicklung intelligenter Netze.

Die Datenübertragung als Dienstleistungsfeld bietet ebenfalls gute Chancen, da der Bedarf an entsprechender Bandbreite weiterhin erheblich steigen wird. Wachstumschancen in den Bereichen Smart Metering und Telekommunikation eröffnen sich dabei durch forcierte Investitionstätigkeiten in den Auf- und Ausbau von leistungsfähiger Infrastruktur.

1.4 Prognosebericht

Konjunktureller Ausblick. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung erwartet für das Jahr 2018 einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,2 %. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die starke Beschäftigungssituation und die gestiegenen verfügbaren Einkommen erwartet, die den privaten Konsum weiter ansteigen lassen sollten.⁷

Rahmenbedingungen. In der vergangenen Legislaturperiode wurden mit der 10-Punkte-Energie-Agenda grundlegende Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung der Energiewende in Deutschland festgelegt. Diese entfalten ihre Wirkung über das Jahr 2018 hinaus. Die Entwicklung weiterer konkreter Rahmenbedingungen für das Jahr 2018 und folgende sind derzeit noch nicht einschätzbar. Die 18. Legislaturperiode ist abgeschlossen. Eine neue Regierung sowie eine energiepolitische Agenda für die 19. Legislaturperiode sind noch nicht gebildet. Mit substantiellen gesetzgeberischen Initiativen ist voraussichtlich erst ab dem dritten Quartal 2018 zu rechnen.

Übergreifende Leitlinie der künftigen Energiepolitik ist das Erreichen der vereinbarten Klimaschutzziele, auf Basis des Klimaschutzplanes 2050. Dabei ist das energiewirtschaftliche Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz in Einklang zu bringen. Der Klimaschutzplan 2050 soll sicherstellen, dass das deutsche Treibhausgasminderungsziel für das Jahr 2050 erreicht wird. Die Energiewirtschaft hat sich zum Ziel gesetzt, ihre CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2030 um rund 62 % gegenüber 1990 zu reduzieren. Zu den Erfolgsfaktoren der Klimaschutzbestrebungen zählen Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien. Durch die Sektorkopplung sollen die Bereiche regenerative Erzeugung, Wärme und Verkehr zusammenwachsen. Der Großteil des Primärenergieverbrauches in Deutschland und damit der CO₂-Emissionen entfällt auf die Bereiche Wärme und Verkehr. Die Nutzung erneuerbarer Energien in diesen Bereichen ist deshalb ein wesentlicher Stellhebel für das Erreichen der Klimaziele. Die Sektorkopplung findet im Verteilernetz statt, daher muss dieses auf die neuen Herausforderungen vorbereitet werden. Dies geht nur mit entsprechenden regulatorischen Anreizen für Innovationen und Investitionen in intelligente Verteilernetze.

Der Wandel von einer zentralen zu einer dezentralen Energieversorgung, die gleichermaßen ökologisch, effizient und intelligent sein muss, wird weiter voranschreiten. Damit einhergehend steigt der Anteil der erneuerbaren Energien weiter an und der Trend zur Eigenversorgung setzt sich fort. Damit verbunden sind jedoch nicht nur Herausforderungen, sondern auch unternehmerische Chancen. Proaktiv wird enviaM daher seine Produkt- und Dienstleistungsangebote, Versorgungslösungen und Kooperationsmodelle auf diese Entwicklungen ausrichten.

Vertrieb. enviaM strebt auch in 2018 den Erhalt der Marktführerschaft unter den regionalen Energiedienstleistern in Ostdeutschland an. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die hohe Zufriedenheit der Kunden aufrechtzuerhalten. Demzufolge gilt für das Geschäftsjahr 2018 die vertriebliche Zielstellung, erneut einen hohen Kundenzufriedenheitsindex für Privatkunden von mindestens 80 Punkten zu erreichen.

⁷ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2017/2018

Die Komplexität des Energiegeschäftes wird im Zuge der voranschreitenden Energiewende weiter zunehmen. enviaM erwartet für das Geschäftsjahr 2018 wegen des Trends zur zunehmenden Eigenversorgung durch erneuerbare Energien und dem verschärften Wettbewerb bei Geschäftskunden und Weiterverteilern rückläufige leitungsgebundene Energiebezüge ihrer Kunden. Wachstumspotenzial sieht das Unternehmen weiterhin im Bereich der Dienstleistungserbringung. Die Digitalisierung gibt hierzu entscheidende Impulse. In Kooperationen mit innovativen Partnern aus der Region wird enviaM verstärkt die Entwicklung digitaler Anwendungen für verschiedene Kundenbedürfnisse fortführen. Darüber hinaus stehen für unsere Kunden weiterhin dezentrale Versorgungslösungen, Angebote zur Eigenerzeugung, Beratungsleistungen bei Auditierungs- und Zertifizierungsanforderungen sowie die Erstellung von Energiekonzepten für Unternehmen und Kommunen im Fokus. Im Zusammenhang mit der Einführung moderner Messeinrichtungen und intelligenter Messsysteme werden neue Produkte und Dienstleistungen auf Basis zeit- und lastvariabler Tarife für den Einstieg unserer Kunden in die digitale Energiewelt entwickelt.

enviaM setzt ihre Entwicklung vom reinen Stromlieferanten zum ganzheitlichen Energiedienstleister konsequent fort. Schwerpunkte bilden weiterhin EEG-Projekte mit Stadtwerken und anderen Partnern sowie die Vermarktung von Strom aus regenerativen Energien. Von anhaltend hohem Interesse für alle Kundengruppen sind Energieeffizienzmaßnahmen, um den steigenden Kosten der Energiewende zu begegnen.

Neue Geschäftsfelder. enviaM arbeitet aktiv an Lösungen zur Energiespeicherung und zur Ausweitung der Vermarktung von Regelenergieleistungen. Bei der Entwicklung neuer Geschäftsfelder wird enviaM auch verstärkt mit Startup-Unternehmen zusammenarbeiten. Im Geschäftsfeld Elektromobilität hat sich enviaM am Bundesförderprogramm Ladeinfrastruktur des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) beteiligt und wird in den kommenden Jahren sein Netzwerk an öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur weiter ausbauen. Darüber hinaus verstärkt enviaM die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Bildungsträgern der Region, um weitere gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte umzusetzen.

Netz. Wesentlicher Investitionsschwerpunkt im Jahr 2018 wird erneut der Ausbau und die Verstärkung des Verteilernetzes für die Leistungsaufnahme und den Transport erneuerbarer Energien unter Beibehaltung der Versorgungssicherheit sein. Dabei werden zunehmend intelligente Netztechnologien zur Laststeuerung und Spannungsregelung eingesetzt. Zudem wird die Einführung moderner Messeinrichtungen fortgesetzt und mit dem Einbau intelligenter Messsysteme soll begonnen werden. Für die Zukunftsfähigkeit der Tochtergesellschaft MITNETZ STROM ist die Weiterentwicklung des Verteilernetzes zu einem leistungsstarken und intelligenten Netz essentiell.

Im Jahr 2018 wird die Mitteilung zur Feststellung des Ausgangsniveaus der Erlösbergrenze für die dritte Regulierungsperiode durch die Bundesnetzagentur erwartet. Im Anschluss daran wird der bundesweite Effizienzvergleich für die Verteilernetzbetreiber Strom hinsichtlich der in 2019 beginnenden dritten Regulierungsperiode durchgeführt. Außerdem wird der generelle sektorale Produktivitätsfaktor für die Betreiber von Elektrizitätsversorgungsnetzen für die 3. Regulierungsbehörde bestimmt. Konkrete Ergebnisse werden im Laufe des Jahres erwartet. Daraus resultieren für den Netzbereich zahlreiche neue Anforderungen. Diese Rahmenbedingungen beeinflussen die Netzerlöse und damit die künftige Geschäftsentwicklung der MITNETZ STROM. Konkrete Auswirkungen ergeben sich ab dem Jahr 2019.

Konzessionen. Die Intensität des Wettbewerbs um Konzessionen wird in den kommenden Jahren anhalten. Über ein etabliertes Konzessions- und Kommunalmanagement strebt enviaM die Sicherung der Konzessionsverträge an.

Beteiligungen. Die dauerhafte Optimierung des Beteiligungsportfolios bleibt ein wesentliches Aufgabenfeld von enviaM. Darüber hinaus wird enviaM die Zusammenarbeit mit kommunalen Partnern weiter verstärken, um Wachstumschancen im Zuge der Energiewende gemeinsam zu nutzen.

Personal. Die ziel- und bedarfsgerechte Personal- und Führungskräfteentwicklung sowie die Unterstützung des Veränderungsprozesses bleiben auch im Geschäftsjahr 2018 Schwerpunkte des Personalmanagements. Dabei steht die Ausgestaltung der Arbeitsprozesse im Zuge der Digitalisierung im Mittelpunkt. Diese erfordern neben organisatorischen Anpassungen, ein breites Qualifikationsspektrum der Mitarbeiter und Führungskräfte. Zudem werden Maßnahmen zum Wissensaustausch im Unternehmen sowie zur Vernetzung und effektiven Zusammenarbeit der Mitarbeiter gefördert.

Prognose 2018. Ziel von enviaM ist es, die langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Für das Geschäftsjahr 2018 geht enviaM von einem Stromabsatz für Privat-, Gewerbe-, Geschäftskunden von rund 8.100 GWh aus. Der prognostizierte Rückgang im Vergleich zu 2017 resultiert aus Mengengerückgängen im Segment Geschäftskunden.

Das Unternehmen prognostiziert für 2018 ein betriebliches Ergebnis nach IFRS in der Größenordnung von rund 290 Mio. €. Die Basis dafür bildet ein stabiles Geschäft im Stromvertrieb. Ergebnisverbessernd wirken im Wesentlichen ein höheres Beteiligungsergebnis der MITNETZ STROM.

Die Investitionen in immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen werden mit rund 139 Mio. € veranschlagt. Damit liegen diese circa 7 % über dem Niveau von 2017. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit bildet weiterhin das Stromverteilernetz.

Der Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung von enviaM. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn der Vorstand davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund der Vielzahl von internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

1.5 Erklärung zur Unternehmensführung

Frauen in Führungspositionen. Auf Basis des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat der enviaM im Geschäftsjahr 2017 verbindliche Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat in Höhe von 25 % und für den Vorstand in Höhe von 33,33 % festgelegt. Die Zielquoten gelten für den am 1. Juli 2017 beginnenden Erfüllungszeitraum mit einer Dauer bis zum 30. Juni 2022. Zum 31. Dezember 2017 betrug die Frauenquote im Aufsichtsrat 20 % und im Vorstand 0 % und entsprach damit den im letzten Festlegungszeitraum gesetzten Zielen.

Für die erste und zweite Führungsebene hatte sich das Unternehmen im Jahr 2015 verpflichtet, einen Frauenanteil von jeweils 30 % zum 30. Juni 2017 zu erreichen. Zum 31. Dezember 2017 beträgt der Anteil an Frauen in der ersten Führungsebene 35,7 % und in der zweiten Führungsebene 37,5 %. Für die erste und zweite Führungsebene hat sich das Unternehmen verpflichtet, einen Frauenanteil von jeweils 30 % zum 30. Juni 2022 zu erreichen.

Die enviaM Gruppe hat in den letzten Jahren verschiedene Aktivitäten unternommen, um Frauen beruflich zu fördern und auf dem Weg in eine Führungsaufgabe zu begleiten. Hierzu zählen das Potenzialträgerprogramm sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit für den Berichtszeitraum 2016

nach § 21 Entgelt-Transparenzgesetz (EntgTranspG)

Auf der Grundlage von § 25 Abs. 2 und 3 EntgTranspG hat enviaM diesen Bericht erstmalig 2018 für den einjährigen Berichtszeitraum 2016 zu erstellen. Dieser Verpflichtung kommt enviaM im Folgenden nach:

Maßnahmen zur Herstellung der Entgeltgleichheit für Frauen und Männer

Das Unternehmen wendet aufgrund von § 4 TVG einen Vergütungs- und Manteltarifvertrag an, in denen die Vergütungsgrundsätze vereinbart sind. Dies sind die Tarifverträge für die Arbeitnehmer/-innen der Mitgliedsunternehmen der Tarifgruppe Energie des Arbeitgeberverbandes energie- und versorgungswirtschaftlicher Unternehmen e. V. vom 2. September 2010, welche mit ver.di und IG BCE abgeschlossen wurden.

Das Unternehmen vergütet außertarifliche Mitarbeiter aufgrund einer mit dem Betriebsrat vereinbarten Kollektivregelung (Betriebsvereinbarung § 77 Absatz 3 BetrVG), welche die Vergütungsgrundsätze regelt. Durch diese Regelungen wird die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen insbesondere mit Blick auf § 80 Absatz 1 Ziffer 2. BetrVG gewährleistet.

Das Unternehmen vergütet die Leistungen von Frauen und Männern gleich. Es unterscheidet bei der Entgeltfindung nicht nach dem Geschlecht. Die Festlegung der Vergütung erfolgt ausschließlich nach geschlechtsneutralen und objektiven Kriterien (z. B. Qualifikation, Verantwortung, Erfahrung und Führung). Im Unternehmen besteht eine Kollektivvereinbarung, welche die Verbesserung der Qualifikation und den beruflichen Aufstieg für Frauen und Männer gleichermaßen fördert. Das Unternehmen nutzt die bereits bestehenden Elemente zur Entgeltfindung und zur Überprüfung des Entgelts bei vergleichbaren Stellen und wird in 2018 daraus ein betriebliches Prüfverfahren zur Entgeltgleichheit implementieren.

Durchschnittliche Beschäftigte 2016

	weiblich	männlich	Gesamtanzahl
Teilzeit	68	8	76
Vollzeit	305	331	636
	373	339	712

Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und deren Wirkung

enviaM setzt eine Vielzahl von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern um. Die Anwendung der Gleitzeit sowie die Förderung von befristeter Teilzeit ermöglicht es allen Mitarbeitern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. enviaM erhöht darüber hinaus den Anteil weiblicher Beschäftigter in Führungs- und Leitungspositionen sowie den Anteil weiblicher Auszubildender in Berufen, in denen weibliche Beschäftigte unterrepräsentiert sind. Für Frauen in Technischen Berufen setzt enviaM spezielle Qualifizierungsmaßnahmen um. Ein Beispiel dafür ist das Duale Ingenieurstudium für Frauen an der FH Mittweida. Darüber hinaus führt enviaM ein Potenzialträgerprogramm durch, um Frauen und Männer zu identifizieren, die für die Übernahme verantwortungsvoller Aufgaben, Projekte und Führungspositionen geeignet sind. Diese werden auf Basis der Managementdiagnostik individuell und bedarfsgerecht gefördert. Weitere wesentliche Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sind das Kontakthalteprogramm sowie die Möglichkeit der Teilnahme an internen Ausschreibungen während der Elternzeit.

2

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017

envia Mitteldeutsche Energie AG

2.1 Bilanz

Aktiva	Tz	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		13.476	11.237
Sachanlagen		1.061.586	1.047.176
Finanzanlagen		1.553.043	1.484.662
		2.628.105	2.543.075
Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	5.124	8.760
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	242.938	244.615
Flüssige Mittel	(4)	422	293
		248.484	253.668
Rechnungsabgrenzungsposten		1.036	263
		2.877.625	2.797.006

Passiva	Tz	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Eigenkapital	(5)		
Gezeichnetes Kapital		635.187	635.187
Kapitalrücklage		20.565	20.565
Gewinnrücklagen		891.691	849.691
Bilanzgewinn		161.557	161.783
		1.709.000	1.667.226
Sonderposten	(6)	72.999	87.724
Rückstellungen	(7)	363.317	355.486
Verbindlichkeiten	(8)	702.949	647.004
Rechnungsabgrenzungsposten	(9)	29.360	39.566
		2.877.625	2.797.006

2.2 Gewinn- und Verlustrechnung

	Tz	2017 T€	2016 T€
Umsatzerlöse	(12)	2.375.289	2.478.533
Strom- und Energiesteuer		-127.712	-131.397
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Energiesteuer)		2.247.577	2.347.136
Bestandsveränderung		-216	738
Andere aktivierte Eigenleistungen		117	238
Sonstige betriebliche Erträge	(13)	104.424	142.625
Materialaufwand	(14)	-1.839.711	-1.931.043
Personalaufwand	(15)	-67.601	-61.879
Abschreibungen	(16)	-105.738	-110.146
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(17)	-151.034	-146.712
Ergebnis Finanzanlagen	(18)	104.755	-28.167
Zinsergebnis	(19)	-19.863	-11.014
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		-2.300	-151
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(20)	-65.744	-48.396
Ergebnis nach Steuern		204.666	153.229
Sonstige Steuern		-1.614	-3.943
Jahresüberschuss		203.052	149.286
Gewinnvortrag		505	497
Einstellung in die Gewinnrücklagen (im Vorjahr: Entnahme aus den Gewinnrücklagen)		-42.000	12.000
Bilanzgewinn		161.557	161.783

2.3 Anhang

Allgemeines

Die wirtschaftliche Tätigkeit der envia Mitteldeutsche Energie AG mit Sitz in Chemnitz (im Folgenden auch kurz „enviaM“ genannt) erstreckt sich im Wesentlichen auf die Beschaffung und die gewerbliche Nutzung von Energie und Energieanlagen sowie auf die Versorgung mit elektrischer Energie, Gas und Wärme. enviaM ist eine große Kapitalgesellschaft gemäß § 267 Abs. 3 HGB und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Chemnitz unter der Nummer HRB 19751 eingetragen.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2017 wurden die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften – unter Beachtung der Regelungen des AktG und des EnWG – angewendet.

Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung sind in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen. Soweit Angaben wahlweise in der Bilanz bzw. in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang vorgenommen werden können, erfolgen diese Angaben im Anhang. Der Jahresabschluss wird in Euro (€) aufgestellt. Die Beträge werden in Tausend Euro (T€) angegeben. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

enviaM und ihre Tochterunternehmen werden in die Konzernabschlüsse der innogy SE, Essen, (kleinster Konsolidierungskreis) und der RWE AG, Essen, (größter Konsolidierungskreis) einbezogen, die nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt werden. Konzernabschluss und Konzernlagebericht der innogy SE und der RWE AG werden beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch eingereicht und bekannt gemacht (www.bundesanzeiger.de). Aus diesem Grund ist enviaM unter Beachtung von § 291 HGB grundsätzlich von der Verpflichtung befreit, einen eigenen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufzustellen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten erfasst und werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer – im Zu- und Abgangsjahr zeitanteilig – linear abgeschrieben.

Zugänge zu den Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Der Umfang der Anschaffungskosten entspricht § 255 Abs. 1 HGB. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten für Material und Lohn sowie angemessene Teile der Material-, Fertigungs- und Verwaltungsgemeinkosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB. Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen werden mit dem Nennbetrag bewertet.

Die Abschreibungen erfolgen auf der Grundlage der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Bezogen auf den überwiegenden Anteil der Anschaffungs- und Herstellungskosten werden den planmäßigen Abschreibungen folgende Nutzungsdauern zu Grunde gelegt:

	Jahre
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Software, Lizenzen, sonstige Rechte	3 – 20
Dienstbarkeiten	20 – 35
Gebäude	12 – 50
Technische Anlagen	
Stromnetze	20 – 45
Umspann- und Schaltanlagen	10 – 25
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 20

Die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen erfolgen für alle vor dem 1. Januar 2008 und für alle im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 angeschafften Sachanlagen – soweit zum damaligen Zeitpunkt steuerlich zulässig – nach der degressiven Methode. Der Wechsel auf die lineare Abschreibungsmethode erfolgt, sobald die lineare Verteilung des Restbuchwertes auf die Restnutzungsdauer zu einer höheren Abschreibung führt als die Beibehaltung der degressiven Abschreibung. Mit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) zum 1. Januar 2010 ist die umgekehrte Maßgeblichkeit der Steuerbilanz für die Handelsbilanz und damit die Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode entfallen. enviaM macht jedoch von dem in der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 4 EGHGB vorgesehenen Wahlrecht Gebrauch und führt die Wertansätze unter den bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort. Daher wird auch die degressive Abschreibungsmethode dieser Vermögensgegenstände beibehalten. Im Vergleich zur Anwendung der linearen Abschreibungsmethode seit dem Zugangszeitpunkt ergeben sich im Geschäftsjahr 2017 insgesamt Mehrabschreibungen in Höhe von 5.683 T€ (Vorjahr: 6.789 T€).

Alle im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2008 sowie alle nach dem 31. Dezember 2009 angeschafften Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach der linearen Methode abgeschrieben.

Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz (FördergebietG) wurden in den Vorjahren vorgenommen und als Sonderposten mit Rücklageanteil ausgewiesen. Die entsprechenden Sachanlagen werden linear abgeschrieben.

Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten mehr als 150,00 € und nicht mehr als 410,00 € betragen, werden im Zugangsjahr vollständig abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Abgang gezeigt.

Geringwertige Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zu 150,00 € werden im Jahr der Anschaffung grundsätzlich aufwandswirksam erfasst.

Darüber hinaus werden außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen vorgenommen, soweit die beizulegenden Werte einzelner Vermögensgegenstände voraussichtlich dauerhaft unter dem Buchwert liegen.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten, verzinsliche Ausleihungen zum Nennwert bewertet. Ist der beizulegende Wert auf Grund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung niedriger, wurde dieser angesetzt.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert.

Die Vorräte sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bewertet. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Innerhalb der Forderungen aus Strom- und Gaslieferungen sind erhaltene Abschlagszahlungen mit dem abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Verbrauch der Kunden verrechnet. Sofern es sich bei Vermögensgegenständen um Zweckvermögen zur Absicherung von Pensionsverpflichtungen handelt, erfolgt gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB eine Saldierung mit den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die flüssigen Mittel und der aktive Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nennwert angesetzt.

Bestehende Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Bilanzansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen werden, führen sowohl zu aktiven als auch zu passiven latenten Steuern, die saldiert werden. Eine Nutzung des Wahlrechtes gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB erfolgt nicht, so dass nach Saldierung keine Aktivierung von latenten Steuern vorgenommen wird.

Passiva

Das Eigenkapital ist zum Nennwert bilanziert.

Alle vor dem 1. Januar 2003 vereinnahmten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten werden unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und rätierlich über einen Gesamtzeitraum von 20 Jahren zu Gunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Alle zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 31. Dezember 2004 vereinnahmten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten werden ebenfalls unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und rätierlich über einen Gesamtzeitraum von 20 Jahren (im Vorjahr: entsprechend der Nutzungsdauer der jeweils dazugehörigen Vermögensgegenstände) zu Gunsten der Umsatzerlöse aufgelöst. Aus dieser Bewertungsänderung resultiert ein Ertrag in Höhe von 90 T€.

Alle ab dem 1. Januar 2005 vereinnahmten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten werden im passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und linear über einen Gesamtzeitraum von 20 Jahren zu Gunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Steuerpflichtige Zuschüsse der öffentlichen Hand für Investitionen sind als Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen passiviert und werden über die Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst.

In Vorjahren vorgenommene steuerrechtliche Sonderabschreibungen auf das Anlagevermögen gemäß § 4 FördergebietsG sowie Übertragungen gemäß § 6b EStG wurden bis zum 31. Dezember 2009 in den Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellt. Der Sonderposten mit Rücklageanteil wurde bei erstmaliger Anwendung der Vorschriften des BilMoG am 1. Januar 2010 gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten. Die Auflösung zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge erfolgt konform zu den planmäßigen Abschreibungen.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen. Der Wertansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Kostensteigerungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie die sonstigen Rückstellungen für Vorruhestand, Altersteilzeit, Jubiläen und Sterbegeld wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen unter Berücksichtigung der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck – die eine generationenabhängige Lebenserwartung berücksichtigen – nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit-Methode) bewertet.

Soweit Zweckvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB vorliegt, ergibt sich die Rückstellung aus dem Saldo des versicherungsmathematischen Barwertes der Verpflichtung und des beizulegenden Zeitwertes des zur Deckung gebildeten Zweckvermögens. Der beizulegende Zeitwert entspricht grundsätzlich dem Marktwert des verrechneten Zweckvermögens. Ergebnisauswirkungen aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes, Zeitwertänderungen des Zweckvermögens und laufende Erträge des Zweckvermögens werden nach Verrechnung im Zinsergebnis ausgewiesen.

Die Pensionsrückstellungen werden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, abgezinst. Zwischen dem 10-Jahresdurchschnittzinssatz zum 31. Dezember 2017 (3,68 %; im Vorjahr 4,01 %) und dem 7-Jahresdurchschnittzinssatz zum 31. Dezember 2017 (2,80 %; im Vorjahr: 3,24 %) ergibt sich bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 19.771 T€ (Vorjahr: 16.807 T€), der ausschüttungsgesperrt ist.

Das Wahlrecht nach Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB wurde nicht in Anspruch genommen. Alle mittelbaren Pensionsverpflichtungen wurden in Höhe ihrer Unterdeckung bilanziert. Dabei wurde das Kassenvermögen der Unterstützungskasse vom Verpflichtungswert abgesetzt.

Im Rahmen weiterer Rechnungsannahmen wurden folgende jährliche Lohn-, Gehalts- und Rentensteigerungen unterstellt:

	31.12.2017		31.12.2016	
	Lohn- und Gehaltssteigerungen %	Rentensteigerungen %	Lohn- und Gehaltssteigerungen %	Rentensteigerungen %
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen				
Pensionen nach Manteltarifvertrag	–	0,00	–	0,00
Pensionen nach Manteltarifvertrag (RWE-Zusagen)	2,35	1,60	2,35	1,60
Rentenausgleichszahlungen	–	1,60	–	1,60
Deputatsverpflichtungen	–	0,00	–	0,00
Deferred compensation	–	0,00	–	0,00
Mittelbare Pensionsverpflichtungen				
Leistungsplan 1 und 1a	2,35	1,60	2,35	1,60
Leistungsplan 3	1,50	0,00	1,50	0,00
Leistungsplan 4	0,00	1,00	0,00	1,00
Leistungsplan 5	2,35	1,00	2,35	1,00
Leistungsplan 29	0,00	1,00	0,00	0,00
Leistungsplan 30	2,35	1,00	0,00	1,00
alle weiteren Leistungspläne	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Rückstellungen				
Vorruhestand	2,10	–	2,10	–
Altersteilzeit	2,10	–	2,10	–
Sterbegeld	2,35	–	2,35	–
Jubiläumsverpflichtungen	0,00	–	0,00	–

Die mittel- und langfristigen sonstigen Rückstellungen wurden entsprechend ihrer Restlaufzeit mit dem von der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2017 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 Satz 1 HGB). Zur Anwendung kamen Zinssätze zwischen 1,26 % und 2,60 % (im Vorjahr: zwischen 1,67 % und 3,24 %). Geschätzte künftige Kostensteigerungen wurden berücksichtigt.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag und erhaltene Anzahlungen mit dem Nennwert passiviert. Innerhalb der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind Zahlungsverpflichtungen aus abgegrenzten noch nicht abgelesenen Netznutzungen mit den geleisteten Abschlagszahlungen verrechnet. Die Wertansätze der Eventualverbindlichkeiten entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Erläuterungen zur Bilanz

Tz (1) Anlagevermögen

Das Anlagevermögen entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Buchwerte

	31.12.2017	31.12.2016
	T€	T€
Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13.476	11.237
	13.476	11.237
Sachanlagen		
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	89.582	96.407
Technische Anlagen	922.582	893.464
Betriebs- und Geschäftsausstattung	27.105	25.489
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22.317	31.816
	1.061.586	1.047.176
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	353.241	356.326
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	315.842	314.485
Beteiligungen	104.866	104.291
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.996	6.453
Wertpapiere des Anlagevermögens	773.077	703.078
Sonstige Ausleihungen	21	29
	1.553.043	1.484.662
Anlagevermögen	2.628.105	2.543.075

Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten

Vortrag zum 01.01.2017 T€	Zugänge T€	Umbuchungen T€	Abgänge T€	Stand am 31.12.2017 T€
28.835	2.912	1.183	-73	32.857
28.835	2.912	1.183	-73	32.857
225.350	2.021	169	-16.865	210.675
3.652.360	103.334	21.691	-35.055	3.742.330
62.808	7.265	812	-4.140	66.745
31.816	14.437	-23.855	-81	22.317
3.972.334	127.057	-1.183	-56.141	4.042.067
440.687	3.102	-630	-3.408	439.751
314.485	6.937	0	-5.580	315.842
108.992	270	630	-174	109.718
6.453	135	0	-592	5.996
703.078	69.999	0	0	773.077
29	0	0	-8	21
1.573.724	80.443	0	-9.762	1.644.405
5.574.893	210.412	0	-65.976	5.719.329

Kumulierte Abschreibungen

	Vortrag zum 01.01.2017 T€
Immaterielle Vermögensgegenstände	
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	17.598
	17.598
Sachanlagen	
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	128.943
Technische Anlagen	2.758.896
Betriebs- und Geschäftsausstattung	37.319
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0
	2.925.158
Finanzanlagen	
Anteile an verbundenen Unternehmen	84.361
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0
Beteiligungen	4.701
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0
Wertpapiere des Anlagevermögens	0
Sonstige Ausleihungen	0
	89.062
Anlagevermögen	3.031.818

Abschreibungen	Zuschreibungen	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2017
T€	T€	T€	T€	T€
1.801	0	0	-18	19.381
1.801	0	0	-18	19.381
5.904	0	0	-13.754	121.093
91.629	0	0	-30.777	2.819.748
6.404	0	0	-4.083	39.640
0	0	0	0	0
103.937	0	0	-48.614	2.980.481
2.300	0	-151	0	86.510
0	0	0	0	0
0	0	151	0	4.852
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
0	0	0	0	0
2.300	0	0	0	91.362
108.038	0	0	-48.632	3.091.224

An nachstehend aufgeführten Unternehmen ist enviaM beteiligt (Angabe gemäß § 285 Nr. 11 HGB).
Davon werden die folgenden verbundenen Unternehmen in den Konzernabschluss der innogy SE und der RWE AG einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil gemäß § 16 AktG		Eigenkapital des letzten Geschäfts- jahres T€	Ergebnis des letzten Geschäfts- jahres T€
	unmittelbar	mittelbar		
	%	%		
1 envia THERM GmbH, Bitterfeld-Wolfen ¹	100,00		63.463	0
2 enviaM Beteiligungsgesellschaft Chemnitz GmbH, Chemnitz ¹	100,00		56.366	0
3 envia TEL GmbH, Marktleeberg	100,00		18.998	3.004
4 EVIP GmbH, Bitterfeld-Wolfen ¹	100,00		11.347	0
5 Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale) ¹	100,00		4.171	0
6 envia SERVICE GmbH, Cottbus	100,00		3.316	1.362
7 Verteilnetz Plauen GmbH, Plauen ¹	100,00		22	0
8 VWS Verbundwerke Südwestsachsen GmbH, Lichtenstein/Sa.	97,85		26.908	2.266
9 MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH, Halle (Saale)	75,39		129.245	37.289
10 A/V/E GmbH, Halle (Saale)	25,90	25,10	3.358	1.289
11 Südwestsächsische Netz GmbH, Crammischau		100,00	1.117	47
12 Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas mbH, Halle (Saale) ²		100,00	25	0

¹ Gewinnabführungsvertrag mit enviaM

² Gewinnabführungsvertrag mit MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH

Die folgenden verbundenen Unternehmen werden nicht in den Konzernabschluss der innogy SE und der RWE AG einbezogen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil gemäß § 16 AktG		Eigenkapital des letzten Geschäfts- jahres T€	Ergebnis des letzten Geschäfts- jahres T€
	unmittelbar	mittelbar		
	%	%		
13 SEG Solarenergie Guben GmbH & Co. KG, Guben ³	100,00		3.159	-1
14 AQUAVENT Gesellschaft für Umwelttechnik und regenerierbare Energien mbH, Lützen ¹	100,00		3.111	2.292
15 Windkraft Hochheim GmbH & Co. KG, Hochheim ¹	100,00		2.820	70
16 GKB Gesellschaft für Kraftwerksbeteiligungen mbH, Cottbus ¹	100,00		268	-24
17 NRF Neue Regionale Fortbildung GmbH, Halle (Saale) ¹	100,00		172	30
18 enviaM Erneuerbare Energien Verwaltungsgesellschaft mbH, Markkleeberg ¹	100,00		35	3
19 enviaM Neue Energie Management GmbH, Halle (Saale) ¹	100,00		26	1
20 enviaM Zweite Neue Energie Management GmbH, Halle (Saale) ⁴	100,00		25	-
21 SEG Solarenergie Guben Management GmbH, Halle (Saale) ⁴	100,00		25	-
22 WKH Windkraft Hochheim Management GmbH, Halle (Saale) ⁴	100,00		25	-
23 Lößnitz Netz GmbH & Co. KG, Lößnitz ¹	100,00		10	-3
24 WEK Windenergie Kolkwitz GmbH & Co. KG, Kolkwitz ²	100,00		-1.184	-1.143
25 Oschatz Netz GmbH & Co. KG, Oschatz ¹	74,90		561	217
26 bildungszentrum energie GmbH, Halle (Saale) ¹	74,50	25,50	613	138
27 Windpark Verwaltungsgesellschaft mbH, Lützen ¹		100,00	31	0
28 Lößnitz Netz Verwaltungs GmbH, Lößnitz ¹		100,00	27	0
29 Mitteldeutsche Netzgesellschaft Gas HD mbH, Halle (Saale) ⁵		100,00	25	0
30 Mitteldeutsche Netzgesellschaft mbH, Chemnitz ¹		100,00	21	-1
31 Oschatz Netz Verwaltungs GmbH, Oschatz ¹		99,98	26	0

¹ Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

² Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015; in 2015 als Erste WEA Vetschau GmbH & Co. KG firmierend

³ Geschäftsjahr vom 20. Dezember bis 31. Dezember 2016

⁴ Eigenkapital bei Gründung in 2017

⁵ Gewinnabführungsvertrag mit MITGAS Mitteldeutsche Gasversorgung GmbH

Darüber hinaus werden folgende Beteiligungen gehalten:

Name und Sitz der Gesellschaft	Beteiligungsanteil gemäß § 16 AktG		Eigenkapital des letzten Geschäfts- jahres T€	Ergebnis des letzten Geschäfts- jahres T€
	unmittelbar	mittelbar		
	%	%		
32 Fernwärmeversorgung Zwönitz GmbH (FVZ), Zwönitz	50,00		3.296	331
33 Netzgesellschaft Grimma GmbH & Co. KG, Grimma	49,00		7.670	507
34 Stadtwerke - Strom Plauen GmbH & Co. KG, Plauen	49,00		5.699	1.442
35 Energieversorgung Marienberg GmbH, Marienberg ²	49,00		3.007	0
36 Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH, Dessau-Roßlau	49,00		1.599	418
37 Wärmeversorgung Mücheln GmbH, Mücheln	49,00		894	74
38 Wärmeversorgung Wachau GmbH, Markkleeberg OT Wachau	49,00		89	-2
39 Technische Werke Naumburg GmbH, Naumburg (Saale) ²	47,00		10.625	650
40 Stadtwerke Bernburg GmbH, Bernburg (Saale) ²	45,00		32.759	900
41 Energieversorgung Guben GmbH, Guben	45,00		16.895	1.241
42 Windenergie Frehne GmbH & Co. KG, Marienfließ	41,03		5.796	32
43 Stadtwerke Merseburg GmbH, Merseburg ²	40,00		22.092	700
44 Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH, Bitterfeld-Wolfen ²	40,00		20.039	100
45 Heizkraftwerk Zwickau Süd GmbH & Co. KG, Zwickau	40,00		1.000	352
46 Städtische Werke Borna GmbH, Borna	36,75		5.316	885
47 Stadtwerke Aschersleben GmbH, Aschersleben	35,00		17.459	2.969
48 Windenergie Briesensee GmbH, Neu Zauche	31,48		1.248	-89
49 Freiburger Stromversorgung GmbH (FSG), Freiberg	30,00		10.038	1.283
50 Sandersdorf-Brehna Netz GmbH & Co. KG, Sandersdorf-Brehna	27,60	21,40	4.826	175
51 Stadtwerke Schwarzenberg GmbH, Schwarzenberg/Erzgeb.	27,54		14.551	1.327
52 Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau ²	27,00		43.360	0
53 Windkraft Jerichow-Mangelsdorf I GmbH & Co. KG, Burg	25,10		4.167	579
54 Stadtwerke Weißenfels GmbH, Weißenfels	24,50		24.825	4.981
55 Stadtwerke Zeitz GmbH, Zeitz	24,50		21.379	3.645
56 Stadtwerke Meerane GmbH, Meerane	24,50		14.846	2.443
57 Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH, Reichenbach im Vogtland	24,50		13.835	1.786
58 Stadtwerke Aue GmbH, Aue	24,50		12.851	1.656
59 GISA GmbH, Halle (Saale)	23,90		9.184	3.584
60 Erdgasversorgung Industriepark Leipzig Nord GmbH, Leipzig		50,00	436	6
61 VEM Neue Energie Muldenthal GmbH & Co. KG, Markkleeberg		50,00	58	-8
62 eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz		9,15	464.069	79.267

¹ Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

² Gewinnabführungsvertrag mit dem Mehrheitsgesellschafter

Bei den Wertpapieren des Anlagevermögens handelt es sich um Fondsanteile an einem Spezialfonds:

Spezialfondsart	Buchwert 31.12.2017 T€	Marktwert 31.12.2017 T€	Abweichung 31.12.2017 T€	Ausschüttung 2017 T€	Tägliche Rückgabe möglich
Mischfonds	773.077	816.703	43.626	20.303	möglich

Tz (2) Vorräte

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.347	7.755
Unfertige Leistungen	777	993
Geleistete Anzahlungen	0	12
	5.124	8.760

Tz (3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	147.904	167.431
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	61.135	38.929
davon Finanzforderungen	(21.320)	(2.840)
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(2.405)	(1.461)
davon sonstige Forderungen	(37.410)	(34.628)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.943	5.695
davon Finanzforderungen	(12)	(53)
davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(3.931)	(5.642)
Sonstige Vermögensgegenstände	29.956	32.560
	242.938	244.615

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen vor allem Ansprüche aus Verbrauchsabgrenzungen für Strom- und Gaslieferungen an Endkunden mit rollierender Verbrauchsablesung in Höhe von insgesamt 111.045 T€ (im Vorjahr: 107.945 T€). Den Forderungen aus Verbrauchsabgrenzungen in Höhe von 592.838 T€ (im Vorjahr: 582.279 T€) stehen erhaltene Anzahlungen von 481.793 T€ (im Vorjahr: 474.334 T€) gegenüber.

Alle gleichartigen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, bei denen Gläubiger und Schuldner identisch sind und die die gleiche Fristigkeit aufweisen, werden saldiert ausgewiesen.

Innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände sind analog des Vorjahres keine Forderungen enthalten, die rechtlich erst nach dem Stichtag entstehen.

Von den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen haben 88 T€ (im Vorjahr: 109 T€) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr. Sie betreffen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Tz (4) Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel betreffen mit 367 T€ (im Vorjahr: 262 T€) Guthaben bei Kreditinstituten und mit 55 T€ (im Vorjahr: 31 T€) Kassenbestände.

Tz (5) Eigenkapital

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals ist nachfolgender Übersicht zu entnehmen:

	Vortrag zum 01.01.2017	Gewinn- ausschüttung	Entnahme aus den Rücklagen	Einstellung aus dem Jahres- überschuss	Stand am 31.12.2017
	T€	T€	T€	T€	T€
Gezeichnetes Kapital	635.187	0	0	0	635.187
Kapitalrücklage	20.565	0	0	0	20.565
Gewinnrücklagen					
Gesetzliche Rücklage					
gemäß § 27 Abs. 2 DMBilG	114.659	0	0	0	114.659
(davon zugleich im Sinne des § 150 Abs. 2 AktG)	(114.659)	0	0	0	(114.659)
Andere Gewinnrücklagen	735.032	0	0	42.000	777.032
	849.691	0	0	42.000	891.691
Bilanzgewinn	161.783	-161.278	0	161.052	161.557
davon Gewinnvortrag	(497)				(505)
	1.667.226	-161.278	0	203.052	1.709.000

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) ist in 248.120.000 auf den Namen lautende Stückaktien (Stammaktien) eingeteilt.

Die Aktionäre der enviaM zum Bilanzstichtag sind:

Aktionär	Anteilsverhältnis %	Aktien Stück
innogy SE, Essen	38,58	95.730.045
KBE Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia, Chemnitz	22,18	55.027.366
enviaM Beteiligungsgesellschaft mbH, Essen	19,99	49.588.590
KBM Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia Mitteldeutsche Energie AG, Bitterfeld-Wolfen	15,09	37.441.172
Städte, Gemeinden und Stadtwerke	4,16	10.332.827
	100,00	248.120.000

Die Mehrheit der Anteile an der enviaM hält direkt und indirekt die innogy SE, Essen. Die Mehrheit der Anteile an der innogy SE hält die RWE Downstream Beteiligungs GmbH, Essen. Die Mehrheit der Anteile an der RWE Downstream Beteiligungs GmbH, Essen, hält die RWE AG, Essen, der damit gemäß § 20 Abs. 4 i.V.m. § 16 Abs. 1 AktG die Mehrheit der Anteile an enviaM zuzurechnen ist. Über diese Beteiligungsverhältnisse wurde enviaM letztmalig mit Schreiben vom 4. Juni 2016 informiert.

Tz (6) Sonderposten

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	4.605	4.168
Sonderposten mit Rücklageanteil		
Steuerrechtliche Sonderabschreibungen		
gemäß § 4 FördergebietsG	62.077	77.023
gemäß § 6b EStG	6.317	6.533
	68.394	83.556
	72.999	87.724

Tz (7) Rückstellungen

	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	143.182	137.760
Steuerrückstellungen	33.743	28.801
Sonstige Rückstellungen	186.392	188.925
	363.317	355.486

Nachstehend aufgeführte Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, wurden gemäß § 246 Abs. 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet; entsprechend wurde mit den zugehörigen Aufwendungen aus der Aufzinsung und den Zinserträgen aus dem zu verrechnenden Vermögen verfahren:

	Anschaffungskosten		Einzelbeträge vor Verrechnung			
			Zeitwert		Erfüllungsbetrag	
	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€	31.12.2017 T€	31.12.2016 T€
Unmittelbare Pensionsverpflichtungen aus deferred compensation						
Verrechnete Vermögensgegenstände						
Sonstige Vermögensgegenstände aus verpfändeten Rückdeckungsversicherungen	1.069	1.082	1.069	1.082	-	-
Verrechnete Schulden						
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen aus deferred compensation	-	-	-	-	1.069	1.082

Die Anschaffungskosten und die beizulegenden Zeitwerte wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen ermittelt.

Ferner wurden Zinserträge in Höhe von 34 T€ (im Vorjahr: 43 T€) mit Zinsaufwendungen in Höhe von 34 T€ (im Vorjahr: 43 T€) verrechnet.

Die Steuerrückstellungen betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus Körperschaft- und Gewerbesteuer für die Veranlagungszeiträume 2009, 2014 und 2017.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen eingegangene Verpflichtungen gegenüber den Arbeitnehmern im Zusammenhang mit den Betriebsvereinbarungen zum Vorruhestand, Entschädigungszahlungen für Dienstbarkeiten gemäß § 9 Abs. 3 RegVBG, ausstehende Eingangsrechnungen, Prozessrisiken, Zinszahlungsverpflichtungen, sowie andere ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften.

Auf Grund der durch das BilMoG geänderten Bewertung von Rückstellungen wäre in 2010 eine teilweise Auflösung der sonstigen Rückstellungen erforderlich gewesen, die in Anwendung des Beibehaltungswahrechtes nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB nicht vorgenommen wurde, weil der aufzulösende Betrag bis spätestens 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Die Überdeckung zum 31. Dezember 2017 beträgt noch 58 T€ (Vorjahr: 102 T€).

Tz (8) Verbindlichkeiten

In den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind mit 62.689 T€ (im Vorjahr: 63.333 T€) Abgrenzungen aus Verbindlichkeiten aus Netznutzungsentgelten enthalten, welche mit geleisteten Anzahlungen in Höhe von 43.672 T€ (im Vorjahr: 38.292 T€) verrechnet wurden.

Verbindlichkeiten mit Angabe von Restlaufzeiten

	31.12.2017	Restlaufzeit		31.12.2016	Restlaufzeit	
	T€	≤ 1 Jahr T€	> 1 Jahr T€	T€	≤ 1 Jahr T€	> 1 Jahr T€
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	60	60	0	150	150	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	87.785	87.785	0	97.800	97.800	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	577.115	577.115	0	511.552	511.552	0
davon aus Finanzierung	(529.155)	(529.155)	(0)	(340.124)	(340.124)	(0)
davon aus Lieferungen und Leistungen	(47.458)	(47.458)	(0)	(48.357)	(48.357)	(0)
davon Sonstige Verbindlichkeiten	(502)	(502)	(0)	(123.071)	(123.071)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.022	1.022	0	1.522	1.522	0
davon aus Lieferungen und Leistungen	(1.022)	(1.022)	(0)	(1.522)	(1.522)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	36.967	36.967	0	35.980	31.805	4.175
davon aus Steuern	(9.551)	(9.551)	(0)	(9.304)	(9.304)	(0)
	702.949	702.949	0	647.004	642.829	4.175

In den Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind analog des Vorjahres keine Verbindlichkeiten enthalten, deren Restlaufzeit fünf Jahre übersteigt.

Tz (9) Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind mit 29.002 T€ (im Vorjahr: 39.367 T€) Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskosten bilanziert.

Ferner werden mit 358 T€ (im Vorjahr: 199 T€) sonstige Einnahmen vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Tz (10) Latente Steuern

Bei der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 29,825 % zu Grunde gelegt. Insgesamt übersteigen die aktiven latenten Steuern die passiven latenten Steuern, wodurch sich insgesamt eine zukünftige Steuerentlastung ergibt, die nicht bilanziert wird.

	01.01.2017 T€	Veränderung T€	31.12.2017 T€
Aktive latente Steuern	63.991	35	64.026
Passive latente Steuern	-3.246	-4.207	-7.453
	60.745	-4.172	56.573

Die aktiven latenten Steuern resultieren hauptsächlich aus Ansatz- bzw. Bewertungsunterschieden bei Rückstellungen. Die passiven latenten Steuern betreffen ausschließlich Bewertungsunterschiede bei Sachanlagen.

Tz (11) Haftungsverhältnisse, sonstige finanzielle Verpflichtungen und außerbilanzielle Geschäfte gemäß § 251 bzw. § 285 Nr. 3 und Nr. 3a HGB

Die zu Gunsten anderer Unternehmen eingegangenen Verpflichtungen für deren Gewährleistungsverträge gegenüber Dritten in Höhe von 2.412 T€ (im Vorjahr: 1.638 T€) – davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 2.222 T€ (im Vorjahr: 1.448 T€); davon gegenüber assoziierten Unternehmen: 190 T€ (im Vorjahr: 190 T€) – sind nicht zu passivieren, da die zu Grunde liegenden Verbindlichkeiten durch die Unternehmen voraussichtlich erfüllt werden können und daher nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen ist.

Ferner hat enviaM zwei verbundenen Unternehmen die Zusage erteilt, auf dessen Anforderung Bürgschaften zur Absicherung der Vertragserfüllung gegenüber den Geschäftspartnern der verbundenen Unternehmen bis zu einer maximalen Höhe von insgesamt 60.000 T€ (im Vorjahr: 60.000 T€) zu übernehmen. Bis zum 31. Dezember 2017 wurden im Umfang von 21.732 T€ (im Vorjahr: 22.724 T€) Bürgschaften zu Gunsten der verbundenen Unternehmen durch enviaM übernommen. Ob die Restbeträge bis zum Ende der Laufzeit der Vereinbarungen jeweils am 31. Dezember 2020 noch in Anspruch genommen werden, ist nicht beurteilbar.

Darüber hinaus ist enviaM gegenüber einem Beteiligungsunternehmen bis zum 30. Dezember 2033 verpflichtet, das Strom- und Gasnetz dieser Gesellschaft zu einem Kaufpreis von 9.000 T€ zu erwerben, sofern das Beteiligungsunternehmen seinen Verbindlichkeiten aus einem Darlehensvertrag gegenüber Dritten nicht nachkommt. Eine Inanspruchnahme der enviaM aus dieser Verpflichtung ist derzeit nicht wahrscheinlich.

Aus Dienstleistungsverträgen bestehen Verpflichtungen in Höhe von 130.342 T€ bis 2019, die mit 63.181 T€ verbundene Unternehmen und mit 67.161 T€ assoziierte Unternehmen betreffen.

Die Zahlungsverpflichtungen aus Immobilienleasingverträgen betragen bis zum Jahr 2029 insgesamt 34.534 T€. Die Zahlungen werden wie folgt abfließen:

2018	6.225 T€
2019 bis 2022	14.757 T€
2023 bis 2027	12.312 T€
2028 bis 2029	1.240 T€

Die mit fünf Zweckgesellschaften vor dem Hintergrund einer Bilanzverkürzung und eines gestreckten Liquiditätsabflusses in Vorjahren abgeschlossenen Leasingverträge betreffen vier Verwaltungsgebäude, neun Kundenzentren und ein Parkhaus. Daneben bestehen fünf Andienungsrechte über insgesamt 6.245 T€.

Im Jahr 2017 hat enviaM Anteile an einer Beteiligung verkauft. Sofern infolge weiterer Veräußerungen der Anteil der enviaM am Stammkapital dieser Beteiligung unter 25,1 % fällt, wird der Käuferin eine Put-Option zur Rückübertragung der verkauften Geschäftsanteile eingeräumt. Ferner wurde den Mitgesellschaftern einer Beteiligung jeweils ein Andienungsrecht ihrer Anteile an der Gesellschaft bis zum 31. Dezember 2032 in Höhe von insgesamt 2,15 % eingeräumt.

Das Bestellobligo von 26.349 T€ resultiert aus erteilten Investitionsaufträgen und entfällt in voller Höhe auf verbundene Unternehmen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Tz (12) Umsatzerlöse

	2017 T€	2016 T€
Strom	1.945.211	2.029.326
Gas	6.990	6.522
Sonstige Umsatzerlöse	423.088	442.685
	2.375.289	2.478.533

Die Umsatzerlöse wurden nahezu vollständig im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Darin ist Stromsteuer in Höhe von 127.096 T€ (im Vorjahr: 130.813 T€) und Energiesteuer in Höhe von 616 T€ (im Vorjahr: 584 T€) enthalten.

Tz (13) Sonstige betriebliche Erträge

	2017 T€	2016 T€
Konzessionsabgabe	55.504	55.786
Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil	15.161	18.630
davon aus Sonderabschreibungen gemäß § 4 FördergebietsG	(14.946)	(18.431)
davon aus Sonderabschreibungen gemäß § 6b EStG	(215)	(199)
Auflösung von Rückstellungen	8.867	46.469
Wertanpassungen des Umlaufvermögens, ertragswirksame Vereinnahmung von Verbindlichkeiten und Zahlungseingänge auf ausgebuchte Forderungen	5.449	747
Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	2.900	515
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	480	422
Abgang von Finanzanlagen	5	705
Übrige Erträge	16.058	19.351
	104.424	142.625

Auf Grund der bestehenden Konzessionsverträge mit den Kommunen ist enviaM als Konzessionsnehmer verpflichtet, Konzessionsabgaben zu entrichten. Die von der Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH, Halle (Saale), im Rahmen der Netznutzungsentgelte vereinnahmten Konzessionsabgaben werden an enviaM weitergeleitet.

Tz (14) Materialaufwand

	2017 T€	2016 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.180.053	-1.292.023
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-659.658	-639.020
	-1.839.711	-1.931.043

In den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist die EEG-Umlage für den Letztverbraucherabsatz mit 479.600 T€ (im Vorjahr: 470.383 T€) enthalten.

Tz (15) Personalaufwand

	2017 T€	2016 T€
Löhne und Gehälter	-53.748	-50.389
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-13.853	-11.490
davon für Altersversorgung	(-5.114)	(-3.876)
	-67.601	-61.879

Beschäftigte im Jahresdurchschnitt in Mitarbeiteräquivalenten (MÄ)

	2017	2016
Gewerbliche Arbeitnehmer	5	6
Angestellte	716	691
	721	697

Tz (16) Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen enthalten in Höhe von 0 T€ (im Vorjahr: 2.427 T€) außerplanmäßige Abschreibungen.

Tz (17) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2017 T€	2016 T€
Konzessionsabgabe	-55.504	-55.786
Verluste aus Wertminderungen und Abgängen von Gegenständen des Umlaufvermögens	-5.622	-5.012
Verluste aus Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen	-4.347	-854
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	-85.561	-85.060
	-151.034	-146.712

Tz (18) Ergebnis Finanzanlagen

	2017 T€	2016 T€
Ergebnis aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen		
Erträge aus Gewinnabführungen	36.180	28.977
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	- 502	- 122.922
	35.678	- 93.945
Erträge aus Beteiligungen	39.123	34.105
davon aus verbundenen Unternehmen	(25.112)	(20.799)
Beteiligungsergebnis	74.801	- 59.840
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	29.954	31.673
davon aus verbundenen Unternehmen	(9.252)	(11.635)
	104.755	- 28.167

Tz (19) Zinsergebnis

	2017 T€	2016 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.260	3.827
davon aus verbundenen Unternehmen	(11)	(24)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	- 23.123	- 14.841
davon aus Aufzinsungen	(- 16.472)	(- 8.679)
davon an verbundene Unternehmen	(- 1.147)	(- 60)
	- 19.863	- 11.014

Tz (20) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen im Wesentlichen Aufwendungen für Vorauszahlungen und die Zuführung zur Steuerrückstellung des Berichtsjahres in Höhe von insgesamt 72.853 T€ (im Vorjahr: 40.643 T€) und weitere periodenfremde Steueraufwendungen (18.298 T€; im Vorjahr: 8.748 T€) sowie periodenfremde Steuererträge (25.407 T€; im Vorjahr: 995 T€).

Sonstige Anhangangaben

Tz (21) Geschäfte größeren Umfangs, die mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen getätigt wurden (§ 6b Abs. 2 EnWG)

Im Geschäftsjahr wurden Geschäfte größeren Umfangs, die aus dem Rahmen der gewöhnlichen Energieversorgungstätigkeit herausfallen und für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht von untergeordneter Bedeutung sind, mit verbundenen Unternehmen wie folgt getätigt:

- Netzverpachtung des regulierten Strom- und Gasnetzes an ein Konzernunternehmen: 216.761 T€ (im Vorjahr: 197.493 T€);
- Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen (allgemeine Verwaltung) an verbundene Unternehmen: 56.772 T€ (im Vorjahr: 72.359 T€);
- Erbringung IT-technischer Dienstleistungen an verbundene Unternehmen: 41.757 T€ (im Vorjahr: 43.589 T€);
- Cash-Pool-Vereinbarungen mit 17 (im Vorjahr: 19) verbundenen Unternehmen, woraus Zinserträge in Höhe von 11 T€ (im Vorjahr: 15 T€) und Zinsaufwendungen in Höhe von 1.147 T€ (im Vorjahr: 56 T€) resultieren;
- Darlehensverträge mit acht (im Vorjahr: sieben) verbundenen Unternehmen, woraus Zinserträge in Höhe von 9.275 T€ (im Vorjahr: 11.644 T€) realisiert wurden;
- Bezug kaufmännischer Dienstleistungen (allgemeine Verwaltung) von verbundenen Unternehmen: 9.023 T€ (im Vorjahr: 9.148 T€);
- Übernahme von Bürgschaften zu Gunsten von zwei verbundenen Unternehmen, die am 31. Dezember 2017 in Höhe von 21.732 T€ (im Vorjahr: 22.724 T€) in Anspruch genommen wurden.

Tz (22) Ausschüttungsgesperrter Betrag

Die zum 31. Dezember 2017 gemäß § 253 Abs. 6 und § 268 Abs. 8 HGB gegen Ausschüttung gesperrten Beträge belaufen sich insgesamt auf 19.711.211,00 €. Der Betrag entfällt ausschließlich auf den Unterschied zwischen dem 7-Jahresdurchschnittszinssatz und dem 10-Jahresdurchschnittszinssatz bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen (§ 253 Abs. 6 HGB). Unter Berücksichtigung der am 31. Dezember 2017 vorhandenen frei verfügbaren Rücklagen kann jedoch der gesamte Bilanzgewinn ausgeschüttet werden.

Tz (23) Sonstige Angaben

Auf Grund der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil sowie der Mehraufwendungen aus der degressiven Abschreibung und der daraus resultierenden Beeinflussung des Steueraufwandes liegt das Jahresergebnis um 3,23 % (im Vorjahr: 5,99 %) über dem Betrag, der sonst auszuweisen gewesen wäre.

Es erfolgen keine Angaben über das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar, da diese Angaben im Konzernanhang der innogy SE enthalten sind.

Die Bezüge des Vorstandes betragen 1.405.090,86 €. Darüber hinaus wurden dem Vorstand im Rahmen des „Strategic Performance Plan 2016 – 2019“ 15.323 Wertsteigerungsrechte gewährt. Der beizulegende Zeitwert im Zeitpunkt der Gewährung betrug 510.727,69 €.

Die Bezüge der ehemaligen Vorstandsmitglieder beliefen sich auf 1.665.880,37 €. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sind 1.714.190,34 € zurückgestellt.

Die Vergütung des Aufsichtsrates betrug 234.827,41 €. Dem Beirat wurden 88.750,00 € vergütet.

Nach Schluss des Berichtszeitraumes sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enviaM eingetreten.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Tim Hartmann

Vorstandsvorsitzender

Dr. Andreas Auerbach

Vorstand Vertrieb

Ralf Hiltenkamp

Vorstand Personal, Arbeitsdirektor

Der Aufsichtsrat besteht aus den folgenden Mitgliedern:

Bernd Böddeling

Bereichsvorstand
Kommunen & Beteiligungen der innogy SE
Vorsitzender

Carl-Ernst Giesting

Bereichsvorstand Geschäftskunden & REM –
Vertriebsleiter Deutschland + Sparte Vertrieb
der innogy SE

René Pöhls¹

Vorsitzender des Gemeinsamen
Gesamtbetriebsrates der enviaM, MITGAS, MIT-
NETZ STROM und MITNETZ GAS
stellvertretender Vorsitzender

Heiko Heinze¹

Stellvertretender Vorsitzender
des Betriebsrates der envia SERVICE GmbH
– seit 3. Mai 2017 –

Thomas Eulenberger

Bürgermeister der Stadt Penig
2. stellvertretender Vorsitzender

Martin Herrmann

Vertriebsvorstand der innogy SE
– seit 3. Mai 2017 –

Sven Bartz¹

Vorsitzender des Gemeinsamen
Betriebsrates Chemnitz der enviaM,
MITGAS, MITNETZ STROM und
MITNETZ GAS
– bis 3. Mai 2017 –

Detlef Hillebrand

Geschäftsführer der Kommunale
Beteiligungsgesellschaft mbH
an der envia Mitteldeutsche Energie AG

Holger Bittner¹

Leiter der Abteilung
Planung/Geschäftssteuerung der
envia Mitteldeutsche Energie AG
– seit 3. Mai 2017 –

Sieglinde Hinzer¹

Vorsitzende des Betriebsrates der
envia SERVICE GmbH
– bis 3. Mai 2017 –

Marcus Borck

Landesfachbereichsleiter Ver- und
Entsorgung des ver.di Landesbezirkes
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Bernward Küper

Oberbürgermeister
der Stadt Naumburg (Saale)
– seit 3. Mai 2017 –

Christina Dittrich¹

Vorsitzende des Gemeinsamen
Betriebsrates Brandenburg der enviaM,
MITGAS, MITNETZ STROM und
MITNETZ GAS

Ute Liebsch¹

Bezirksleiterin
des Bezirkes Cottbus der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

Knut Lindner¹

Vorsitzender des Gemeinsamen Betriebsrates
Westsachsen der enviaM, MITGAS, MITNETZ
STROM und MITNETZ GAS

¹ Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmer

Dr. Heinz-Willi Mölders

Ehemaliges Mitglied des Vorstandes
der RWE Deutschland AG
– bis 3. Mai 2017 –

Hildegard Müller

Vorstand Netz & Infrastruktur
der innogy SE

Dr. Werner Rauball

Geschäftsführer der KBM
Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH
an der envia Mitteldeutsche Energie AG
– bis 3. Mai 2017 –

Dr. Joachim Schneider

Bereichsvorstand Technik & Operations +
Sparte Netz & Infrastruktur der innogy SE

Karsten Schütze

Oberbürgermeister
der Stadt Markkleeberg

Gerald Voigt¹

Bezirksleiter
Dresden-Chemnitz der Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie

Jens Winkler¹

Bereichsleiter IV-Steuerung der
envia Mitteldeutsche Energie AG
– bis 3. Mai 2017 –

Thomas Zenker

Bürgermeister der Stadt Großräschen

Birgit Zielke¹

Stellvertretende Vorsitzende des
Gemeinsamen Betriebsrates Halle/
Kabelsketal der enviaM, MITGAS,
MITNETZ STROM und MITNETZ GAS
– seit 3. Mai 2017 –

Hanns-Christoph Zippel¹

Vorsitzender des Gemeinsamen
Betriebsrates Sachsen-Anhalt der
enviaM, MITGAS, MITNETZ STROM
und MITNETZ GAS

¹ Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmer

Tz (24) Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand legt dem Aufsichtsrat folgenden Vorschlag vor, den er der Hauptversammlung für die Verwendung des Bilanzgewinns in Höhe von 161.557.092,12 € unterbreiten will:

1. Ausschüttung einer Bardividende von 0,65 € je Stückaktie auf das Grundkapital von 635.187.200,00 €	161.278.000,00 €
2. Gewinnvortrag	279.092,12 €

Chemnitz, 2. Februar 2018

Der Vorstand

Hartmann

Dr. Auerbach

Hiltenkamp

3

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers zum 31. Dezember 2017

envia Mitteldeutsche Energie AG

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der envia Mitteldeutsche Energie AG, Chemnitz, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der envia Mitteldeutsche Energie AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Wir haben die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, geprüft. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Elektrizitätsverteilung“ und „Gasverteilung“ – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 einschließlich der Angaben zu den Regeln, nach denen die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die Aufwendungen und Erträge den gemäß § 6b Abs. 2 Satz 1 bis 4 EnWG geführten Konten zugeordnet worden sind – geprüft.

Nach unserer Beurteilung

- wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, in allen wesentlichen Belangen erfüllt und
- entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG.

Wir haben unsere Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt wurden sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Leipzig, den 5. Februar 2018

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Thomas Schmid
Wirtschaftsprüfer

ppa. Frank Hack
Wirtschaftsprüfer

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Art.	Artikel
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
BilMoG	Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz- BilMoG)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
DMBilG	Gesetz über die Eröffnungsbilanz in Deutscher Mark und die Kapitalneufestsetzung (D-Markbilanzgesetz)
DRS	Deutscher Rechnungslegungs Standard
EBITA	earnings before interest, taxes and amortization
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEG	Gesetz für den Ausbau Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz)
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EnSt	Ergebnis nach Steuern
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG)
EStG	Einkommensteuergesetz
e. V.	eingetragener Verein
€	Euro
ff.	folgende
FördergebietsG	Fördergebietsgesetz
GDE	Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWh	Gigawattstunde
HGB	Handelsgesetzbuch
HRB	Handelsregister Abteilung B
IFRS	International Financial Reporting Standard
InsO	Insolvenzordnung (InsO)
kV	Kilovolt
kW	Kilowatt
MÄ	Mitarbeiteräquivalente
MaStRV	Marktstammdatenregisterverordnung
Mio.	Millionen
Mieterstromgesetz	Gesetz zur Förderung von Mieterstrom und zur Änderung weiterer Vorschriften des Erneuerbare-Energien-Gesetzes
MsbG	Messstellenbetriebsgesetz
MWh	Megawattstunde

NEMoG	Netzentgeltmodernisierungsgesetz
n. F.	neue Fassung
Nr.	Nummer
§	Paragraf
%	Prozent
RegVbG	Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz
T€	Tausend Euro
z. T.	zum Teil
z. B.	zum Beispiel

Impressum

Herausgeber

envia Mitteldeutsche Energie AG
Chemnitztalstraße 13
09114 Chemnitz
Telefon: 0371 482-0
Internet: www.enviaM-Gruppe.de

Catrin Glücksmann
Leiterin
Unternehmenskommunikation/
Umfeldmanagement
Catrin.Gluecksmann@enviaM.de

Sven Richter
Leiter Rechnungswesen/Steuern/Finanzen
Sven.Richter@enviaM.de

Sylvia Beier, Dirk Benndorf
Projektleitung

Gesamtherstellung

Heimrich & Hannot GmbH
Bayrische Straße 18
01069 Dresden
Telefon: 0351 81609-0
Internet: www.heimrich-hannot.de



Gedruckt auf Papier, ausgezeichnet
mit dem EU-Ecolabel FR/11/003.

envia Mitteldeutsche Energie AG

Chemnitztalstraße 13
09114 Chemnitz

www.enviaM-Gruppe.de

E N T W U R F

Beteiligungsbericht 2018

gemäß § 75 a ThürKO

**über die unmittelbare Beteiligung an der
KEBT Kommunale Energie
Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG, Erfurt
(KEBT AG)**

bzw.

**über die unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern,
der die unmittelbare Beteiligung
Thüringer Energie AG (TEAG) enthält**

im Jahr 2017

erstellt durch die

Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT)

Inhaltsübersicht:

Vorwort	2
unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG	
Gegenstand des Unternehmens KEBT AG	3
Gründungsdatum, aktuelle Satzung, Stammkapital, Aktionäre der KEBT AG, Beteiligungsanteil, Abschlussprüfer, Organe der Gesellschaft und Vergütung.....	4
Gewinnverwendung, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	5
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	8
Beteiligungen der KEBT AG	9
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG	13
unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern	
Gegenstand des Unternehmens, Warum KEBT-Konzern, Konsolidierungskreis	14
Aktionärsstruktur des Konzerns, Stammkapital Beteiligungsanteil, Abschlussprüfer, Organe der Gesellschaft	15
Vergütung der Organe, Anzahl der Arbeitnehmer, Grundzüge des Geschäftsverlaufes	16
Erfüllung des öffentlichen Zwecks	24
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns	25
Beteiligungen des Konzerns	26

Vorwort:

Nach der Wiedervereinigung standen den Gemeinden und Städten in den jungen Bundesländern im Grundsatz 49 % der damals vorhandenen Betriebe und Einrichtungen für die Strom- und Gasversorgung zu. Dieser Anspruch wurde in der Folge gemindert durch die Ausgliederung von neu gegründeten Stadtwerken sowie durch Kapitalerhöhungen. Im Freistaat Thüringen sank damit der Anteil der Gemeinden und Städte an dem damaligen regionalen Stromversorger, TEAG Thüringer Energie AG, auf rd. 27 % und an dem damaligen regionalen Gasversorger, Gasversorgung Thüringen GmbH (GVT), auf rd. 10 %.

Im Jahr 1999 gelang es der kommunalen Seite ihre Beteiligungsquote am regionalen Gasversorger GVT auf 49 % anzuheben. Im Jahr 2005 erfolgte die Fusion der TEAG und der GVT zur E.ON Thüringer Energie AG (ETE). Im Zuge dieser Fusion gelang es der kommunalen Seite, ihre Beteiligung am neu geschaffenen regionalen Energieversorgungsunternehmen auf 47 % zu erhöhen. Im kommunalen Energie-Pool, der KEBT Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT AG), haben damals rd. 800 Gemeinden und Städte ihre Beteiligung an der E.ON Thüringer Energie AG gebündelt.

Am 20. November 2012 wurde der Kommunale Energiezweckverband Thüringen (KET) durch die Veröffentlichung der Satzung im Thüringer Staatsanzeiger gegründet. Die grundlegende Aufgabe und somit Gründungszweck des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET) ist der Erwerb von Anteilen an der Thüringer Energie AG. Seit dem 28. November 2016 sind 472 Mitgliedskommunen - durch die Veröffentlichung der siebten Satzungsänderung im Thüringer Staatsanzeiger - stimmberechtigte Mitglieder des Kommunalen Energiezweckverbandes Thüringen (KET).

Mit dem Beitritt zum KET haben die Kommunen ihre Aktien an der KEBT AG auf den KET übertragen. Der KET vertritt demnach rd. 70 % des Grundkapitals der Kommunalen Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG).

Gemäß § 75 a der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) hat jede Kommune jährlich zum 30. September einen Beteiligungsbericht über jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem sie unmittelbar beteiligt ist, zu erstellen. Aus dieser Vorschrift folgt, dass für die unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG ein entsprechender Beteiligungsbericht zu erstellen ist.

Die KEBT AG hat im Geschäftsjahr 2017 alle vom KET an der TEAG gehaltenen Aktien erworben und hält im Ergebnis zum Stichtag 31. Dezember 2017 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG. Damit ist die KEBT AG erstmalig verpflichtet, nach § 291 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen. Die Erstkonsolidierung der TEAG und weiterer fünf Tochterunternehmen (TEAG-Konzern) erfolgte gemäß § 301 Abs. 2 Satz 3 HGB zum 31. August 2017.

Die Gemeinde/Stadt hat nunmehr für die Beteiligung an der KEBT AG bzw. am KEBT-Konzern einen entsprechenden Beteiligungsbericht zu erstellen hat. In den Zahlen des KEBT-Konzerns ist u. a. die mittelbare Beteiligung an der Thüringer Energie AG enthalten. Die Thüringer Energie AG ist wie oben ausgeführt im KEBT-Konzernabschluss konsolidiert.

Die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH (KDGT) hat es im Auftrag der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT AG) für das Jahr 2017 übernommen, für die Kommunen mit Aktien an der KEBT AG einen Beteiligungsbericht für die Beteiligung an der KEBT AG zu erstellen. Die im Beteiligungsbericht über die Beteiligung an der KEBT AG aufgeführten Daten sind dem Jahresabschluss der KEBT AG für das Rumpfgeschäftsjahr 2017 bzw. dem Konzernabschluss der KEBT für das Rumpfgeschäftsjahr 2017 entnommen.

Zuschüsse und Kapitalentnahmen durch Gemeinde/Stadt

Durch die Gemeinde/Stadt wurden, wie bereits in den Vorjahren, keine Zuschüsse bzw. Kapitalentnahmen gemäß § 75 a ThürKO bei der unmittelbaren Beteiligung an der KEBT AG oder dem KEBT-Konzern vorgenommen.

Unmittelbare Beteiligung an der KEBT AG

Gegenstand des Unternehmens KEBT AG:

Gegenstand der Gesellschaft ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen der Thüringer Energie AG und die Wahrnehmung aller Gesellschafterrechte und -pflichten, die sich aus der Beteiligung an der Aktiengesellschaft ergeben sowie alle unmittelbar damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, insbesondere die Wahrnehmung und Sicherung der kommunal- und gesellschaftsrechtlich zulässigen Interessenvertretung der Aktionäre bei den Beteiligungsgesellschaften. Die Gesellschaft unterstützt ihre Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren Energieversorgung.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig und nützlich sind. Sie kann Beteiligungen an anderen Unternehmen erwerben, andere Unternehmen übernehmen und/oder errichten.

Gründungsdatum der Gesellschaft

14. Juli 2005 (durch Umwandlung der KGVT Kommunale Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen mbH und Umfirmierung der KGVT Gasversorgungsbeteiligungsgesellschaft Thüringen AG entstanden)

Aktuelle Satzung zum 31.12.2017

in der Fassung vom 14. Juli 2017; eingetragen am 23. August 2017

Stammkapital

2.131.667,00 Euro, eingeteilt in 2.022.448 Stückaktien

Aktionäre der KEBT AG zum 31. Dezember 2017

Aktionäre	Stück	%
Kommunaler Energiezweckverband Thüringen (KET)	1.380.278	68,25
Kommunen	370.975	18,34
Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen mbH	143.733	7,11
Gemeinde- und Städtebund Thüringen	429	0,02
Eigene Anteile der KEBT AG	127.033	6,28
Gesamt	2.022.448	100,00

Beteiligungsanteil

Die Stadt Schmölln hat im Jahr 2017 unmittelbar einen Anteil von 0,0026 % (52 KEBT-Aktien) an der KEBT AG gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2017 einen Anteil am Grundkapital von 1,05 Euro je Aktie. (siehe Datenblatt)

Abschlussprüfer

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Organe der Gesellschaft im Rumpfgeschäftsjahr 2017

Der **Aufsichtsrat** der KEBT AG, der aus sieben Mitgliedern besteht, setzte sich im Rumpfgeschäftsjahr 2017 wie folgt zusammen:

Herr Horst Brandt, Aufsichtsratsvorsitzender Bürgermeister, Langewiesen	Herr Johannes Hertwig, Mitglied Bürgermeister, Bad Sulza
---	--

Herr Stefan Wolf, stellv. Aufsichtsratsvorsitzender Oberbürgermeister, Weimar	Frau Franka Hitzing, Mitglied Bürgermeisterin, Friedrichsthal seit 18. Oktober 2017
---	--

Herr Sven Gregor, Mitglied, Bürgermeister, Eisfeld	Dr. Gerhard Holtmeier, Mitglied, Rechtsanwalt
--	---

Herr Ralf Rusch,
Mitglied,
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des GStB Thüringen, Erfurt

Dem **Vorstand** der KEBT AG gehörte im Rumpfgeschäftsjahr 2017:

Herr Peter Hengstermann an.

Vergütung der Organe

Die Gesamtvergütung aller Mitglieder des Aufsichtsrates im Rumpfgeschäftsjahr 2017 betrug 2.325,00 € (Vorjahr: 4.550 €).

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Gewinnverwendung

Die Hauptversammlung der KEBT AG hat am 18. Oktober 2017 beschlossen, aus dem ausgewiesenen Bilanzgewinn 2016/2017 in Höhe von 25.276.676,56 Euro eine Nettodividende in Höhe von 4,25 Euro pro Stückaktie (Vorjahr 4,25 Euro), das sind insgesamt 8.055.513,75 Euro (1.895.415 Stückaktien), an die Aktionäre auszuschütten und den Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen. Die Ausschüttung der Dividende an die Aktionäre ist am 23. Oktober 2017 erfolgt.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die KEBT AG hat im Geschäftsjahr 2017 neben dem Vorstand keine Beschäftigten. Die Aufgabenerfüllung wurde aufgrund eines Dienstleistungsvertrages durch die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft Thüringen (KDGT) übernommen. Die KDGT ist eine 100%ige Tochtergesellschaft des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen.

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der KEBT AG für das Rumpfgeschäfts-jahr 2017, 01. Juli 2017 – 31. Dezember 2017)

„Die KEBT AG und der KET verfügten bis zum 31. August 2017 einzeln nicht über die Mehrheit der Stimmrechte an der TEAG. Insgesamt verfügten die KEBT AG und der KET bei Zusammenrechnung des Anteilsbesitzes auch in der Vergangenheit über eine Mehrheit der Stimmrechte an der TEAG. Die KEBT AG hat im Geschäftsjahr 2017 alle vom KET an der TEAG gehaltenen Aktien erworben und hält im Ergebnis zum Stichtag 31. Dezember 2017 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG.

Die TEAG ist ein großer Energieversorger in Thüringen und für die zuverlässige und sichere Versorgung von Privat-, Gewerbe-, Industriekunden sowie von öffentlichen Einrichtungen mit Strom, Erdgas, Wärme und weiteren Dienstleistungen verantwortlich.

Die Gesellschaft ist weiterhin bestrebt, ihre Beteiligung an der Thüringer Energie AG zu halten und durch die Erzielung von Beteiligungserträgen den Kaufpreis schnellstmöglich zurück zu zahlen. Die KEBT AG unterstützt ihre kommunalen Aktionäre insbesondere bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und der Darbietung einer sicheren Energieversorgung.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen haben nur mittelbar über die Beteiligungsgesellschaft TEAG Einfluss auf die Entwicklung der KEBT AG. Die TEAG zählt heute zu den bundesweit größten, rein kommunalen Energieversorgern und Infrastrukturdienstleistern. Über 500.000 Kunden vertrauen auf das breite Leistungsportfolio, das von Strom und Licht über Erdgas und Wärme bis hin zu Glasfaser-Lösungen reicht. Rund 800 Thüringer Gemeinden und Städte halten derzeit 84,8 % der Aktien der TEAG.

Der TEAG-Konzern agiert mit einem breiten Leistungsspektrum auf allen Stufen der energiewirtschaftlichen Wertschöpfungskette. Das Geschäftsmodell der TEAG umfasst die Erzeugung von Strom und Wärme, die Verteilung beziehungsweise Bereitstellung von Strom, Erdgas, Wärme und Kommunikationsbandbreite sowie den Energievertrieb. Zusätzlich bietet die TEAG den verschiedenen Kundengruppen ein spezifisches Dienstleistungsportfolio in den Bereichen Energie, Telekommunikation und Service. Das Fundament für die Aktivitäten der TEAG bildet weiterhin die „5 Netze-Strategie“. Sie beinhaltet im Wesentlichen den weiteren Ausbau und Betrieb der Netze für Strom, Erdgas, Glasfaser, Wärme und Straßenbeleuchtung.

Die Funktion des unabhängigen Netzbetreibers nimmt die Thüringer Energie Netze GmbH, eine Tochtergesellschaft der TEAG, wahr, die für den Betrieb des Strom- und Erdgasverteilnetz zuständig ist. Abgeleitet aus dieser „5 Netze-Strategie“ lassen sich weitere Aktivitäten und Dienstleistungen in die folgenden Geschäftsfelder einordnen: Erzeugung und Wärme, Strom- und Gasnetz, Energievertrieb, Telekommunikation, Straßenbeleuchtung, Beteiligungen und Sonstiges (Dienstleistungen inkl. Gasspeicher).

Die Rahmenbedingungen der Beteiligungsgesellschaft TEAG unterliegen aufgrund politischer und rechtlicher Bedingungen ständigen Veränderungen, denen sich die Gesellschaft stellen muss. Der Umstieg von nuklearen und fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien ist in Deutschland im vollen Gange.

Dafür wurden auch im Berichtsjahr 2017 neue rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen beziehungsweise bestehende Rechtsgrundlagen weiterentwickelt. Diesen tiefgreifenden Wandlungsprozess begleitet die TEAG unter anderem durch aktive Mitarbeit im BDEW sowie Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU). Die größten Veränderungen, die sich zugleich unmittelbar auf die Geschäftsfelder der TEAG auswirken sind: die Neuregelung der Vergabe von Wegenutzungsrechten (Konzessionsvergabe), das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2017), das Gesetz zur Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG 2017), die Anreizregulierungsverordnung (ARegV), das Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG), das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW), die Veränderungen im Bereich Elektromobilität und die Veränderungen im Bereich Telekommunikation.

Die deutsche Wirtschaft ist im abgelaufenen Geschäftsjahr so kräftig gewachsen wie seit Jahren nicht mehr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 2,2 %. In Thüringen stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2017 nach Angaben des Statistischen Landesamtes unter Berücksichtigung von Preisveränderungen um 1,7 %. Damit belegt der Freistaat im Wettbewerb der Bundesländer einen soliden mittleren Platz. Positive Impulse kamen vor allem aus dem verarbeitenden Gewerbe; aber auch Baugewerbe und Gesundheitswesen trugen maßgeblich zu dieser Steigerung bei. Die jährliche Erhebung der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen ergab für 2017 einen gegenüber dem Vorjahr um 0,8 % ansteigenden Primärenergieverbrauch auf rund 13.525 Petajoule (PJ) / 3.757 TWh. Für den Anstieg sind vor allem die positive Konjunktorentwicklung sowie die etwas kühlere Witterung zu Beginn des Jahres verantwortlich gewesen.

Das Rumpfgeschäftsjahr 2017 war durch die Investitionen in das Finanzanlagevermögen i. H. v. € 559.846.219,72 geprägt. Gegenstand dieser Investition war im Kern der Erwerb der 46,12 %igen Beteiligung des KET an der TEAG durch die KEBT AG (unter Verbleib der Kommunaldarlehen beim KET). Dabei wurde der überwiegende Teil der von der KET gehaltenen TEAG-Aktien (37,5 %) durch die KEBT AG erworben. Der entsprechende Kaufpreis i. H. v. € 454.839.986,59 wurde vom KET gestundet. Hierfür wurde ein marktüblicher Stundungszinssatz vereinbart. Die restlichen, noch vom KET gehaltenen TEAG-Aktien des KET (8,63 %), erwarb die KEBT AG hingegen, indem der KET diese Aktien als Sacheinlage im Zuge einer Kapitalerhöhung in die KEBT AG einbrachte. Mit Eintragung vom 4. Januar 2018 wurde hierdurch das Grundkapital der Gesellschaft von € 2.131.667 auf € 2.670.729,64 erhöht.

Im Rumpfgeschäftsjahr 2017 waren an der KEBT AG 295 kommunale Aktionäre beteiligt.

Die KEBT AG verzeichnet - wie in den Vorjahren - keine Umsatzerlöse. Daher resultiert die Betriebsleistung weiterhin ausschließlich aus den Dividenden der Thüringer Energie AG. Die Thüringer Energie AG wird voraussichtlich auf ihrer Hauptversammlung am 20. Juni 2018 über die Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2017 beschließen. Im Rumpfgeschäftsjahr 2017 wurde eine Dividende der TEAG in Höhe von € 43.510.600 (d. h. bereits für 73,53 % Anteil am Grundkapital der TEAG) für das Geschäftsjahr 2016 vereinnahmt.

Die Gesellschaft beschäftigt - neben dem Vorstand - keine Arbeitnehmer.

Die Aufgabenerfüllung wird durch die Kommunale Dienstleistungs-Gesellschaft mbH Thüringen wahrgenommen.

Die Ertragslage stellt sich, abweichend zum Vorjahr deutlich positiv dar. Für das Rumpfgeschäftsjahr 2017 konnte ein deutlicher Jahresüberschuss (Vorjahr Jahresfehlbetrag T€ -914) erwirtschaftet werden.

Der diesjährige Jahresüberschuss von T€ 40.118 ist im Wesentlichen durch bereits erfolgte Dividendenausschüttung für 2016 für 73,53 % der Anteile am Grundkapital der TEAG (T€ 43.510) entstanden. Daneben ist die Ertragslage durch die Zinsen im Rahmen des Gesellschafterdarlehens geprägt. Die Ertragslage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu beurteilen.

Vermögensstruktur	31.12.2017	30.06.2017	Veränderung
	in T€	in T€	in T€
Langfristige Investitionen	565.109,1	5.262,8	559.846,3
Kurzfristiges Vermögen	26.004,5	29.754,4	-3.749,9
Gesamtvermögen	591.113,6	35.017,2	556.096,4
Kapitalstruktur	31.12.2017	30.06.2017	Veränderung
Eigenkapital	169.627,0	32.928,3	136.698,7
Langfristiges Fremdkapital	421.204,4	0,0	421.204,4
Kurzfristige Fremdkapital	282,1	2.088,9	-1.806,8
Gesamtkapital	591.113,6	35.017,2	556.096,4

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 556.096,4 auf T€ 591.113,6 (Vorjahr: T€ 35.017,2) erhöht.

Die langfristigen Investitionen haben sich insbesondere durch Investitionen in das Finanzanlagevermögen aufgrund des Kaufs von TEAG Aktien und Sacheinlage TEAG-Aktien (insgesamt T€ 559.846,1) erhöht. Das kurzfristige Vermögen verminderte sich im Bereich der flüssigen Mittel.

Das Eigenkapital erhöhte sich durch die Sacheinlage (T€ 104.636,2) und den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres (T€ 40.118,0). Die Verminderung aufgrund der Ausschüttung (T€ 8.055,5) wird dadurch nicht sichtbar. Das langfristige Fremdkapital erhöhte sich durch die Stundung des Kaufpreises für die TEAG Aktien (T€ 454.840,0) durch den Gesellschafter KET. Die planmäßigen Tilgungen (T€ 33.635,6) werden dadurch nicht sichtbar. Das kurzfristige Fremdkapital verminderte sich insbesondere im Bereich der Sonstigen Verbindlichkeiten.

Die Eigenkapitalquote zum 31. Dezember 2017 beträgt 28,7 % (Vj. 94,0 %).

Zum 31. Dezember 2017 sind die langfristigen Investitionen (T€ 564.109,0) mit Eigenkapital (T€ 169.627,0) und langfristigen Fremdkapital (T€ 421.204,4) finanziert. Darüber hinaus verbleibt eine Kapitalreserve von T€ 25.722,4.

Die Vermögenslage der KEBT AG ist ebenfalls als gut zu beurteilen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist im Wesentlichen gekennzeichnet durch die Einzahlungen der Beteiligungserträge in Höhe von T€ 43.511 sowie Auszahlungen in Höhe von T€ 36.759 im Rahmen der der Zins- und Tilgungsleistungen des Gesellschafterdarlehens, das sich wie folgt entwickelt hat:

Darlehenssumme				Restbetrag zum
31.08.2017	Tilgung	Zins	Kapitaldienst	31.12.2017
€	€	€	€	€
454.839.986,59	33.635.572,21	3.123.234,57	36.758.806,78	421.204.414,38

Weiterhin erfolgten im Geschäftsjahr Auszahlungen für Dividenden in Höhe von rd. T€ 8.055 und Steuerverpflichtungen in Höhe von T€ 1.612. Der Finanzmittelfonds (flüssige Mittel) umfasste zum 31. Dezember 2017 T€ 17.136,3 (Vorjahr T€ 20.830,3). Die Zahlungsfähigkeit war im Berichtsjahr und zum Prüfungszeitpunkt gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet.

Die Finanzlage der KEBT AG ist geordnet.

Wichtigster Leistungsindikator der Gesellschaft ist das Jahresergebnis, das aufgrund des Tätigkeitsbereichs der Gesellschaft im Wesentlichen von den Beteiligungserträgen geprägt ist. Die im Rumpfgeschäftsjahr erhaltenen Beteiligungserträge haben im Vergleich zum Vorjahr zu einer deutlichen Steigerung des Finanzergebnisses geführt (rd. T€ 40.401, Vorjahr rd. T€ 44) und zur deutlichen Verbesserung des Jahresergebnisses (rd. T€ 40.118, Vorjahr rd. T€ -914). Im Geschäftsjahr 2016/2017 hatte die KEBT AG bedingt durch die spätere Gewinnausschüttung der TEAG keine Beteiligungserträge erhalten.

Das Ergebnis der Gesellschaft hängt weiterhin nahezu ausschließlich von der Gewinnausschüttung der TEAG ab. Für das Geschäftsjahr 2017 haben die Gremien der TEAG eine Dividende in Höhe von € 20 /TEAG-Aktie (Vorjahr € 20 /TEAG-Aktie) als Ausschüttungsbetrag vorgeschlagen. Dieser Betrag fließt der Gesellschaft voraussichtlich im Juni 2018 zu. Somit rechnet die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 mit einer nochmals steigenden Gewinnausschüttung in Höhe von rd. € 48,6 Mio. da nunmehr der Gewinn für 82,15 % der Anteile am Grundkapital der TEAG der KEBT AG zufließen werden. Vor diesem Hintergrund erwartet die KEBT AG im laufenden Geschäftsjahr wie schon im Berichtsjahr aus heutiger Sicht einen nahezu konstanten Jahresüberschuss zwischen € 35 Mio. und € 40 Mio.

Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mit berücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Strom, Gas, Wärme und Breitband zu regeln. Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde bzw. Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Zahlreiche Kommunen im Freistaat Thüringen haben sich bei der Versorgung mit Strom, Gas, Wärme und Breitband für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die Thüringer Energie AG, Erfurt, entschieden.

Unternehmenszweck der KEBT AG ist unter anderem der Erwerb und die Verwaltung von Aktien an der Thüringer Energie AG und damit wird der Zweck, die Versorgung der Bevölkerung, der öffentlichen Einrichtungen, von Industrie und Gewerbe mit Strom, Gas, Wärme und Breitband einschließlich der Errichtung und Unterhaltung aller hierzu erforderlichen Versorgungsanlagen erfüllt. Diese mittelbare Beteiligung an der Thüringer Energie AG sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung.

Beteiligungen der Thüringer Energie AG, Erfurt (mit rund 82 %) KEBT AG

Anteilsbesitz (Beteiligungsliste)

unmittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt	82,15	2017	428.909	76.724

mittelbarer Anteilsbesitz

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäftsjahr	Eigenkapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
1. Stadtwerke				
Energieversorgung Apolda GmbH, Apolda	49,00	2016	10.306	0 ¹⁾
Stadtwerke Arnstadt GmbH, Arnstadt	44,00	2016	11.111	0 ¹⁾
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	40,00	2016	4.480	0 ¹⁾
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB), Eisenach	25,10	2016	12.942	0 ¹⁾
Netzgesellschaft Eisenberg mbH, Eisenberg	49,00	2016	3.833	0 ¹⁾
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH Eisenberg	49,00	2016	325	0 ¹⁾
SWE Energie GmbH, Erfurt	29,00	2016	40.902	0 ¹⁾
SWE Netz GmbH, Erfurt	29,00	2016	52.545	1.800 ²⁾
Stadtwerke Gotha GmbH, Gotha	30,00	2016	17.641	0 ¹⁾
Energieversorgung Greiz GmbH, Greiz	49,00	2016	12.481	3.247
Energieversorgung Inselsberg GmbH, Waltershausen	20,00	2016	9.744	2.811

¹⁾ Ergebnisabführungsvertrag aufgrund einseitiger Organschaft

²⁾ Ergebnisabführungsvertrag aufgrund einseitiger Organschaft und Einstellung von 1,8 Mio. €

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts- jahr	Eigen- kapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis	49,00	2016	2.788	395
Stadtwerke Mühlhausen GmbH, Mühlhausen	23,90	2016	11.644	0 ¹⁾
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH, Neustadt an der Orla	20,00	2016	6.892	907
Energieversorgung Nordhausen GmbH, Nordhausen	40,00	2016	14.190	0 ¹⁾
Energieversorgung Rudolstadt GmbH, Rudolstadt	23,90	2016	10.495	2.835
Stadtwerke Saalfeld GmbH - SWS -, Saalfeld/Saale	16,00	2016	9.206	0 ¹⁾
Stadtwerke Sondershausen GmbH, Sondershausen	23,90	2015/2016	12.399	2.055
Stadtwerke Stadtroda GmbH, Stadtroda	24,90	2016	3.759	749
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH, Suhl	44,42	2016	14.191	0 ¹⁾
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs- GmbH, Weimar	49,00	2016	22.107	0 ¹⁾
Energiewerke Zeulenroda GmbH, Zeulenroda-Triebes	74,00	2016	4.905	823

¹⁾ Ergebnisabführungsvertrag aufgrund einseitiger Organschaft

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts- jahr	Eigen- kapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
2. Sonstige Beteiligungen				
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2016	10	0
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH (EMEG), Eisenach	50,00	2015/2016	2.736	643
encoLine GmbH, Gera ²⁾	100,00	2016	1.441	1.390
Energie- und Medienversorgung Schwarza GmbH (EMS), Rudolstadt	100,00	2016	6.831	1.080
KomSolar Service GmbH, Erfurt	100,00	2016	3.514	38
Neue Energien Bad Salzungen GmbH, Bad Salzungen	40,00	2016	469	34
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG, Schmalkalden	74,90	2016	4.895	316
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00	2016	84.663	0 ³⁾
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH, Erfurt	100,00	2015	29	2
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH, Erfurt	100,00	2016	290	104
TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena	100,00	2016	1.144	140
Thüringer Netkom GmbH, Weimar	100,00	2016	28.036	2.279
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG, Erfurt	40,00	2016	711	80

²⁾ Erhöhung Beteiligungsquote von 51,00 % auf 100,00 % zum 01.01.2017

³⁾ Ergebnisabführungsvertrag mit TEAG Thüringer Energie AG, Erfurt

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital [in %]	Geschäfts- jahr	Eigen- kapital [in T€]	Ergebnis [in T€]
TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Erfurt	100,00	2016	251	0
Thüringer Energie Zehnte Vermögens- verwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2016	25	0
Thüringer Energie Elfte Vermögens- verwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	2016	25	0
Thüringer Energie Zwölfte Vermögens- verwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	Gründung in 2017		
Thüringer Energie Dreizehnte Vermögens- verwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	Gründung in 2017		
Thüringer Energie Vierzehnte Vermögens- verwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00	Gründung in 2017		
Wärmegesellschaft Bad Lobenstein mbH, Bad Lobenstein ⁴⁾	100,00	2016	27	0
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH, Sollstedt	49,00	2015/2016	756	33
WGS - Wärmegesellschaft mbH Saalfeld, Saalfeld/Saale	24,00	2016	1.247	143
Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG, Ilmenau	7,69	2016	12.186	154

⁴⁾ ehemals Thüringer Neunte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KEBT AG

Auszug aus der **Bilanz** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss zum 01. Juli 2017 bis 31. Dezember 2017 des Rumpfgeschäftsjahres 2017:

	Angaben in T€	RGJ 2017	2016/2017
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände			
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte			
Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	565.109,1		
Beteiligungen			
	565.109,1		<u>5.262,9</u> 5.262,9
Umlaufvermögen			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Sonstige Vermögensgegenstände	8.868,2		8.869,7
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>17.136,3</u>		<u>20.830,3</u>
	26.004,5		29.670,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0		54,4
Bilanzsumme Aktiva	591.113,6		35.017,3
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	2.004,6		2.004,6
Zur Durchführung der beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	104.636,2		0,0
Kapitalrücklage	5.647,0		5.647,0
Bilanzgewinn/-verlust	<u>57.339,2</u>		<u>25.276,7</u>
	169.627,0		32.928,3
Sonstige Rückstellungen	186,6		401,3
Verbindlichkeiten	421.300,0		1.687,7
Bilanzsumme Passiva	591.113,6		35.017,3

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** des Prüfberichtes zum Jahresabschluss zum 01. Juli 2017 bis 31. Dezember 2017 des Rumpfgeschäftsjahres 2017:

	Angaben in T€	RGJ 2017	2016/2017
Sonstige betriebliche Erträge		156,4	0,8
Personalaufwand		30,7	61,3
Sonstige betriebliche Aufwendungen		424,4	879,0
Erträge aus Beteiligungen		43.510,6	0,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		13,1	44,5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		3.123,2	0,8
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		40.101,8	-895,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		- 16,2	18,0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		40.118,0	-913,8*
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		17.221,1	54.870,4
Verwendung zum Erwerb eigener Anteile		0,0	28.680,0
Bilanzgewinn		57.339,1	25.276,6

*Der Jahresfehlbetrag zum 30. Juni 2017 von 913,8 TEUR ist bedingt durch die spätere Dividendenausschüttung der TEAG. Aufgrund des Gewinnvortrags verbleibt jedoch nach wie vor ein positiver Bilanzgewinn.

Unmittelbare Beteiligung am KEBT-Konzern

(im KEBT-Konzern ist die u.a. mittelbare Beteiligung an der Thüringer Energie AG enthalten)

Gegenstand des Unternehmens KEBT Gegenstand der Geschäftstätigkeit der KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft, Erfurt (KEBT AG), ist der Erwerb und die Verwaltung von Geschäftsanteilen der TEAG Thüringer Energie AG (TEAG). Hauptaktionär der KEBT AG ist der Kommunale Energiezweckverband Thüringen, Weimar (KET), dessen Geschäftszweck der Erwerb, der Besitz und die Verwaltung von Geschäftsanteilen der TEAG und der KEBT AG ist.

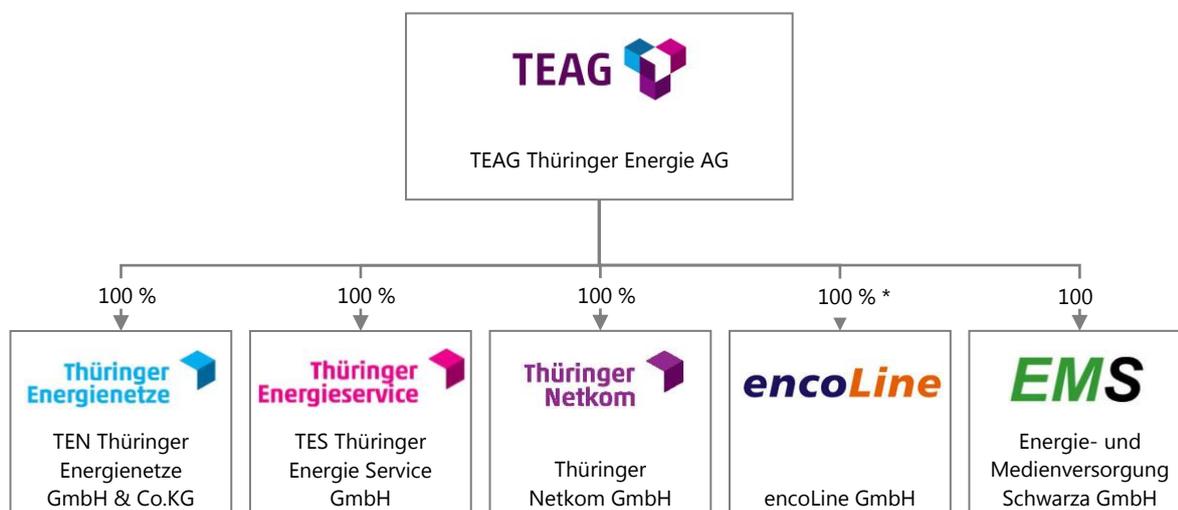
Die KEBT AG und der KET verfügten bis zum 31. August 2017 einzeln nicht über die Mehrheit der Stimmrechte an der TEAG. Insgesamt verfügte der KET bei Zusammenrechnung des Anteilsbesitzes (inkl. der KEBT AG) auch in der Vergangenheit über eine Mehrheit der Stimmrechte an der TEAG.

Warum KEBT-Konzern

Die KEBT AG hat im Geschäftsjahr 2017 alle vom KET an der TEAG gehaltenen Aktien erworben und hält im Ergebnis zum Stichtag 31. Dezember 2017 82,15 % der Stimmrechte aus Aktien an der TEAG. Damit ist die KEBT AG erstmalig verpflichtet, nach § 291 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen. Die Erstkonsolidierung der TEAG und weiterer fünf Tochterunternehmen (TEAG-Konzern) erfolgte gemäß § 301 Abs. 2 Satz 3 HGB zum 31. August 2017.

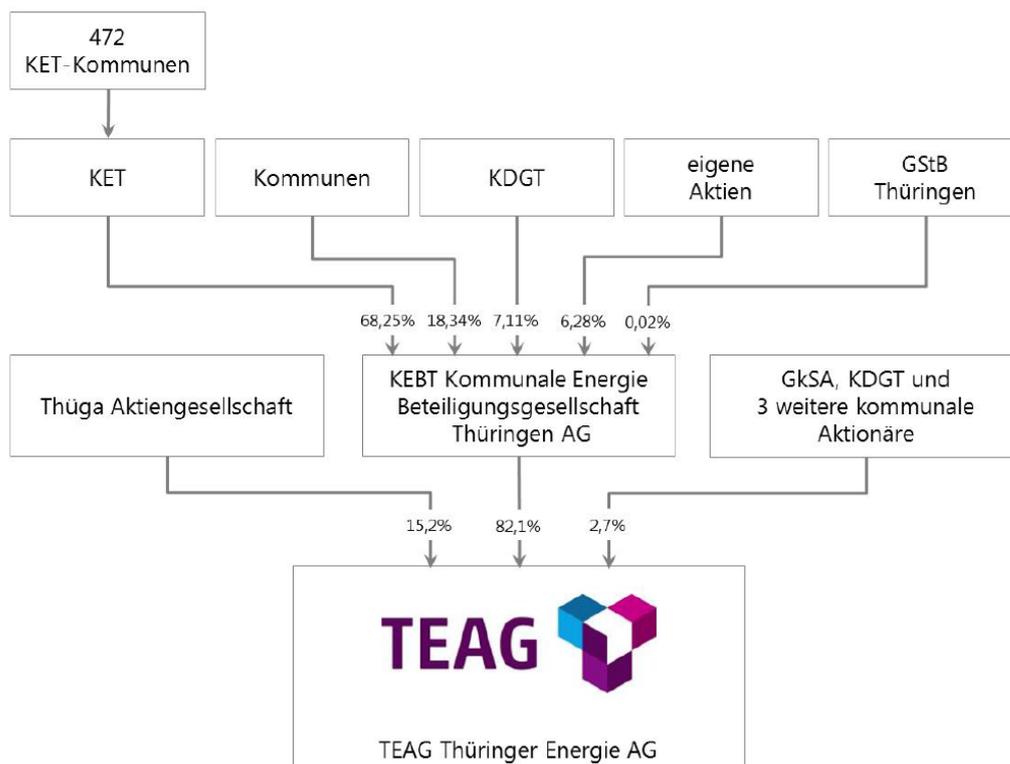
Gemäß § 299 HGB entspricht das Geschäftsjahr des KEBT-Konzerns dem Geschäftsjahr des Mutterunternehmens. Das Geschäftsjahr der KEBT AG zum Zeitpunkt der Erlangung der Mehrheitsbeteiligung an der TEAG war ein Rumpfgeschäftsjahr vom 01. Juli bis 31. Dezember 2017. Die Ertragslage des KEBT-Konzerns enthält somit vom 01. Juli bis 31. August 2017 ausschließlich die Aufwendungen und Erträge der KEBT AG und vom 01. September bis zum 31. Dezember 2017 die konsolidierten Werte der KEBT AG und des TEAG-Konzerns. Insgesamt ergibt sich in dem erstmalig aufgestellten Konzernabschluss der KEBT AG – bedingt durch die erstmalige Einbeziehung des TEAG-Konzerns, das Rumpfgeschäftsjahr der KEBT AG und den wirtschaftlichen Charakter der KEBT AG als Holdinggesellschaft - eine erheblich eingeschränkte Periodenvergleichbarkeit.

Konsolidierungskreis des KEBT-Konzerns



* Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 ist die TEAG alleinige Gesellschafterin der encoLine GmbH.

Aktionärsstruktur des Konzerns



Stammkapital

2.131.667,00 Euro, eingeteilt in 2.022.448 Stückaktien

Beteiligungsanteil

Die Stadt Schmöln hat zum 31. Dezember 2017 unmittelbar einen Anteil von 0,0026 % (52 KEBT-Aktien) am KEBT-Konzern gehalten. Die KEBT-Aktien haben zum 31. Dezember 2017 einen Anteil am Grundkapital des KEBT-Konzerns von 1,05 Euro je Aktie. (siehe Datenblatt)

Abschlussprüfer

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Organe des KEBT-Konzerns im Rumpfgeschäftsjahr 2017

Der **Aufsichtsrat** des KEBT-Konzerns, der aus sieben Mitgliedern besteht, setzte sich im Rumpfgeschäftsjahr 2017 wie folgt zusammen:

Herr Horst Brandt,
Aufsichtsratsvorsitzender und stellv.
Vorsitzender des TEAG-Aufsichtsrates
Bürgermeister, Langewiesen

Herr Johannes Hertwig,
Mitglied
Bürgermeister, Bad Sulza

Herr Stefan Wolf,
stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
ab 16. August 2017
und Mitglied im Aufsichtsrat der TEAG
Oberbürgermeister, Weimar

Frau Franka Hitzing,
Mitglied ab 18. Oktober 2017
Bürgermeisterin, Friedrichsthal

Herr Sven Gregor,
Mitglied,
Bürgermeister, Eisfeld

Dr. Gerhard Holtmeier,
Mitglied ab 23. August 2017,
Vorstandsvorsitzender der
GASAG AG, Berlin

Herr Ralf Rusch,
Mitglied,
und Mitglied im Aufsichtsrat der TEAG
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
des GStB Thüringen, Erfurt

Dem **Vorstand** der KEBT AG gehörte im Rumpfgeschäftsjahr 2017:

Herr Peter Hengstermann an.

Vergütung der Organe

Die für die Tätigkeit im Rumpfgeschäftsjahr an die Mitglieder des Aufsichtsrates gewährten Gesamtbezüge betragen 35 T€, davon entfallen 2,3 T€ auf die Tätigkeiten im Aufsichtsrat der KEBT AG.

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Anzahl der Arbeitnehmer

Zum Ende des Geschäftsjahres beschäftigte der KEBT-Konzern 1.688 Mitarbeiter, von denen 22 % im gewerblichen und 78 % im kaufmännischen beziehungsweise im technischen Bereich tätig waren. Das Verhältnis von weiblichen zu männlichen Mitarbeitern betrug etwa 36 % zu 64 % - bei einem Durchschnittsalter von nicht ganz 44 Jahren sowie einer durchschnittlichen Beschäftigungsdauer von etwas mehr als 17 Jahren.

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht des Konzernabschlusses der KEBT für das Rumpfgeschäftsjahr 2017)

„Der KEBT-Konzern zählt durch die TEAG heute zu den bundesweit größten, rein kommunalen Energieversorgern und Infrastrukturdienstleistern. Über 500.000 Kunden vertrauen auf unser Leistungsportfolio, das von Strom und Licht über Erdgas und Wärme bis hin zu Glasfaser-Lösungen reicht.

Für den Betrieb des Strom- und Erdgasverteilnetzes ist die TEN zuständig, die als Tochtergesellschaft der TEAG die Funktion des unabhängigen Netzbetreibers einnimmt. Durch diese Aufgabenteilung gewährleisten wir die im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) festgeschriebene Trennung des regulierten Netzgeschäfts von allen übrigen Aktivitäten. Zusätzlich agiert die TEN als Anbieter verschiedenster Dienstleistungen rund um das Netzgeschäft.

Das Fundament für unsere Aktivitäten bildet die „5-Netze“-Strategie. Sie beinhaltet im Wesentlichen den weiteren Ausbau und Betrieb unserer Netze für Strom, Erdgas, Glasfaser, Wärme und Straßenbeleuchtung. Auf Basis der „5-Netze“-Strategie lassen sich unsere Aktivitäten und Dienstleistungen in die folgenden Geschäftsfelder einteilen: Erzeugung und Wärme, Strom- und Gasnetz, Energievertrieb, Telekommunikation, Straßenbeleuchtung, Beteiligungen und Sonstiges (Dienstleistungen inkl. Gasspeicher).

Die deutsche Wirtschaft ist im abgelaufenen Geschäftsjahr so kräftig gewachsen wie seit Jahren nicht mehr. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 2,2 %.

In Thüringen stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2017 nach Angaben des statistischen Landesamtes unter Berücksichtigung von Preisveränderungen um 1,7%. Damit belegt der Freistaat im Wettbewerb der Bundesländer einen soliden mittleren Platz. Positive Impulse kamen vor allem aus dem verarbeitenden Gewerbe; aber auch Baugewerbe und Gesundheitswesen trugen maßgeblich zu dieser Steigerung bei.

Der Umstieg von nuklearen und fossilen Brennstoffen auf erneuerbare Energien ist in Deutschland in vollem Gange. Dafür wurden auch im Berichtsjahr 2017 neue rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen beziehungsweise bestehende Rechtsgrundlagen weiterentwickelt. Diesen tiefgreifenden Wandlungsprozess begleiteten wir unter anderem durch die aktive Mitarbeit im BDEW sowie im Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU).

Im Folgenden werden die größten Veränderungen dargestellt, die sich zugleich unmittelbar auf unsere Geschäftsfelder auswirken: Neuregelung der Vergabe von Wegenutzungsrechten (Konzessionsvergabe), Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2017), Gesetz zur Neuregelung des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG 2017), Anreizregulierungsverordnung (ARegV), Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG), Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW), Veränderungen im Bereich der Elektromobilität, Veränderungen im Bereich der Telekommunikation.

Seit 3. Februar 2017 ist das Gesetz zur Änderung von Vorschriften zur Vergabe von Wegenutzungsrechten in Kraft. Die Novelle der §§ 46 ff. EnWG präzisiert dabei das Verfahren, mit dem Wegenutzungsverträge abgeschlossen werden. Das Gesetz enthält eine Reihe neuer Regelungen, insbesondere zu den Auswahlkriterien, zur Bestimmung des Kaufpreises und zur Rügeobliegenheit bei der Konzessionsvergabe. Sowohl die mit der Neueinführung verbundenen Unsicherheiten in der Auslegung als auch die stärkere Formalisierung steigern im Ergebnis das Risiko etwaiger Rechtsstreitigkeiten. Darüber hinaus ergibt sich ein Mehraufwand auf Seiten der konzessionsvergebenden Kommunen sowie der Bewerber.

Am 1. Januar 2017 trat das EEG 2017 in Kraft. Nach dieser Gesetzesnovelle wird die Förderhöhe des erneuerbar erzeugten Stroms für die meisten Erzeugungsarten künftig grundsätzlich durch Ausschreibungen am Markt ermittelt. Davon ausgenommen sind lediglich kleinere Anlagen, deren Betreiber auch weiterhin von festen Fördersätzen profitieren. Wie die ersten Ausschreibungen für Windkraft zeigten, herrscht in diesem Bereich ein starker Wettbewerb; vor allem Bürgerenergiegesellschaften erhielten aufgrund erleichterter Bedingungen ein hohes Zuschlagsvolumen.

Das bereits 2016 in Kraft getretene GDEW regelt die Vorgaben zur Messung, zum Messstellenbetrieb und zur freien Wahl des Messstellenbetreibers. Zudem müssen laut GDEW alle Kunden in Deutschland bis 2032 elektronische Zähler, sogenannte moderne Messeinrichtungen, erhalten. Kunden mit einem jährlichen Verbrauch über 6.000 kWh beziehungsweise Einspeiser ab 7 kW Leistung sind zusätzlich mit einem Kommunikationsmodul (intelligentes Messsystem) auszustatten. Die Einführung verzögert sich jedoch aufgrund fehlender technischer und regulatorischer Vorgaben. Zudem sind auf dem Markt bislang keine zertifizierten Gateways verfügbar.

Zum Erreichen der Klimaziele der Bundesregierung besitzt die Elektromobilität eine zentrale Bedeutung, zumal sie ein Bindeglied zwischen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der Speicherung von Strom darstellt. Erklärtes Ziel ist es, Deutschland zum Leitmarkt und -anbieter in Sachen Elektromobilität zu entwickeln. Neben staatlichen Zuschüssen beim Kauf von Elektroautos sowie deren steuerlicher Förderung steht dabei auch der Ausbau der Ladeinfrastruktur im Fokus; hierfür will die Politik bis zum Jahr 2020 ein Gesamtbudget von 300 Mio. € bereitstellen.

Im Bereich der Telekommunikation lag der Fokus 2017 auf der Bundesförderrichtlinie zum Breitbandausbau, die im Oktober 2015 in Kraft trat. Ziel dieser Richtlinie ist es, bis Ende 2018 eine flächendeckende Versorgung mit 50 MBit/s zu erreichen. Dafür stehen Bundesmittel in Höhe von 4 Mrd. € zur Verfügung, die im Freistaat um eine Kofinanzierung aus Thüringer Landesmitteln und kommunalen Eigenmitteln ergänzt werden. Bis Ende 2017 wurden für Thüringen circa 50 positive Förderbescheide mit einem Fördervolumen von rund 166 Mio. € seitens des Bundes ausgestellt.

An den verschiedenen Phasen der Förderprojekte ist auch die TNK beteiligt. Ein Beispiel ist das im Januar 2017 veröffentlichte Bundes-Sonderförderprogramm Mittelstand mit einem Umfang von 350 Mio. €, das jedoch aufgrund der Förderbedingungen keine Wirkung entfalten konnte. Hier waren die Anforderungen an die Mitwirkungen der Grundstückseigentümer eines Gewerbegebiets zu hoch. Als Gegenmaßnahme wurde deshalb im Mai 2017 eine Modifizierung der Richtlinie vorgenommen und dieser Passus gestrichen.

Bereits seit über 20 Jahren konzentrieren wir uns bei der konventionellen Erzeugung von Strom und Wärme auf Erdgas - und damit auf einen der umweltschonendsten fossilen Energieträger. Im Prozess entsteht aufgrund der chemischen Eigenschaften von Methan (dem Hauptbestandteil von Erdgas) besonders wenig Kohlenstoffdioxid (CO₂). Durch die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die neben der Stromerzeugung auch die Abwärme nutzt, kann das Erdgas noch effizienter eingesetzt werden.

Unsere größte Einzelinvestition im Geschäftsjahr 2017 war der Einbau eines Erdgasmotors mit einer elektrischen und thermischen Leistung von jeweils 10 MW im Heizkraftwerk Bad Salzungen. Die Motor-Generator-Einheit wurde zusätzlich zur bereits bestehenden Gasturbine mit gleicher Leistung errichtet und sichert die Strom- und Fernwärmeversorgung im Stadtgebiet Bad Salzungen. Durch diese, nach dem KWKG 2016 geförderte, Neuinvestition konnte die Effizienz des KWK-Prozesses nochmals erhöht werden; zugleich steigt die Verfügbarkeit der Anlage deutlich.

Im Geschäftsjahr 2017 haben wir in unseren konventionellen Kraftwerken, vorwiegend an den Standorten Jena, Bad Salzungen, Grabe, Merxleben und Ibenhain, insgesamt 426,3 GWh (Vorjahr 423,2 GWh) Strom erzeugt. Dessen Vermarktung läuft hauptsächlich über unseren Vertrieb. Ferner konnte unser Unternehmen in den Wärmeversorgungsgebieten Jena, Bad Salzungen und Ibenhain 524,6 GWh (Vorjahr 541,2 GWh) Wärme absetzen. Weiterhin wurden bei unserer Erzeugungs-Tochter EMS insgesamt 134,1 GWh (Vorjahr 133,0 GWh) Strom sowie 620,1 GWh (Vorjahr 643,8 GWh) Dampf beziehungsweise Wärme abgesetzt. In unseren regenerativen Erzeugungsanlagen wurden insgesamt 20,5 GWh (Vorjahr 20,3 GWh) Strom generiert. Der Anteil aus unseren Laufwasserkraftwerken an der Werra in Spichra, Mihla und Falken erreichte 11,3 GWh (Vorjahr 11,5 GWh), während er aus unseren drei Windkraft-Anlagen an den Standorten Forstwolfersdorf und Neukirchen 5,9 GWh (Vorjahr 5,5 GWh) betrug.

Gemeinsam mit zwölf Thüringer Stadtwerken engagieren wir uns seit 2013 in der WKT, um die kommunale Wertschöpfung im Bereich der Windenergie zu erhöhen. Darüber hinaus wollen wir die weitere Entwicklung sowie den Erwerb von Windparkprojekten in Thüringen vorantreiben. Nachdem es uns im Geschäftsjahr 2016 gelang, zwei Windparks, Mihla II und Kutzleben, zu akquirieren, konnte im Geschäftsjahr aufgrund der bereits dargestellten Änderung im EEG 2017 und der daraus resultierenden Umbrüche in der Windbranche kein weiterer Windpark erworben werden. Inzwischen erscheint die reine Projektakquise nicht mehr erfolgversprechend. Aus diesem Grund startete die WKT eine strategische Partnerschaft mit einem Projektentwickler von Windparks. Aktuell beträgt die installierte Leistung der WKT mit insgesamt 15 Windkraftanlagen 35,2 MW. Im Geschäftsjahr 2017 konnten 79,7 GWh (Vorjahr 61,8 GWh) erzeugt werden.

Der Ausbau der Photovoltaik (PV) wurde über unsere 100%ige Tochter KomSolar Service GmbH (KSS) auch im Berichtsjahr weiter vorangetrieben.

Aufgrund der gesunkenen Fördersätze und des Ausschreibungsregimes nach dem EEG 2017 liegt der Fokus gegenwärtig auf der Akquise von bereits bestehenden Freiflächenanlagen.

Die TEN verantwortet als 100%ige Tochtergesellschaft der TEAG den Betrieb unserer Energienetze für Strom und Gas. Sie übernimmt als größter Verteilnetzbetreiber in Thüringen sämtliche Dienstleistungen für die zugehörigen Netze sowie den Anschluss aller dezentralen Erzeugungsanlagen. Im Mittelpunkt steht dabei der sichere, effiziente und diskriminierungsfreie Betrieb des Strom- und Gasnetzes. Die Bereiche Strom- und Gasverteilung umfassen neben dem TEN-eigenen 110-kV-Netz auch die an die TEN verpachteten Strom- und Gasnetze, die sich im Eigentum der TEAG, der NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co. KG (NGS) sowie der Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH (SWL) befinden. Daneben erbringt die TEN verschiedene Werk- und Dienstleistungsgeschäfte, beispielsweise den Bau, die Projektierung und den Betrieb von kundeneigenen Anlagen sowie von Straßenbeleuchtungsanlagen.

Im Geschäftsjahr 2017 konnten wir unseren Stromabsatz im Vergleich zum Vorjahr um 1.112,2 GWh auf 7.111,6 GWh steigern. Die Aufteilung in den einzelnen Kundensegmenten stellte sich dabei wie folgt dar:

Das Privatkundensegment war im Geschäftsjahr unverändert hart umkämpft. Erneut wechselten mehr Privatkunden ihren Tarif bei ihrem Versorger oder entschieden sich für das Angebot eines Wettbewerbers. Diese Entwicklung geht vor allem auf die große Preis- und Produktvielfalt zurück. Neue Kunden konnten wir vor allem über Preisvergleichsportale sowie den Direktvertrieb gewinnen und damit Kundenverluste überwiegend kompensieren. Wichtig für die Kundenbindung ist unsere Preiskonstanz, die wir 2017 trotz gestiegener Netzkosten und staatlicher Umlagen erhielten. Insgesamt stieg der Absatz an Privatkunden im Berichtsjahr um 8,6 GWh auf 1.133,3 GWh, was einem Anteil von 16% unseres gesamten Stromabsatzes entspricht.

Im Berichtszeitraum gelang es uns, auch den Stromabsatz an Geschäftskunden auszubauen. Neben dem erweiterten TEAG-Produktportfolio war die gezielte Werbung für Dienstleistungen für Steigerungen der Energieeffizienz Kern der Vertriebsaktivitäten. Die Kommunikation konnte, beispielsweise durch die verstärkte Nutzung unseres speziellen Online-Portals für Gewerbekunden, intensiviert werden. Insgesamt lieferten wir im Geschäftsjahr 494,7 GWh mehr Strom an Geschäftskunden; damit beläuft sich die bereitgestellte Strommenge auf 1.934,6 GWh. Der Geschäftskundenbereich trug rund 30% zu unserem gesamten Stromabsatz bei. Im Segment Vertriebspartner und sonstigen Stromkunden verkauften wir im Jahr 2017 3.055,0 GWh Strom, dies ist ein Plus von 673,3 GWh gegenüber dem Vorjahr. Maßgeblich waren hier Mengen an unsere Vertriebspartner und sonstige Stromkunden am gesamten Stromabsatz unseres Unternehmens belief sich auf rund 45%. Darin ist der Absatz an vollkonsolidierten Unternehmen von 612,5 GWh aufgrund der Konsolidierung nicht mehr enthalten

Mit einem Absatz von insgesamt 5.120,3 GWh Erdgas lagen wir 2017 deutlich über dem Vorjahr (4.781,2 GWh). Die Aufteilung in die einzelnen Kundensegmente stellte sich wie folgt dar: Grundsätzlich ist der Erdgas-Absatz im Privatkundenbereich stark witterungsabhängig. Obwohl die Temperaturen im Geschäftsjahr 2017 nahezu auf dem Niveau von 2016 lagen, war es uns möglich, den Erdgasabsatz um 11,4 GWh auf 1.623,8 GWh zu steigern.

Dieser Mengenzuwachs lässt sich vor allem auf die umfangreichen Akquisemaßnahmen bei neuen Produkten zurückführen.

Dazu gehörte insbesondere der intensiviertere Direktvertrieb in Thüringen, der die neu etablierten Vertriebskanäle (Preisvergleichsportale und Direktvertriebe jenseits der Thüringer Landesgrenzen) sinnvoll ergänzt. Beispielsweise konnte ein eigenes hierfür Erdgasprodukt preislich so attraktiv gestaltet werden, dass es in guter Konkurrenz zu Produktpreisen unserer Hauptwettbewerber steht. Zudem haben wir bei unseren Erdgasprodukten zum 1. Januar 2017 die Preise gesenkt sowie ein neues Produkt mit Preisgarantie bis Ende 2019 aufgelegt. Dank dieser Maßnahmen gelang es uns im Berichtsjahr, neue Kunden inner- und außerhalb Thüringens zu akquirieren. Der Kundenbestand konnte damit 2017 erstmals signifikant erweitert werden. Im Geschäftskunden- und Vertriebspartnerbereich verzeichneten wir einen deutlichen Mengenzuwachs in Höhe von insgesamt 327,7 GWh auf 3.496,5 GWh (einschließlich Erdgas-tankstellen). Dies ist das Ergebnis umfangreicher Kundenbindungsmaßnahmen speziell im Bereich der Industriekunden. Darüber hinaus konnten wir weitere Stadtwerke für die Erdgasbelieferung gewinnen. In der genannten Menge ist die auf den Absatz an vollkonsolidierten Unternehmen entfallende Menge von 138,6 GWh aufgrund der Konsolidierung nicht mehr enthalten.

Für uns sind Konzessionsverträge von grundsätzlicher Bedeutung, da sie die Voraussetzung für den Betrieb von Strom- und Gasnetzen auf Gemeindegebiet bilden. Für das Stromnetz konnten wir die meisten unserer seit Gründung abgeschlossenen Konzessionsverträge wiedererlangen. Die Laufzeiten dieser Verträge enden zumeist im Jahr 2030. Wie schon in den Vorjahren lag der Schwerpunkt im Berichtszeitraum auch für das Erdgasnetz auf der Wiedererlangung der Konzessionsverträge. Im Geschäftsjahr sicherten wir uns insgesamt 65 Gas-Konzessionen. Unterm Strich stehen damit, zusätzlich zu den bereits in den Vorjahren erreichten Abschlüssen, insgesamt 255 neu geschlossene Konzessionsverträge mit Laufzeiten bis zum Jahr 2037.

Durch den weiteren Ausbau unseres Glasfasernetzes, insbesondere in den Thüringer Städten aber auch im ländlichen Raum, sowie unsere verstärkten Marketing-Aktivitäten konnten wir uns als zuverlässiger regionaler Partner für Telekommunikationsdienstleistungen weiter etablieren. Dies wird an der steigenden Kundenzahl sichtbar. Während bei Privatkunden die Bereitstellung leistungsfähiger VDSL-Vectoring-Anschlüsse mit Bandbreiten bis zu 100 MBit/s im Vordergrund steht, setzen Geschäftskunden vorrangig auf hochbitratige Festverbindungen und glasfaserbasierte Internetzugänge. Darüber hinaus verkaufen und vermieten wir anderen Festnetz- und Mobilfunkbetreibern Festverbindungen sowie Dark-Fiber (Lichtwellenleiter). Diese Technologie dient, neben der Realisierung von Kundenanbindungen, dem Ausbau der eigenen Backhaul-Netze (Anbindungsstrukturen) und wird aufgrund der benötigten Bandbreiten insbesondere von Mobilfunkbetreibern nachgefragt. Wir konnten 2017 in diesem Bereich Aufträge seitens verschiedener Mobilfunkbetreiber gewinnen und erfolgreich realisieren.

Auch 2017 wuchs der Bereich Straßenbeleuchtung. Im Fokus stand das Contracting-Modell für Kommunen, bei dem die Einsparung durch LED-Umstellung zur Refinanzierung der Investition und der Betriebsführung genutzt wird. So konnten mit Kommunen entsprechende Verträge abgeschlossen werden, und es befinden sich nunmehr fast 1.200 Lichtpunkte über dieses Modell in unserer Betriebsführung. Besonders hervorzuheben ist die Stadt Blankenhain, bei der über 800 Lichtpunkte auf moderne LED-Technik umgerüstet wurden.

Unser Beteiligungsportfolio umfasste zum Bilanzstichtag 50 Beteiligungen, deren Geschäftstätigkeiten in der Energieversorgung beziehungsweise im Bereich der energienahen Dienstleistungen liegen.

Mit diesem Portfolio, das 13,7 % des Gesamtvermögens des TEAG-Konzerns (14,0% des KEBT-Konzerns) darstellt, erzielten wir im Geschäftsjahr 2017 ein Beteiligungsergebnis von 19,6 Mio. € (im Rumpfgeschäftsjahr des KEBT-Konzerns 5,5 Mio. €). Einen Großteil dieses Ergebnisses generierten wir aus den Ausschüttungen der Thüringer Stadtwerke. Somit bilden unsere Minderheitsbeteiligungen an den 20 Stadtwerken den Schwerpunkt unseres Beteiligungsportfolios. Bei Beteiligungen mit großen Erzeugungsanlagen wirkte sich die Bestandsförderung durch das KWKG positiv auf die Ergebnisentwicklung aus. Die Mehrzahl der Stadtwerke übertrug ihren Strom- und Gasnetzbetrieb auf Netzgesellschaften; hierdurch sind wir mittelbar an zwölf Netzgesellschaften beteiligt. Unmittelbar partizipieren wir neben unserer TEN an drei weiteren Netzgesellschaften.

Ergänzt wird das Portfolio durch Gesellschaften in den Bereichen Telekommunikation, energienahe Dienstleistungen, erneuerbare Energien sowie auch der Wärmeerzeugung.

Die Investitionen im Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 2017 des KEBT-Konzerns beliefen sich auf 52,3 Mio. €. Weitere Ausführungen dazu erfolgen auf Basis der Investitionen des TEAG-Konzerns im Geschäftsjahr 2017. Insgesamt beliefen sich die Investitionen des TEAG-Konzerns im Geschäftsjahr 2017 auf 102,0 Mio. €.

Im Bereich Strom- und Wärmeerzeugung tätigten wir Investitionen in Höhe von insgesamt 7,2 Mio. €.

Im HKW Schwarza lag 2017 der Fokus auf zwei Maßnahmen zum Umwelt- und Arbeitsschutz, für die insgesamt 0,6 Mio. € aufgewendet wurden: dem ersten Bauabschnitt für den Ersatz beziehungsweise der Erweiterung zweier Schaltanlagen. Für den regelgerechten Dampferzeugerbetrieb ersetzten wir zudem eine verschlissene Turbospeisepumpe und erneuerten die Hauptverteilung für Spülpumpen und die Hartwassererzeugung.

Die Investitionen in das Stromnetz beliefen sich 2017 auf 49,3 Mio. €. Mit 28,4 Mio. € lag ein Schwerpunkt auf dem Ausbau des Mittel- und Niederspannungsnetzes. Dabei wurden circa 220 km Mittel- und Niederspannungsleitungen errichtet, 107 Transformatorenstationen neu gebaut beziehungsweise erneuert sowie insgesamt 3.247 Hausanschlüsse installiert.

In gastechnische Anlagen flossen 2017 Investitionen in Höhe von 12,5 Mio. €. Davon entfielen 11,3 Mio. € auf die Bereiche der Verteilungsanlagen und Hausanschlüsse. Es wurden rund 62 km Gasleitungen und 1.551 Gashausanschlüsse in verschiedenen Druckstufen neu gebaut oder rekonstruiert.

Als Nachhaltigkeit sehen wir die Verbindung von Unternehmenserfolg unter der Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte. Diese Balance ist elementarer Bestandteil unserer Unternehmenskultur und fest in allen Prozessen, Strukturen und Entscheidungen des TEAG-Konzerns verankert. Ein schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen gehört ebenso dazu wie die aktive Mitgestaltung der Energiewende. Zugleich sehen wir uns in besonderer Weise dem Freistaat Thüringen, seinen Bürgern und der regionalen Wirtschaft verpflichtet. Darüber hinaus agieren wir als moderner Arbeitnehmer, verlässlicher Ausbildungsbetrieb, Auftraggeber für heimische Firmen sowie als Förderer sozialer Projekte, Kulturveranstaltungen und Sportvereine.

Als verantwortungsvolles, nachhaltig agierendes Unternehmen legen wir größten Wert auf die Sicherheit sowie die Gesundheit unserer Mitarbeiter und Auftragnehmer. Beispielhaft dafür steht das 2006 eingeführte Managementsystem für Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Umweltschutzbelange (HS2E-Management). Die Zertifizierung dieses Systems erfolgte erstmals im Jahr 2011, die Rezertifizierung 2014.

Auch im zurückliegenden Geschäftsjahr konnten wir in vielfältigen konkreten Projekten erneut zeigen, wie wir unsere Verantwortung im Bereich Klima-, Natur- und Umweltschutz ausfüllen. So wurde 2017 unser zertifiziertes Managementsystem für Gesundheits-, Arbeitsschutz- und Umweltschutzbelange und Energieeffizienz durch ein Überwachungsaudit erfolgreich geprüft. Die Auditierung erfolgte dabei im Verbund für den gesamten Konzern. Zudem gelang es uns, mithilfe der Photovoltaik-Anlage an unserer Hauptverwaltung in Erfurt über 200 Tonnen CO₂ einzusparen.

In einem für die Energiewirtschaft nach wie vor herausfordernden Umfeld mit sich ändernden Rahmenbedingungen hat der KEBT-Konzern im Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 2017 ein Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von 25,1 Mio. € sowie einen Jahresüberschuss von 16,1 Mio. € erreicht. Der TEAG-Konzern hat sein Ergebnisziel für das Geschäftsjahr 2017 übertroffen und steht operativ auf einem soliden Fundament. Im Berichtsjahr haben wir ein Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von 107,8 Mio. € (Vorjahr 102,0 Mio. €) erzielt. Insgesamt wurde ein Jahresüberschuss von 71,0 Mio. € erwirtschaftet.

Durch gezielte Investitionen und ein anhaltend hohes Investitionsniveau sowie die kontinuierliche Arbeit an der Verbesserung unserer Strukturen und Optimierung unserer Prozesse hat sich der Konzern im Geschäftsjahr gut am Markt behauptet und die Weichen für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen und für den Ausbau unserer Marktposition in aussichtsreichen Geschäftsfeldern gestellt.

Das aktive nachhaltige Management von Chancen und Risiken ist ein wesentlicher Baustein für eine zukunftsfähige Steuerung und Aufstellung des KEBT-Konzerns. Unser Marktumfeld ist durch einen zunehmenden Wandel mit einem starken Wachstum an Marktteilnehmern und der Entwicklung von diversifizierten Geschäftsmodellen geprägt. Diese hohe Dynamik wird durch zunehmende Digitalisierungstendenzen, auch verursacht durch gesellschaftliche Trends, weiter verstärkt. In diesem Kontext gilt es, Entwicklungspotenziale zu nutzen und Gefahren systematisch zu identifizieren, um wirksam gegenzusteuern.

Im Rahmen unserer geschäftlichen Aktivitäten sehen wir uns einer Reihe von Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit unserem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Im Geschäftsjahr existierten weder bestandsgefährdende Risiken noch solche mit erheblichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage unseres Unternehmens. Auch für das Geschäftsjahr 2018 lassen sich keine bestandsgefährdenden Risiken erkennen.

Der Bereich Chancen umfasst zum Beispiel Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, Absatz- und Beschaffungspreise, aber auch gesellschaftliche Trends und regionale beziehungsweise überregionale Marktentwicklungen. Wir analysieren in einem kontinuierlichen Prozess alle genannten Faktoren für die jeweiligen Geschäftsfelder. Dabei profitiert unser Unternehmen vom Thüga-Netzwerk, den Erfahrungen und dem Expertenwissen unserer Mitarbeiter sowie einem bundesweiten Erfahrungsaustausch in Verbänden, Netzwerken und Initiativen.

Im Ergebnis setzten wir auch 2017 konsequent auf unsere „5 Netze“-Strategie. Ziel ist es, die Kundenbindung spartenübergreifend zu erhöhen und Synergien innerhalb des Konzerns zu schaffen.

In diesem Zusammenhang kristallisierte sich als Schwerpunkt die Umsetzung von Projekten mit kommunalen Partnern heraus, unter anderem im Bereich der Sanierung von Straßenbeleuchtungsanlagen durch Umrüstung auf moderne LED-Technik.

Die Energieversorgungsunternehmen in Deutschland sehen sich spartenübergreifend mit weitreichenden Veränderungen in ihrer Geschäftstätigkeit konfrontiert. Diese sind allerdings nicht mehr nur das Resultat politischer Diskussionen, die etwa um das Netzentgeltniveau, die Umlagenentwicklung oder nationale beziehungsweise internationale Klimaziele kreisen; vielmehr sorgen inzwischen neue Marktmodelle sowie das Zusammenwachsen von Erzeugern und Verbrauchern inklusive der Abrechnung sowie Steuerung in Echtzeit für eine deutlich gesteigerte Dynamik im Markt.

Das Beteiligungsergebnis des KEBT-Konzerns wird maßgeblich durch Erträge aus Stadtwerkebeteiligungen bestimmt. Während das Beteiligungsergebnis 2017 in den einzelnen Sparten (aufgrund positiver Ergebnisentwicklungen und verschiedener Sondereffekte) unverändert hoch ausfiel, gehen wir für 2018 von einem normalisierten niedrigeren Niveau aus.

Die Umsatzerlöse des KEBT-Konzerns werden im Geschäftsjahr 2018 aus heutiger Perspektive voraussichtlich dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres entsprechen. Ob uns dies gelingt, hängt insbesondere von drei Faktoren ab: der Einhaltung der prognostizierten Parameter unserer Netzentgeltkalkulation (unter anderem vorgelagerte Netze und vermiedene Netzentgelte), dem Erreichen der geplanten EEG-Mengen im Netz der TEN und der Höhe der Marktpreise für Erzeugung, Beschaffung, Absatz und die vertrieblich geplanten Absatzmengen.

Für 2018 gehen wir davon aus, dass sich der Materialaufwand proportional zu den Umsatzerlösen entwickeln wird. Die Erhöhung des Personalaufwands beschränkt sich weitgehend auf die geplante Tarifsteigerung. Personalveränderungen durch Effizienzmaßnahmen und gezielte Einstellungen aufgrund neuer Aufgaben beziehungsweise Demografiemaßnahmen gleichen sich voraussichtlich weitgehend aus. Durch einen noch immer rückläufigen Zinstrend (2017: 3,68 %; Plan 2018: 3,17 %) wurde planerisch für 2018 erneut eine Absenkung des Diskontierungszinssatzes für Pensionsverpflichtungen unterstellt. Die daraus resultierenden Veränderungen führen im Geschäftsjahr 2018 zu deutlich höheren Zinsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Prognose für die Beteiligungserträge im TEAG-Konzern im Geschäftsjahr 2018 zeigt einen Rückgang gegenüber dem Geschäftsjahr 2017. Im KEBT-Konzern wird ein Anstieg gegenüber dem Niveau des Rumpfgeschäftsjahres erwartet.

Für den TEAG-Konzern halten wir im Jahr 2018 einen Jahresüberschuss zwischen 60 Mio. € und 70 Mio. € für wahrscheinlich. Für den KEBT-Konzern ergibt sich daraus aus heutiger Sicht aufgrund der beschriebenen und prognostizierten Entwicklung ein Jahresüberschuss zwischen 50 Mio. € und 55 Mio. €.

Für das Geschäftsjahr 2018 haben wir ein Investitionsvolumen von 104 Mio. € eingeplant. Dies betrifft vor allem Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen, wobei der wesentliche Teil auf Investitionen in Netzinfrastrukturen entfällt.

Erfüllung des öffentlichen Zweckes

Die Aufgabe einer ordentlichen und gesicherten Energieversorgung fällt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in den gemäß Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz und über § 2 Absatz 2 der Thüringer Kommunalordnung verfassungsrechtlich gewährleisteten Aufgabenbestand der Gemeinden und Städte. Die Energieversorgung ist damit in erster Linie eine am Gemeinwohl orientierte öffentliche Aufgabe, die in der Gewährleistung einer für alle Bürger lebensnotwendigen Versorgungsstruktur besteht. Dabei werden von den Kommunen auch verbraucher- und umweltschützende Maßgaben mit berücksichtigt.

Gemeinden und Städte sind demnach verpflichtet, die Versorgung ihrer Gemeindegebiete mit Energie zu regeln. Aufgrund der in der Thüringer Kommunalordnung eingeräumten Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat die Gemeinde oder Stadt dabei einen Entscheidungsspielraum, ob sie die Energieversorgung über ein eigenes kommunales Unternehmen oder über ein regionales Energieversorgungsunternehmen sichert.

Der überwiegende Teil der Kommunen im Freistaat Thüringen hat sich dabei für die Versorgung durch ein regionales Energieversorgungsunternehmen, die Thüringer Energie AG (TEAG), entschieden. Die TEAG sichert dabei für die Gemeinden und Städte die Energieversorgung, auch wenn durch die Liberalisierung des Energiemarktes die Versorgung der Gemeinden und Städte mit Energie auch von weiteren Unternehmen vorgenommen werden kann.

Die Beschaffung bzw. Erzeugung sowie die Verteilung von Energie ist auch wesentlicher Gegenstand der TEAG. Die mittelbare Beteiligung an der TEAG über die KEBT AG (bzw. den KEBT-Konzern) sichert den Gemeinden und Städten ein Mitgestaltungsrecht in Bezug auf die weitere Unternehmensentwicklung. Dabei steht die Beteiligung der Gemeinden und Städte an der TEAG im Einklang mit ihrer Leistungsfähigkeit.

Durch den Erwerb der Anteile an der TEAG vom privaten Anteilseigner E.ON Energie AG im Jahr 2013 hält die kommunale Seite rund 85 % an der TEAG.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des KEBT-Konzerns

Die KEBT AG ist erstmalig verpflichtet, nach § 291 HGB einen Konzernabschluss aufzustellen. Das Geschäftsjahr der KEBT AG zum Zeitpunkt der Erlangung der Mehrheitsbeteiligung an der TEAG war ein Rumpfgeschäftsjahr vom 01. Juli bis 31. Dezember 2017. Die Ertragslage des KEBT-Konzerns enthält somit vom 01. Juli bis 31. August 2017 ausschließlich die Aufwendungen und Erträge der KEBT AG und vom 01. September bis zum 31. Dezember 2017 die konsolidierten Werte der KEBT AG und des TEAG-Konzerns. Insgesamt ergibt sich in dem erstmalig aufgestellten Konzernabschluss der KEBT AG – bedingt durch die erstmalige Einbeziehung des TEAG-Konzerns, das Rumpfgeschäftsjahr der KEBT AG und den wirtschaftlichen Charakter der KEBT AG als Holdinggesellschaft - eine erheblich eingeschränkte Periodenvergleichbarkeit.

Auszug aus der **Bilanz** des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2017:

Angaben in T€	31.12.2017	
Aktiva		
Anlagevermögen	2.063.910	
Umlaufvermögen	276.578	
Rechnungsabgrenzungsposten	325	
Akt. Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	17.912	
Bilanzsumme	2.358.725	
Passiva		
Eigenkapital	321.667	
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	369.238	
Zuschüsse	104.305	
Rückstellungen	380.778	
Verbindlichkeiten	930.888	
Rechnungsabgrenzungsposten	8.469	
Passive latente Steuern	243.380	
Bilanzsumme	2.358.725	

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** des Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2017:

Angaben in T€	31.12.2017	
Umsatzerlöse, Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen, andere aktivierte Eigenleistungen	559.244	
Sonstige betriebliche Erträge	20.377	
Materialaufwand	461.855	
Personalaufwand	43.734	
Abschreibungen	35.334	
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.258	
Erträge aus at Equity bewerteten Unternehmen	4.883	
Erträge aus sonstigen Beteiligungen, Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	652	
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.138	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.990	
Ergebnis vor Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25.123	
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	9.020	
Jahresüberschuss	16.103	
Nicht beherrschende Anteile	2.825	
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	17.221	
Bilanzgewinn	30.499	

**Beteiligungen des
KEBT-Konzerns mit
der Höhe des Anteils
am Kapital**
Konzernzugehörigkeit und Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Gemäß § 290 Absatz 1 HGB ist die KEBT Kommunale Energie Beteiligungsgesellschaft Thüringen Aktiengesellschaft (KEBT) grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen.

Die KEBT ist gemäß § 290 HGB Mutterunternehmen des größten Konsolidierungskreises. Konzernabschluss und Konzernlagebericht werden nach § 325 HGB beim Betreiber des Bundesanzeigers elektronisch eingereicht und dort bekannt gemacht. Diese Unterlagen sind im Bundesanzeiger zugänglich. Im Konzernabschluss werden neben der KEBT sechs inländische Tochterunternehmen vollkonsolidiert und 16 inländische Gemeinschafts- bzw. assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen.

Folgende verbundenen Unternehmen sind neben der KEBT in den Konzernabschluss einbezogen:

Gesellschaft	Kapital- anteil in %
TEAG Thüringer Energie AG	82,15
encoLine GmbH, Gera	100,00*
Energie- und Medienversorgung Schwarza GmbH (EMS), Rudolstadt/Schwarza	100,00*
TEN Thüringer Energienetze GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00*
TES Thüringer Energie Service GmbH, Jena	100,00*
Thüringer Netkom GmbH, Weimar	100,00*

* direkte Beteiligung der TEAG

Nicht einbezogene Anteile an verbundenen Unternehmen:

Gesellschaft	Kapital- anteil in %
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungs-GmbH & Co. KG, Erfurt	100,00*
EGB Thüringer Erdgasnetz-Beteiligungsverwaltungs GmbH**	100,00*
FBB Fernwärme Bad Blankenburg, Bad Blankenburg	74,00*
KomSolar Service GmbH, Erfurt	100,00*
NG Netzgesellschaft Schmalkalden GmbH & Co.KG, Schmalkalden	74,90*
NG Netzgesellschaft Schmalkalden Verwaltungs-GmbH**	74,90*
TEP Thüringer Energie Speichergesellschaft mbH, Erfurt	100,00*
TWA Wärmeanlagenbau Thüringen GmbH & Co. KG, Bad Blankenburg	100,00*
Verwaltungsgesellschaft TWA Wärmeanlagenbau Thüringen GmbH, Bad Blankenburg	100,00*
TWS Thüringer Wärme Service GmbH, Erfurt	100,00*
TEN Thüringer Energienetze Geschäftsführungs-GmbH, Erfurt	100,00*
Thüringer Energie Zehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00*
Thüringer Energie Elfte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00*
Thüringer Energie Zwölfte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00*
Thüringer Energie Dreizehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00*

Thüringer Energie Vierzehnte Vermögensverwaltungs-GmbH, Erfurt	100,00*
Wärmegeellschaft Bad Lobenstein mbH, vormals Thüringer Energie Neunte Vermögensverwaltungs-GmbH, Bad Lobenstein	100,00*

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des KEBT-Konzerns)

Aufgrund der untergeordneten Bedeutung (in Bezug auf Ergebnisbeiträge sowie Umsatzerlöse) der vorstehend aufgeführten Gesellschaften für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns bzw. der Vorhaltung von fünf Vorratsgesellschaften erfolgte unter Anwendung des § 296 Absatz 2 HGB keine Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die nach der Equity-Methode bewertet werden:

Gesellschaft	Kapital- anteil in %
Energieversorgung Apolda GmbH, Apolda	49,00*
Stadtwerke Arnstadt GmbH, Arnstadt	44,00*
Stadtwerke Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza	40,00*
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH (EVB), Eisenach	25,10*
SWE Energie GmbH, Erfurt	29,00*
SWE Netz GmbH, Erfurt	29,00*
Stadtwerke Gotha GmbH, Gotha	30,00*
Energieversorgung Greiz GmbH, Greiz	49,00*
Stadtwerke Mühlhausen GmbH, Mühlhausen	23,90*
Energieversorgung Nordhausen GmbH, Nordhausen	40,00*
Energieversorgung Rudolstadt GmbH, Rudolstadt	23,90*
Stadtwerke Sondershausen GmbH, Sondershausen	23,90*
Stadtwerke Suhl/Zella-Mehlis GmbH, Suhl	44,42*
Stadtwerke Weimar Stadtversorgungs-GmbH, Weimar	49,00*
Energiewerke Zeulenroda GmbH, Zeulenroda	74,00*
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH (EMEG), Eisenach	50,00*

Nicht nach der Equity-Methode einbezogene assoziierte Unternehmen:

Gesellschaft	Kapital- anteil in %
Netzgesellschaft Eisenberg mbH, Eisenberg ehemals Stadtwerke Eisenberg GmbH	49,00*
Stadtwerke Eisenberg Energie GmbH, Eisenberg	49,00*
Energieversorgung Inselsberg GmbH, Waltershausen	20,00*
Stadtwerke Leinefelde-Worbis GmbH, Leinefelde-Worbis	49,00*
Stadtwerke Neustadt an der Orla GmbH, Neustadt an der Orla	20,00*
Stadtwerke Stadtroda GmbH, Stadtroda	24,90*
Neue Energien Bad Salzungen GmbH, Bad Salzungen	40,00*
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen Geschäftsführungs- gesellschaft mbH**, Erfurt	40,00*
TMZ Thüringer Mess- und Zählerwesen GmbH & Co. KG, Erfurt	40,00*
Wärmeversorgung Sollstedt GmbH, Sollstedt	49,00*
WGS - Wärmegeellschaft mbH Saalfeld, Saalfeld	24,00*

* direkte Beteiligung der TEAG

** Geschäftsführungsgesellschaften innerhalb der jeweiligen Einheits-KG (mittelbare Beteiligung des Thüringer-Energie-Konzerns)



Beteiligungsbericht

Stadtwerke Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2017

Inhaltsverzeichnis

A. Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Stadtwerke Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Stadtwerke Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2016	4
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4-5
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	6
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Schmölln GmbH	6-7
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Stadtwerke Schmölln GmbH	7

B. Beteiligungen der Stadtwerke Schmölln GmbH

Kommunalservice Schmölln GmbH	8
Neue Energie Schmölln GmbH	8

A. Übersichten

1. Vorwort

Die Gesellschaft wurde am 27.07.1993 durch die Stadt Schmölln gegründet. Zweck dieser Gründung war die Bewirtschaftung und Unterhaltung der kommunalen Fernwärmeerzeugungs- und Verteilungsanlagen. Nach der Entflechtung der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Leipzig i.L. erfolgte zum 01.01.1995 die Übertragung der Vermögenswerte der Wasserversorgung von der Stadt Schmölln auf die Stadtwerke Schmölln GmbH. Das Vermögen der Trinkwasserversorgung der ehemaligen Gemeinde Großstößnitz wurde zum 01.01.1996 von der Stadt Schmölln erworben.

Die Trinkwasserversorgung für das Versorgungsgebiet der Stadt Schmölln erfolgt seit 01.01.1995 nach den Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVB Wasser V).

Für die Abwasserentsorgung erfolgt die Betriebsführung für die Stadt Schmölln auf der Grundlage eines Betriebsführungsvertrages. Die Entsorgungsbedingungen, Gebühren und Beiträge richten sich dabei nach den durch die Stadt Schmölln erlassenen Satzungen.

Neben diesen Hauptgeschäftsfeldern sind die Betriebsführung der Gemeindewerke "Oberes Sportental" sowie die Betreibung eines Freizeitbades weitere wichtige Aufgabengebiete.

2. Gegenstand des Unternehmens Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Tätigkeit der Gesellschaft für das Stadtgebiet Schmölln einschließlich der Ortsteile umfasst:

- (1) Die Erzeugung, Förderung und den Vertrieb von
 - Fernwärme
 - Wasser
 - Elektroenergie
- (2) Die Errichtung und Betreibung von städtischen oder eigenen Sport- und Freizeiteinrichtungen.
- (3) Kommunale Wirtschaftsförderung im Sinne von Gebäude- und Grundstücksmanagement städtischer oder eigener Grundstücke im Interesse der städtischen Entwicklung.
- (4) Die Verwaltung und Bewirtschaftung kommunalen Eigentums.

Die Gesellschaft kann zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes Grundvermögen erwerben und veräußern.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle im Zusammenhang mit dem Gesellschaftszweck stehenden oder zu dessen Erreichung dienlichen Hilfsgeschäfte zu betreiben.

Die Gesellschaft hat das Recht, Interessengemeinschaften, Arbeitsgemeinschaften, Bietergemeinschaften oder andere Formen der Zusammenarbeit mit Unternehmen zu bilden.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gleicher oder verwandter Art gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen wie auch Zweigniederlassungen errichten.

Das Unternehmen kann auch für andere Unternehmungen und Gebietskörperschaften Geschäftsbesorgungen im Sinne des Gesellschaftszwecks vornehmen.

3. Gesellschafter der Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Stadt Schmölln ist alleinige Gesellschafterin der Stadtwerke Schmölln GmbH.

Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, welche im Handelsregister beim Amtsgericht Jena unter HRB 203852 eingetragen ist. Die Firmenanschrift und der Firmensitz befinden sich in der Sommeritzer Straße 74/1 in 04626 Schmölln.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2017

Gesellschafterversammlung:	Stadt Schmölln, vertreten durch den Bürgermeister Sven Schrade	
Aufsichtsrat:		
Vorsitzender	Rainer Schmidt	- freiberuflicher Dozent
	Sven Schrade	- Bürgermeister der Stadt Schmölln
	Winfried Hippe	- Angestellter, voestalpine Stampotec Schmölln GmbH
	Jens Göbel	- Lehrer, Staatliche Regelschule Gößnitz
	Jürgen Keller	- Rechtsanwalt a.D.
	Alexander Burkhardt	- Integrationsberater
Geschäftsführung:	Jürgen Ronneburger	- Geschäftsführer 01.01.2017 - 28.02.2017
	Annett Berthel	- Interimgeschäftsführerin 01.03.2017 - 31.03.2017
	Severin Kühnast	- Geschäftsführer ab 01.04.2017

5. Gewinnverwendung

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wird in seiner nächsten Sitzung folgender Beschlussvorschlag vorgelegt:

„Der Aufsichtsrat beschließt, dem Stadtrat der Stadt Schmölln nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 203.868,93 €.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 203.868,93 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.“

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Stadtwerke Schmölln GmbH beschäftigte im Jahr 2017 durchschnittlich 50 Mitarbeiter (2016: 48).

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Schmölln. Zweck der Gesellschaft ist die Erzeugung und der Vertrieb von Fernwärme, Wasser, Elektroenergie, die Errichtung und Betreibung von städtischen oder eigenen Sport- und Freizeiteinrichtungen, die kommunale Wirtschaftsförderung im Sinne von Gebäude- und Grundstücksmanagement kommunaler und eigener Grundstücke sowie die allgemeine Bewirtschaftung kommunalen Eigentums.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist seit 01.04.2017 Herr Severin Kühnast. Bis 28.02.2017 war Herr Jürgen Ronneburger als Geschäftsführer tätig. Für den Zeitraum vom 01.03.2017 bis 31.03.2017 wurde Frau Annett Berthel als Interimgeschäftsführerin bestellt.

Die Gesellschaft ist alleinige Gesellschafterin der Kommunalservice Schmölln GmbH.

Gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG wurde am 5. Juni 2008 die Neue Energie Schmölln GmbH (NES) zur Errichtung einer Biogasanlage gegründet. Die Gesellschaftsanteile betragen 33,33%.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der Gesellschaft erfolgte analog den Vorjahren.

Die zukünftige Unternehmensstrategie ist schwerpunktmäßig in der weiteren Profilierung als Ver- und Entsorgungsunternehmen in Schmölln und Umgebung zu sehen.

Die Hauptgeschäftsfelder sind unverändert die Trinkwasserversorgung der Stadt Schmölln und die Versorgung mit Fernwärme. Weiterhin wird das firmeneigene Freizeitbad Tatami betrieben. Im Dienstleistungsbereich erfolgt die Betriebsführung des Eigenbetriebes Wasserver- und Abwasserentsorgung „Oberes Sprottental“, die Betriebsführung des Regiebetriebes Abwasser der Stadt Schmölln, die kaufmännische Betriebsführung der Wasserver- und Abwasserentsorgung der Gemeinde Göpfersdorf sowie die Wartung und Unterhaltung der städtischen Straßenbeleuchtungsanlagen und die Betriebsführung des Freibades der Stadt Schmölln.

Die Umsatzerlöse stiegen gegenüber dem Vorjahr, die Eigenleistungen und sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich erheblich, da im Vorjahr Erträge für die Auflösung der Rückstellung für Zinsen für die Rückzahlung von Fördermitteln im Zusammenhang mit dem Badbau in Höhe von 89,4 T€ enthalten waren. Gegenüber der Planung für das Berichtsjahr konnte die Gesamtleistung um 58,2 T€ auf insgesamt 4.871,9 T€ gesteigert werden. Auf der Kostenseite ist insgesamt ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Zum Verlauf der einzelnen Sparten:

Der Wasserverkauf stieg im Vergleich zum Vorjahr im Jahr 2017 im privaten Sektor leicht an, fiel aber im gewerblichen Sektor. Der gesunkene Bedarf an bezogenen Leistungen konnte den Anstieg des Aufwandes für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe und der Personalkosten nicht auffangen, auch die geringeren sonstigen betrieblichen Aufwendungen kompensierten die gestiegenen Kosten nicht, so dass die Sparte Trinkwasser das Jahr mit einem geringeren Ergebnis abschließt.

Die Entwicklung der Fernwärmesparte verlief gegenüber dem Vorjahr gleichbleibend. Die Gesamtleistungen sanken zwar auch hier - was einer wärmeren Winterperiode zu schulden ist - die Kostenentwicklung verlief aber weitgehend analog. Das Spartenergebnis liegt zwar ca. 3,9 T€ unter dem Vorjahr, ist aber dennoch überplanmäßig gut.

Obwohl die Besucherzahlen im Freizeitbad Tatami wiederum gleich blieben, stiegen die Gesamtleistungen in der Sparte Bad um 23,1 T€, insbesondere bei den Erlösen im Bistro und bei den sonstigen Erlösen. Ursache dafür ist das Kundenverhalten und das gute Kursangebot, besonders im Rehabilitationsbereich. Dem negativ entgegen wirken Steigerungen der Kosten von 87,8 T€ bei Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und beim Personal. Hier werden große Anstrengungen unternommen, um eine bessere Personalbindung durch verbesserte Arbeitsbedingungen zu erreichen. Die verstärkten Bemühungen um Kostensenkungen bewirkten aber auch Einsparungen bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 7,2 T€. Die Sparte Bad schließt das Jahr 2017 mit einem um 72,6 T€ schlechteren Ergebnis als im Vorjahr ab.

Im Dienstleistungsbereich sind im Jahr 2017 die Gesamtleistungen um 140,8 T€ gestiegen. Diese wurden hauptsächlich durch Leistungserbringungen gegenüber fremden Unternehmen erzielt. Durch Einsparungen in fast allen anderen Kostenbereichen konnte in dieser Sparte ein gutes Ergebnis von 468,0 T€ (VJ: 344,7 T€) erreicht werden.

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Nach § 2 Abs. 2 der Thüringer Kommunalordnung gehören unter anderem die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises einer Gemeinde.

Die Stadt Schmölln hat dabei frühzeitig entschieden, die Erfüllung dieser Aufgaben der Stadtwerke Schmölln GmbH zu übertragen.

Diese Aufgaben in Verbindung mit der Herstellung bzw. Unterhaltung der dazu notwendigen technischen Anlagen sind identisch mit der vorrangigen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft. Auch die Betreuung des Freizeitbades ist ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge.

Durch die 100%ige Beteiligung an der Gesellschaft sowie die Besetzung der Organe der Gesellschaft durch den Stadtrat ist der Stadt Schmölln der Einfluss auf die Unternehmensentwicklung vollumfänglich gesichert.

Die Größe der Stadtwerke Schmölln GmbH steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Schmölln.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Schmölln GmbH

Die Vermögenslage stellt sich anhand der nachfolgenden Struktur wie folgt dar:

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Vermögensstruktur						
Langfristige Investitionen	15.230.886,33	87,08%	16.007.063,93	85,64%	-776.177,60	-4,85%
Kurzfristiges Vermögen	2.260.144,31	12,92%	2.685.011,46	14,36%	-424.867,15	-15,82%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	17.491.030,64	100,00%	18.692.075,39	100,00%	-1.201.044,75	-6,43%

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Kapitalstruktur						
Eigenkapital	8.566.328,20	48,98%	8.362.459,27	44,74%	203.868,93	2,44%
Sonderposten	3.409.344,21	19,49%	3.646.372,79	19,51%	-237.028,58	-6,50%
Kurzfristiges Fremdkapital	1.412.043,95	8,07%	2.198.603,34	11,76%	-786.559,39	-35,78%
Langfristiges Fremdkapital	4.103.314,28	23,46%	4.484.639,99	23,99%	-381.325,71	-8,50%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	17.491.030,64	100,00%	18.692.075,39	100,00%	-1.201.044,75	-6,43%

Die Verringerung der Bilanzsumme gegenüber 2016 resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung des Anlagevermögens um 776,2 T€, da die Abschreibungen gegenüber den getätigten Investitionen höher ausfallen. Die Abnahme des kurzfristigen Vermögens um 424,9 T€ kommt noch erschwerend hinzu.

Auf der Passivseite ist der Rückgang auf die Auflösung der Sonderposten, auf die planmäßigen Kredittilgungen von 381,3 T€ und hauptsächlich auf die Abnahme des kurzfristigen Fremdkapitals von 786,6 T€ zurückzuführen.

Die Vermögenslage ist hinsichtlich ihrer Fristigkeiten geordnet.

Die Gesellschaft verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung in Höhe von 49,0 % ohne Berücksichtigung der Sonderposten sowie von 68,5 % mit Berücksichtigung des gesamten Sonderpostens. Die langfristigen Investitionen sind in geeigneter Form mit Eigenkapital und langfristigen Verbindlichkeiten finanziert. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Finanzlage stellt sich auf der Grundlage einer Kapitalflussrechnung wie folgt dar (in T€):

	2017 €	2016 €
Finanzmittelbestand 1.1.	2.076.504,79	1.835.551,23
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	135.250,37	1.012.107,92
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-136.503,45	-281.825,55
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-482.687,84	-489.328,81
Finanzmittelbestand 31.12.	1.592.563,87	2.076.504,79

Die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit konnten nicht vollständig durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden. Insgesamt verringerte sich der Finanzmittelbestand im Wirtschaftsjahr 2017 um 483,9 T€. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet. Die Finanzverhältnisse sind geordnet.

Der Jahresüberschuss setzt sich wie folgt zusammen (in T€):

	2017 T€	2016 T€	Veränderung T€
Gewöhnlicher Geschäftsbetrieb	381,9	410,4	-28,50
Finanzbereich	-93,6	-102,8	9,20
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-84,4	-111,9	27,50
Jahresüberschuss	203,9	195,7	8,2

Die betrieblichen Gesamtleistungen stiegen gegenüber dem Vorjahr an, dem standen aber auch gestiegene Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Personal gegenüber. Insgesamt überwog aber die Steigerung der Gesamtleistung, so dass die Ertragslage als gut einzuschätzen ist.

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2017 betragen die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates der Stadtwerke Schmölln GmbH 582,92 € (VJ: 751,66 €).

B. Beteiligungen der Stadtwerke Schmölln GmbH

Kommunalservice Schmölln GmbH

Am 14. Dezember 2004 erfolgte die Gründung der Kommunalservice Schmölln GmbH. Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Kommunalservice Schmölln GmbH. Die Kommunalservice Schmölln GmbH ist beim Amtsgericht Jena unter der HRB 210330 eingetragen. Die Firmenanschrift und der Firmensitz befinden sich in der Sommeritzer Straße 74/3 in 04626 Schmölln.

In der Sitzung des Schmöllner Stadtrates vom 30.03.2017 wurde die Einleitung der Rekommunalisierung der Kommunalservice Schmölln GmbH beschlossen. Mit Beschluss vom 26.10.2017 stimmte der Stadtrat Schmölln dem Kauf- und Überleitungsvertrag zum Stichtag 01.01.2018, 0.00 Uhr sowie der anschließenden Liquidation zu. Herr Severin Kühnast wurde als geborener Liquidator für die Liquidation bestätigt.

Neue Energie Schmölln GmbH

Am 5. Juni 2008 erfolgte die Gründung der Neue Energie Schmölln GmbH. Gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG ist die Stadtwerke Schmölln GmbH zu je ein Drittel Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH. Die Neue Energie Schmölln GmbH ist beim Amtsgericht Jena unter der HRB 502791 eingetragen und hat ihren Sitz in Schmölln.

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Schmölln, 05.09.2018



Beteiligungsbericht

Kommunalservice Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2017

Inhaltsverzeichnis

Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Kommunalservice Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Kommunalservice Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2016	3
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4-5
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	5
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommunalservice Schmölln GmbH	5-7
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Kommunalservice Schmölln GmbH	7
11. Beteiligung der Kommunalservice Schmölln GmbH	7

1. Vorwort

Kommunale Unternehmen und Einrichtungen sind Instrumente der Städte und Gemeinden mit denen diese die Bedürfnisse ihrer Einwohner befriedigen und sich insoweit am Wirtschaftsleben beteiligen können. Damit ist die Kommunalwirtschaft eine tragende Säule kommunaler Selbstverwaltung zur Erfüllung eigener öffentlicher Angelegenheiten durch eigene Organe im eigenen Namen auf eigene Rechnung. Diese Aufgaben können administrativ oder unternehmerisch wahrgenommen werden, in Eigenregie oder durch Beauftragte.

Das bedeutet, dass sie die Aufgaben nicht zwangsläufig selbst erfüllen müssen, sondern lediglich die entsprechende Aufgabenerfüllung veranlassen und kontrollieren sollen. Dabei ist es unerheblich, ob zur Erfüllung dieser Aufgaben Mittel des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts Anwendung finden.

Unabhängig davon sind, bezüglich der Wahl der Rechtsform kommunaler Betriebe, die gesetzlichen Regelungen der Kommunalordnungen der jeweiligen Bundesländer zu beachten.

Unter der Würdigung der Gesamtsituation wurde 2004 durch den Stadtrat der Stadt Schmölln beschlossen, den Bauhof der Stadt Schmölln in eine neu zu gründende GmbH auszugliedern.

2. Gegenstand des Unternehmens Kommunalservice Schmölln GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen im Sinne der Aufgabenerfüllung eines kommunalen Bauhofes, insbesondere der Landschaftspflege, der Pflege von Grünanlagen sowie der Unterhaltung kommunaler Straßen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem gesamten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen. Die Gesellschaft wurde am 20.01.2005 in das Handelsregister eingetragen. Sie wird beim Amtsgericht Jena unter HRB 210330 geführt. Firmensitz und Sitz befinden sich in der Sommeritzer Str. 74/3, in 04626 Schmölln.

3. Gesellschafter der Kommunalservice Schmölln GmbH

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadtwerke Schmölln GmbH. Das Stammkapital beträgt 25.000 Euro.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2017

Gesellschafterversammlung:	Jürgen Ronneburger 01.01.2017 bis 28.02.2017 Geschäftsführer Stadtwerke Schmölln GmbH Annett Berthel 01.03.2017 bis 31.03.2017 Interimsgeschäftsführerin Stadtwerke Schmölln GmbH Severin Kühnast ab 01.04.2017 Geschäftsführer Stadtwerke Schmölln GmbH
Aufsichtsrat:	
Sven Schrade (Vorsitzender)	Bürgermeister der Stadt Schmölln
Jens Göbel (Stellvertreter)	Lehrer an der Regelschule Gößnitz
Rainer Schmidt	Freiberuflicher Dozent
Winfried Hippe	Angestellter
Alexander Burkhardt	Pressesprecher
Jürgen Keller	Rechtsanwalt
Geschäftsführung:	Christian Blum 01.01.2017 bis 31.03.2017 Interimsgeschäftsführer Severin Kühnast ab 01.04.2017 Geschäftsführer Stadtwerke Schmölln GmbH

5. Gewinnverwendung

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft wird in seiner nächsten Sitzung folgender Beschlussvorschlag vorgelegt:

"Der Aufsichtsrat beschließt, der Gesellschaftsversammlung nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 55.965,73 €.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 55.965,73 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und mit dem bestehenden Gewinnvortrag verrechnet."

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Kommunalservice Schmölln GmbH beschäftigte im Jahr 2017 durchschnittlich 20 Arbeitnehmer.

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

Die Kommunalservice Schmölln GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gegründet wurde die Gesellschaft am 14. Dezember 2004. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadtwerke Schmölln GmbH. Zweck der Gesellschaft ist die Erbringung kommunaler Dienstleistungen im Sinne der Aufgabenerfüllung eines kommunalen Bauhofes, insbesondere der Landschaftspflege, der Pflege von Grünanlagen sowie der Unterhaltung von Straßen.

Alleinvertretungsberechtigter Interimsgeschäftsführer war vom 01.01.2017 bis 31.03.2017 Herr Kristian Blum und seit dem 01.04.2017 ist Herr Severin Kühnast alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer. Die Gründung der Gesellschaft erfolgte nach Ausgliederung des städtischen Bauhofes zur Schaffung neuer effektiverer Organisationsstrukturen.

In der Sitzung des Schmöllner Stadtrates vom 30.03.2017 wurde die Einleitung der Rekommunalisierung beschlossen. Mit Beschluss vom 26.10.2017 stimmte der Stadtrat Schmölln dem Kauf- und Überleitungsvertrag zum Stichtag 01.01.2018, 0.00 Uhr sowie der anschließenden Liquidation zu. Herr Severin Kühnast wurde als geborener Liquidator für die Liquidation bestätigt.

Die Grundlagen für eine leistungs- und objektbezogene Abrechnung wurden mit der Umsetzung eines Grünflächenkatasters geschaffen.

Der seit 01.04.2005 bestehende Dienstleistungsvertrag mit der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH konnte erfolgreich fortgeführt werden. Durch die Stadtwerke Schmölln GmbH wurde die Gesellschaft mit der Grünlandpflege aller wesentlichen zur Wasserver- und Abwasserentsorgung erforderlichen Grundstücke beauftragt. Weitere Dienstleistungen für umliegende Gemeinden und gemeindliche Unternehmen wie Kehrleistungen, die Pflege von Straßenbegleitgrün und Winterdiensten.

Einer gesunkenen Gesamtleistung standen aber gestiegene Aufwendungen gegenüber, insbesondere erfolgten Sonderabschreibungen zur Kaufpreisanpassung, so dass nur ein negatives Jahresergebnis erzielt werden konnte. Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 56,0 T€ ab. Damit sank das Ergebnis um 100,3 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft kann für das Geschäftsjahr 2017 nicht als zufriedenstellend eingeschätzt werden. Das Auftragsvolumen an kommunalen Dienstleistungen blieb aber stabil.

Der Einsatz von Arbeitskräften im Rahmen zusätzlicher Beschäftigungsmaßnahmen war die Voraussetzung zur Erfüllung der vertraglichen Vereinbarungen. Im Jahr 2017 standen der

Gesellschaft wiederum keine Mitarbeiter des 2. Arbeitsmarktes (VJ: 0), nur noch 1 Mitarbeiter im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes (VJ: 2) sowie nur noch 8 Saisonarbeitskräfte (VJ: 10) zur Verfügung.

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der bisherige öffentliche Zweck des ehemaligen Bauhofes wurde unverändert beibehalten. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit erfolgte lediglich ein Wechsel der Betriebsform von einem Regiebetrieb in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Im Interesse aller Bürger, Investoren und Gäste der Stadt Schmölln steht neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit weiterhin die Schaffung und der Erhalt eines sauberen und lebenswerten Stadtbildes im Mittelpunkt.

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft wurde im Gesellschaftsvertrag entsprechend formuliert und abgesichert.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der KommunalService Schmölln GmbH

Die Vermögenslage stellt sich anhand der nachfolgenden Struktur wie folgt dar:

	31.12.2017		31.12.2016		Veränderung	
	€	%	€	%	€	%
Vermögensstruktur						
Langfristige Investitionen	369.952,51	67,80%	431.630,00	62,39%	-61.677,49	-14,29%
Kurzfristiges Vermögen	175.728,29	32,20%	260.215,38	37,61%	-84.487,09	-32,47%
Gesamtvermögen/Bilanzsumme	545.680,80	100,00%	691.845,38	100,00%	-146.164,58	-21,13%
Kapitalstruktur						
Eigenmittel	258.784,23	47,42%	314.749,96	45,49%	-55.965,73	-17,78%
Kurzfristiges Fremdkapital	76.275,31	13,98%	90.001,15	13,01%	-13.725,84	-15,25%
Langfristiges Fremdkapital	200.000,00	36,65%	268.200,69	38,77%	-68.200,69	-25,43%
Passive latente Steuern	10.621,26	1,95%	18.893,58	2,73%	-8.272,32	-43,78%
Gesamtkapital/Bilanzsumme	545.680,80	100,00%	691.845,38	100,00%	-146.164,58	-21,13%
Fremdkapital gesamt o.la.St.	276.275,31	50,63%	358.201,84	51,77%	-81.926,53	-22,87%

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Jahr 2017 um 146,2 T€ auf 545,7 T€.

Die Gesellschaft verfügt über eine angemessene Eigenkapitalausstattung. Die langfristigen Investitionen sind mit Eigenkapital und langfristigen Verbindlichkeiten finanziert. Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

Die Finanzlage stellt sich auf der Grundlage einer zusammengefassten Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

	2017
	TEUR
Finanzmittelbestand zum 1.1.	244,9
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	48,8
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-75,3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-68,2
Finanzmittelbestand zum 31.12.	150,2

Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 75,3 T€ wird durch den Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit und aus dem Abbau des Finanzmittelbestandes finanziert. Die planmäßige Tilgung von Darlehen konnte vollumfänglich aus der laufenden Geschäftstätigkeit gedeckt werden. Der Finanzmittelbestand sank um 94,7 T€. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben. Sie ist auch für die überschaubare Zukunft gewährleistet. Die Finanzverhältnisse sind geordnet.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 56,0 T€ setzt sich wie folgt zusammen:

	2016
	TEUR
Gewöhnlicher Geschäftsbetrieb	-39,9
Kapitalbereich	-1,0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-15,1
Jahresfehlbetrag	-56,0

Die Ertragslage ist nicht als zufriedenstellend einzuschätzen.

Tabelle 1: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2017 - Aktiva

Aktiva	2017	2016
	TEUR	TEUR
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	4,0
Sachanlagen	369,9	427,6
Anlagevermögen gesamt	369,9	431,6
Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25,1	12,3
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	150,2	245,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,5	2,9
Bilanzsumme Aktiva	545,7	691,8

Tabelle 2: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2017 - Passiva

Passiva		2017	2016
		TEUR	TEUR
Eigenkapital			
	Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0
	Gewinnvortrag	289,7	245,4
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-56,0	44,4
Rückstellungen			
	Steuerrückstellungen	0,00	20,6
	Sonstige Rückstellungen	25,6	19,4
Verbindlichkeiten			
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16,7	30,9
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	200,0	200,0
	Verbindlichkeiten gg. Gesellschafter	30,2	83,2
	Sonstige Verbindlichkeiten	3,7	4,0
Passive latente Steuern		10,6	18,9
Bilanzsumme Passiva		545,7	691,8

Tabelle 3: Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

GuV		2017	2016
		TEUR	TEUR
	Umsatzerlöse	1.022,6	1.045,0
	Sonstige betriebliche Erträge	10,5	9,5
	Materialaufwand	262,4	215,8
	Personalaufwand	572	601,0
	Abschreibungen	139,7	76,1
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	124,9	91,3
	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0,1
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1,0	1,3
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-66,7	69,1
	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-15,1	20,5
	Sonstige Steuern	4,2	4,2
Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-56,0	44,4

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden in 2017 Vergütungen von insgesamt 291,46 € gezahlt.

11. Beteiligung der Kommunalservice Schmölln GmbH

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt. Die Stadtwerke Schmölln GmbH ist alleinige Gesellschafterin der Kommunalservice Schmölln GmbH.



Beteiligungsbericht

Neue Energie Schmölln GmbH

für das

Geschäftsjahr 2017

Inhaltsverzeichnis

Übersichten

	Seite
1. Vorwort	3
2. Gegenstand des Unternehmens Neue Energie Schmölln GmbH	3
3. Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH	3
4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2016	3
5. Gewinnverwendung	4
6. Anzahl der Arbeitnehmer	4
7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)	4-5
8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	5
9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Neue Energie Schmölln GmbH	5-7
10. Bezüge des Aufsichtsrates der Neue Energie Schmölln GmbH	7
11. Beteiligung der Neue Energie Schmölln GmbH	7

Übersichten

1. Vorwort

Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde am 05.06.2008 gegründet. Gesellschaftszweck ist die Errichtung und der Betrieb einer Biogasanlage nebst zwei Blockheizkraftwerken. Die erzeugte Energie soll vollständig in die Netze der Stadtwerke Schmölln GmbH eingespeist werden. Aufgrund eines Liefervertrages wird die erforderliche Biomasse durch die Agrarprodukte Schmölln GmbH geliefert.

2. Gegenstand des Unternehmens Neue Energie Schmölln GmbH

Gegenstand der Gesellschaft ist die Produktion elektrischer Energie und Wärme, insbesondere durch eine Biogasanlage im Gemeindegebiet der Stadt Schmölln. Die Gesellschaft wurde am 04.07.2008 in das Handelsregister eingetragen. Sie hat ihren Sitz in Schmölln und wird beim Amtsgericht Jena unter HRB 502791 geführt.

3. Gesellschafter der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Gesellschaft besteht aus drei gleichberechtigten Gesellschaftern, der Stadtwerke Schmölln GmbH, der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG. Das Stammkapital beträgt 51.000 €.

4. Organe der Gesellschaft im Jahr 2017

Gesellschafterversammlung:	Jürgen Ronneburger	- Geschäftsführer der Stadtwerke Schmölln GmbH bis 28.02.2017
	Annett Berthel	- Interimsgeschäftsführerin der Stadtwerke Schmölln GmbH 01.03.2017 – 31.03.2017
	Severin Kühnast	- Geschäftsführer der Stadtwerke Schmölln GmbH ab 01.04.2017
	Dietmar Koch	- Geschäftsführer der Agrarprodukte Schmölln GmbH
	Holger Schmidt	- Vorstand der VR-Bank
	Raik Romisch	- Vorstand der VR-Bank

Aufsichtsrat: Vorsitzender:	Steffen Schade	- VR-Bank Altenburger Land eG, Bankkaufmann
	Knut Schröder	- VR-Bank Altenburger Land eG, Bankkaufmann
	Wilfried Koch	- Agrarprodukte Schmölln GmbH, Meister der Landwirtschaft
	Christa Matthäus	- Agrarprodukte Schmölln GmbH, Hauptbuchhalterin
	Sven Schrade	- Bürgermeister der Stadt Schmölln
	Jens Göbel	- Lehrer, Staatliche Regelschule Gößnitz

Geschäftsführung:	Dietmar Koch	- Agraringenieur
-------------------	--------------	------------------

5. Gewinnverwendung

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat in der Aufsichtsratssitzung vom 07.05.2018 folgenden Beschluss gefasst:

"Der Aufsichtsrat beschließt, der Gesellschaftsversammlung der Neue Energie Schmölln GmbH folgenden Beschlussvorschlag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 56.371,57 € ab.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 56.371,57 € wird auf neue Rechnung vorgetragen."

6. Anzahl der Arbeitnehmer

Die Neue Energie Schmölln GmbH beschäftigt kein eigenes Personal.

7. Grundzüge des Geschäftsablaufes (Auszug aus Lagebericht)

„Das Geschäftsjahr 2017 wurde erstmalig mit einem Jahresüberschuss abgeschlossen. Der Jahresüberschuss betrug EUR 56.371,57 €.

Das positive Ergebnis ist auf eine höhere Vergütung (Marktprämie) der Stromerlöse durch die Direktvermarktung und einer erheblich geringeren Zinsbelastung zurückzuführen. Der Auslastungsgrad beträgt 66% und hat sich um ca. 3% verbessert.

Im Berichtsjahr erfolgte ebenfalls eine Umschuldung. Das Darlehen zur Finanzierung der Biogasanlage bei der DKB Bank AG wurde von der Gesellschafterin Agrarprodukte Schmölln GmbH übernommen. Mit den neuen Zins- und Tilgungskonditionen (0,1% Zinsen und EUR 120.000,00 Tilgung p.a.) ist bei einem Auslastungsgrad von 66% die Liquidität gesichert. Die Finanzplanung geht zudem künftig von Jahresüberschüssen aus, mit Ausnahme der Jahre in denen große Wartungen an den BHKWs vorzunehmen sind.

Die Installation der Fackelanlage wurde in 2017 durchgeführt und im Februar 2018 in Betrieb genommen.

Bei der Ertragslage zeichnet sich durch die oben genannten Veränderungen eine Trendwende an. Künftig sollte es möglich sein aus dem freien Cash-Flow den Kapitaldienst zu decken und Jahresüberschüsse auszuweisen.

Das bilanzielle Eigenkapital beträgt 747 T€ und wurde durch Darlehensverzichte der Gesellschafter in den Vorjahren aufgestockt.

Die Finanzlage war im Jahr 2017 nur durch die neuen Darlehensbedingungen gesichert. Zudem war es möglich die Fackel aus Eigenmitteln zu finanzieren. Die Stundungsvereinbarungen zu den Darlehen Photovoltaik sind beendet und die Tilgung erfolgt wieder nach regulärem Tilgungsplan.

Nach der Umschuldung mit den neuen Zins- und Tilgungskonditionen besteht noch ein Risiko, das den Bestand der GmbH gefährden kann.

Die Gesellschaft hat durch das Landratsamt mit Bescheid vom 24.11.2014 Umweltauflagen erhalten, was insbesondere auf eine Einhausung der Anlage hinausläuft. Die Gesellschaft hat gegen diesen Bescheid am 30.09.2015 vor dem Verwaltungsgericht Gera geklagt. Nach einer mündlichen Verhandlung am 24.10.2017 wurde die Klage abgewiesen. Am 20.12.2017 wurde die Zulassung der Berufung beantragt.

Sollte es zu dieser Auflage kommen, wären Investitionen in Größenordnungen notwendig, die die Gesellschaft aus eigenen Mitteln nicht aufbringen kann. Die Gesellschafter haben

aufgrund der erheblichen Kapitaleinlagen in den letzten Jahren signalisiert, keine weiteren Mittel zur Verfügung zu stellen.

Chancen für das Unternehmen wurden in einem verbesserungsfähigen Auslastungsgrad der Anlage gesehen.

8. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Aus der kommunalpolitischen Verantwortung heraus wurde das Heizwerk 1990 von der Stadt Schmölln übernommen. Ohne diese damals sehr weit reichende Entscheidung wäre die Fertigstellung des Wohnstandortes Heimstätte nicht möglich gewesen. Zum Betrieb des Heizwerkes gründete die Stadt Schmölln 1993 die Fernwärmeerzeuger- und Betreibergesellschaft. Mit der Umfirmung dieser Gesellschaft in die Stadtwerke Schmölln GmbH 1995 wurde das Vermögen von der Stadt Schmölln an die Stadtwerke Schmölln GmbH veräußert. Gegenwärtig zählen ca. 1400 Wohneinheiten, eine Schule sowie ein Kindergarten zu den Kunden der Stadtwerke Schmölln GmbH.

Durch die in den letzten Jahren extrem gestiegenen Bezugspreise für Erdgas bzw. Heizöl lässt sich ein wirtschaftlicher Betrieb zu marktwirtschaftlichen Abgabepreisen nicht mehr realisieren. Aus diesem Grund gründete die Stadtwerke Schmölln GmbH gemeinsam mit der Agrarprodukte Schmölln GmbH und der VR-Bank Altenburger Land eG, die Neue Energie Schmölln GmbH zur Errichtung und Betreuung einer Biogasanlage. Die dabei anfallende Abwärme wird kostengünstig in das Wärmenetz eingespeist.

Durch die 33%-ige Beteiligung an der Gesellschaft sowie die anteilige Besetzung der Organe der Gesellschaft durch den Stadtrat ist der Stadt Schmölln der Einfluss auf die Unternehmensentwicklung umfänglich gesichert.

9. Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Vermögenslage wird durch eine Gegenüberstellung von Vermögen und Schulden im Vergleich zu den zwei Vorjahren wie folgt dargestellt:

Tabelle 1: Vermögenslage

	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
Vermögensseite	3.809,4	3.873,2
Schuldenseite	3.050,8	3.171,0
Eigenkapital	758,6	702,2

Tabelle 2: Finanzlage

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Finanzmittelbestand zum 1.1.	36,5	31,3
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	246,2	72,4
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	130,5	11,0
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	120,7	56,2
Finanzmittelbestand zum 31.12.	31,5	36,5

Tabelle 3: Zusammensetzung zum Jahresergebnis

	2017	2016
	TEUR	TEUR
Betriebsergebnis	78,1	5,8
Finanzergebnis	-21,7	-167,5
Neutrales Ergebnis	0,0	0,0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	56,4	-161,7

Die GmbH hat das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 56.371,57 € abgeschlossen.

Tabelle 4: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2017 - Aktiva

Aktiva		2017	2016
		TEUR	TEUR
Anlagevermögen			
	Sachanlagen	3.559,6	3.637,6
	Anlagevermögen gesamt	3.559,6	3.637,6
Umlaufvermögen			
	Vorräte	69,0	69,0
	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	149,3	130,1
	Kassenbestand, Bundesbankguthaben Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	31,5	36,5
	Umlaufvermögen gesamt	249,8	235,6
Bilanzsumme Aktiva		3.809,4	3.873,2

Tabelle 5: Auszug aus der Bilanz zum 31.12.2017 - Passiva

Passiva		2017	2016
		TEUR	TEUR
Eigenkapital			
	Gezeichnetes Kapital	51,0	51,0
	Kapitalrücklage	1.800,0	1.800,0
	Verlustvortrag	-1.148,8	-987,0
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	56,4	-161,7
	Summe Eigenkapital	758,6	702,2
Rückstellungen			
	Sonstige Rückstellungen	8,3	8,3
Verbindlichkeiten			
	Verbindlichkeiten gg. Kreditinstituten	0,0	2.662,4
	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27,3	31,4
	Verbindlichkeiten gg. Gesellschafter	3.015,2	468,9
Bilanzsumme Passiva		3.809,4	3.873,2

Tabelle 6: Auszug aus der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

GuV		2017	2016
		TEUR	TEUR
	Umsatzerlöse	1.433,4	1.314,6
	Sonstige betriebliche Erträge	4,0	0
	Materialaufwand	1.060,9	1.014,5
	Abschreibungen	208,5	208,9
	Sonstige betriebliche Aufwendungen	89,7	85,2
	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21,7	167,6
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	56,6	-161,6
	Sonstige Steuern	0,2	0,2
	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	56,4	-161,7

10. Bezüge des Aufsichtsrates

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine Vergütungen an die Aufsichtsratsmitglieder der Neue Energie Schmölln GmbH gezahlt.

11. Beteiligung der Neue Energie Schmölln GmbH

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Schmölln, 12.09.2018

Beteiligungsbericht 2018

gemäß § 75a ThürKO

der Stadt Schmöln

über die Beteiligung an der

Wohnungsverwaltung Schmöln GmbH

im Jahr 2017

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	2
Gegenstand des Unternehmens Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH (WVS).....	3
Gesellschafter des Unternehmens WVS.....	3
Organe der Gesellschaft im Jahr 2017.....	3
Gewinnverwendung.....	3
Anzahl der Arbeitnehmer.....	3
Grundzüge des Geschäftsverlaufes.....	4
Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WVS.....	8

Vorwort

Die durchschnittliche Leerstandsquote der Mitgliedsunternehmen des vtw hat sich im Jahr 2017 mit 8,1 % im Vergleich zu den Vorjahren nicht verändert. Absolut hat der Leerstand sogar von 21.670 Wohnungen im Jahr 2016 auf 21.300 im Jahr 2017 abgenommen. Hierbei muss jedoch erwähnt werden, dass im Jahr 2017 insgesamt 746 Wohnungen abgerissen wurden. Hauptgrund des Leerstandes ist nach wie vor die mangelnde Nachfrage nach Wohnraum mit einem Anteil von 38 %. Wegen Mieterwechsel stehen 19 % und aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen stehen nahezu 17 % leer. Unbewohnbare Wohnungen haben einen Anteil am Leerstand von 8 %, wegen geplantem Rückbau stehen 10 % leer.

Seit dem Jahr 2002 haben Thüringer Wohnungsunternehmen mehr als 46.300 Wohnungen vom Markt genommen. Nachdem die Rückbauzahlen im Jahr 2014 mit 362 und im Jahr 2015 mit 331 Wohnungen deutlich zurückgingen, war 2016 mit 525 und 2017 mit 746 rückgebauten Wohnungen wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Für 2018 ist der Rückbau von 800 Wohnungen geplant. Noch wird im Rahmen des Stadtumbauprogramms der Rückbau insbesondere in den strukturschwachen Regionen der neuen Bundesländer gefördert. Wie sich dies nach dem Jahr 2019 gestaltet, ist nach wie vor offen.

Die Thüringer Wohnungsunternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgung breiter Schichten der Thüringer Bevölkerung mit Wohnraum. Um wirtschaftlich agieren zu können, stellen sie sich den Anforderungen des Marktes und bieten Wohnraum in allen Segmenten an.

Die derzeitigen Mieten als Haupteinnahmequelle der Unternehmen sind langfristig gesehen nicht auskömmlich, um die künftigen großen Herausforderungen schultern zu können. Die Nachfrage nach altengerechten Wohnungen steigt zunehmend. Eine wachsende Zahl der Rentner wird aber aufgrund unterbrochener Erwerbsbiografien und damit verbunden niedriger Renten nicht in der Lage sein, höhere Mieten zu zahlen. Die Sicherung bezahlbaren Wohnens ist eine elementare gesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein von der Wohnungswirtschaft gelöst werden kann.

Gegenstand des Unternehmens WVS

Gegenstand des Unternehmens ist das Errichten, Betreuen, Bewirtschaften und Verwalten von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Mit Schreiben der Stadt Schmölln vom 02.01.1997 erhielt die Gesellschaft die Erlaubnis nach § 34c GewO für die wirtschaftliche Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Baubetreuer in fremden Namen und für fremde Rechnung. Diese Tätigkeit wurde zum 31.10.2016 abgemeldet.

Gesellschafter der WVS

Alleiniger Gesellschafter der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH ist die Stadt Schmölln. Das Stammkapital beträgt € 26.000,00, es ist voll einbezahlt.

Organe der Gesellschaft im Jahr 2017

Organe der Gesellschaft sind:

- die Gesellschafterversammlung
- der Aufsichtsrat
- der Geschäftsführer.

Die Gesellschafterversammlung bestand im Jahr 2017 unverändert aus der Stadt Schmölln, vertreten durch den Bürgermeister Sven Schrade.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2017 an:

Dr. Gundula Werner	Geschäftsführerin Klinikum Altenburger Land (Vorsitzende)
Sven Schrade	Bürgermeister Stadt Schmölln (stellv. Vors.)
Matthias Jähler	Gartenbauingenieur
Ute Lukasch	Mitglied des Thüringer Landtages
Bodo Müller	Inv.Rentner
Roland Radermacher	Rentner

Als alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer war im Jahr 2017 Herr Kristian Blum - Diplom-Kaufmann (HR-Eintrag 21.10.2008) - bestellt.

Gewinnverwendung

Die Gesellschafterversammlung hat 2017 beschlossen, den ausgewiesenen Jahresüberschuss 2016 in Höhe von 761.115,05 € den „anderen Gewinnrücklagen“ zu zuführen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die WVS hat im Jahr 2017 durchschnittlich 12 Arbeitnehmer und 1 Auszubildenden beschäftigt (2016: 12 Arbeitnehmer/ 1,16 Auszubildende).

Grundzüge des Geschäftsverlaufes (Auszug aus dem Lagebericht der WVS)

1. Geschäftsumfang

In ihrer sozialen Verantwortung als kommunales Wohnungsunternehmen bleibt die bedarfsgerechte Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung der Stadt Schmölln und des Umlandes das grundlegende Unternehmensziel der Gesellschaft. Das geschieht durch die Erhaltung und Verbesserung des kommunalen Wohnungsbestandes. Soziale Belange sollen in angemessener Weise berücksichtigt werden. Diese Aufgabe kann nur durch ein leistungsfähiges und wirtschaftlich stabiles Unternehmen erfüllt werden.

Im Rahmen des gesellschaftsvertraglichen Auftrags sollen zudem auch Neubauten für breite Schichten der Bevölkerung errichtet werden. Die Anteile an unserem kommunalen Wohnungsunternehmen ist für die Stadt Schmölln keine Finanz-, sondern eine strategische Beteiligung im öffentlichen Interesse.

Die Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH verwaltet Wohnungs- und Gewerbeeinheiten unterschiedlichster Eigentumsformen. Somit zählen eigene Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und fremde Mietwohnungen zum Verwaltungsbestand.

1.1. Neubau und Modernisierung

Die umfangreichste Maßnahme des Jahres 2017 war die energetische Sanierung des Finkenweg 4-6 mit der Dämmung der gesamten Fassade, der Keller- sowie obersten Geschossdecke und dem Austausch der Fenster. Sie dient u.a. der Einsparung von Heizenergie und ist als Beitrag zur energetischen Sanierung unseres Wohnungsbestandes zu betrachten. Darüber hinaus wurde der barriere reduzierte Umbau dieser drei Hauseingänge durch den Anbau von Aufzügen erreicht. Für die Finanzierung wurden KfW-Darlehen aufgenommen sowie die Förderung durch das Thüringer Barrierereduzierungsprogramm genutzt und Eigenmittel für die weiteren Modernisierungsarbeiten eingesetzt.

Im Frühjahr 2016 erfolgte der Baubeginn in der Walter-Kluge-Straße 2 in Schmölln. Nach dem Abriss der nicht mehr sanierungswürdigen Altsubstanz entstanden in diesem innerstädtischen Neubau vier Wohnungen. Die Fertigstellung war aufgrund der schwierigen räumlichen Verhältnisse erst für das Jahr 2017 geplant. Alle vier Wohnungen konnten im April 2017 an ihre neuen Mieter übergeben werden.

Das vollständig leerstehende Haus Fichtenweg 1-6 in der Heimstätte sollte in 2016 abgerissen werden. Aufgrund der verzögerten Bereitstellung der Städtebaufördermittel und der sehr guten Auslastung der beauftragten Abrissfirma kam es erst in 2017 zum Abriss. Aufgrund starker Nachfragen wurden auf dem Gelände 35 Garagen errichtet.

Im Frühjahr 2017 begann mit dem symbolischen ersten Spatenstich ein Neubau in der Gartenstraße 28 in Schmölln. Hier entstehen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus im innerstädtischen Bereich sechs Wohnungen. Zur Finanzierung werden ein Förderdarlehen sowie Zuschussungen des Innenstadtstabilisierungsprogramms (ISSP) zum Einsatz kommen. Die Fertigstellung ist im Herbst 2018 geplant.

Entsprechend des bestätigten Wirtschaftsplanes wurden 18 Balkone in der Weststraße 29a-33a angebaut. Die Ankündigung solcher Maßnahmen löst bei unseren Mietern stets Freude aus und erhöht die langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen.

Zahlreiche kleinere bauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität konnten in unserem Bestand wieder umgesetzt werden. Neben dieser Modernisierungstätigkeit wurden wiederholt Einzelwohnungen infolge von Mieterwechseln von Grund auf erneuert. Nur durch eine zeitgemäße Ausstattung lässt sich die dauerhafte Wiedervermietung sichern.

1.2. Vermietungs- und Verwaltungssituation

Aus dem bereits bestehenden und weiter zunehmenden Überangebot an Wohnungen zeichnete sich in den letzten Jahren der Trend ab, dass sich unsanierte Wohnungen (maler- und installationsmäßig nicht instandgesetzt, alte Bäder, Fußbodenbeläge sowie Türen) kaum vermieten lassen. Hieraus lässt sich zusätzlich ein wesentlich höherer Instandhaltungsaufwand für die nächsten Jahre ableiten, um die Wohnungen in einem marktfähigen Zustand zu erhalten.

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt der Stadt Schmölln wird seit vielen Jahren durch eine negative Einwohnerentwicklung der Stadt beeinflusst. Erstmals im Jahr 2015 konnte durch die Aufnahme von Flüchtlingen der weitere Rückgang gestoppt werden. Dies setzte sich in 2017 nicht fort. Daher ist es nur durch den Gebäudeabriss gelungen, die stichtagsbezogene Leerstandsquote mit 4,6% (Vorjahr: 8,1%) deutlich zu reduzieren. Die Leerstandsquote liegt damit unter dem Niveau der durchschnittlichen Leerstandsquote des Freistaates Thüringen. Aufgrund des demographischen Wandels wird mittelfristig wieder mit einem Anstieg der Leerstandsquote zu rechnen sein. Der Anstieg des Leerstandes ist hauptsächlich im Wohngebiet „Heimstätte“ festzustellen. Im Wohngebiet „Heimstätte“ mit unseren 488 Wohnungen beträgt der Leerstand 6,4% (Vorjahr: 14,4%). Im übrigen Vermietungsbestand mit 742 Wohnungen beträgt die Vermietungsquote 96,6 %. Ausschlaggebend für eine nicht noch negativere Entwicklung sind u.a. das kundenorientierte Handeln der Mitarbeiter der Gesellschaft, die kontinuierliche Modernisierung der Wohnungen, die positiven Effekte durch die Auslastung der Gewerbegebiete der Stadt Schmölln sowie die sehr gute verkehrstechnische Anbindung der Stadt an die überregionale Infrastruktur.

Allerdings wird bei zukünftigen Planungen ein sinnvoller Rückbau von Wohnungen und damit eine Reduzierung des Wohnungsbestandes mit einzubeziehen sein. Damit besteht die Möglichkeit, die bestehenden Wohngebiete langfristig aufzuwerten. Das bestehende Stadtentwicklungskonzept dient dabei als Leitlinie des Handelns.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 konnte der Bestand der zu verwaltenden Eigentümergemeinschaften und der damit zu verwaltenden Eigentumswohnungen weitgehend stabil gehalten werden. Bestehende Verwalterverträge für Eigentümergemeinschaften, deren Laufzeiten fristgemäß endeten, wurden durch entsprechende Beschlüsse der Eigentümergemeinschaften verlängert. Die Zahl der Wohnungseigentümer, welche uns ihre Mietverwaltung übertragen, ist konstant. Die Verwaltung arbeitet effektiv und kann als stabil eingeschätzt werden.

1.3. Personalbereich

Die bestehende Personalstärke ist für die gegenwärtig zu bewältigenden Aufgabengebiete angemessen. Die meisten Mitarbeiter verfügen über eine Ausbildung als Immobilienkaufmann/ -frau oder über entsprechende gleich- bzw. höherwertige Qualifikationen. Die Gesellschaft weist für 2017 Verwaltungskosten pro Jahr und Einheit aus, die unter dem Durchschnitt der Thüringer Wohnungsunternehmen liegen. Dies ist im Unternehmensvergleich als positiv zu bewerten.

2. Wirtschaftliche Lage

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist langfristig durch Eigen- und Fremdmittel finanziert. Unser Unternehmen hat ausschließlich Darlehen für den Neubau, zur Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes aufgenommen. Der Kapitaldienst für Alt- und Wendeschulden belastet unverändert unsere Liquidität. Die finanzierenden Banken sind Förderbanken oder deutsche Kreditinstitute. Die Geschäftsbeziehungen sind stabil. Wir erwarten von unseren kreditgebenden Banken, mit denen wir bisher stets eine beiderseitig zuverlässige Zusammenarbeit gepflegt haben, dass sie die Forderungen aus den Darlehensverträgen ohne unsere vorherige Zustimmung nicht an Dritte verkaufen bzw. abtreten.

Im Geschäftsjahr 2017 kam es zu einer Neuaufnahme von Darlehen mit T€ 628,1 für die energetische Sanierung und mit T€ 149,3 für die Barrierereduzierung des Finkenweg 4-6, mit T€ 177,1 für den Neubau der Walter-Kluge-Straße 2 und mit T€ 255,0 für den Neubau in der Gartenstraße 28. Insgesamt wurde das bestehende Darlehensportfolio nicht erweitert, Neuaufnahme und Tilgung von Darlehen haben sich in 2017 weitgehend ausgeglichen.

Im September 2014 hat die Stadt Schmölln rückwirkende Straßenausbaubeiträge für die Jahre 1991 bis 2003 erhoben. Der Gesamtbetrag von T€ 190,9 für unser Unternehmen belastet die mittelfristige Liquidität noch bis 2020.

Der Finanzmittelbestand hat sich infolge der umfangreichen Neubau-, Modernisierungs- und Instandhaltungstätigkeit sowie der Abrissarbeiten im Fichtenweg 1-6 reduziert. Die Investitionstätigkeit in das Sachanlagevermögen sowie die laufende Instandhaltung wurden aus den erwirtschafteten Einnahmen, den Darlehensaufnahmen und dem Abbau der liquiden Mittel finanziert.

2.2. Ertragslage

Die Ertragslage wird maßgeblich durch die Vermietungssituation am Wohnungsmarkt beeinflusst. Das Jahresergebnis ist sehr zufriedenstellend. Es entspricht der im Rahmen der mietpreisrechtlichen Beschränkung erzielbaren Wirtschaftlichkeit.

3. Voraussichtliche Entwicklung

Die Stadt Schmölln hatte zusammen mit ihren Ortsteilen am 31.12.2017 laut Auskunft des hiesigen Einwohnermeldeamtes insgesamt 11.221 Einwohner. Seit 2000 (13.476 Einwohner) ist dies ein Rückgang von 2.255 Einwohnern bzw. von -16,7%. In 2017 waren 101 Geburten und 174 Sterbefälle zu verzeichnen.

Die Bevölkerungsvorausberechnung des statistischen Landesamtes prognostizierte bis zum Jahr 2020 für Schmölln einen Rückgang der Einwohnerzahl auf 11.273, die Bertelsmann-Stiftung sogar nur noch 10.510 Einwohner.

Die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung zeigen, dass man sich auf die Konsequenzen aus dem Rückgang und der Alterung der Gesamtbevölkerung und insbesondere der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einstellen muss. Weder Zuwanderung noch eine leicht erhöhte Geburtenrate können diesen Prozess aufhalten. Sie können ihn lediglich abmildern.

Das bestehende Stadtentwicklungskonzept sieht vor, verschiedene Objekte im Wohngebiet „Heimstätte“ abzureißen, um auf den Bevölkerungsrückgang zu reagieren. Dadurch besteht die Möglichkeit, dieses Wohngebiet in seinem Umfeld durch Schaffung von Grün- und Ruhe-

bereichen aufzuwerten. Dies betraf als erstes Objekt den Fichtenweg 1-6, der Ende Juni 2015 vollständig leer stand und Anfang 2017 abgerissen wurde.

Die sehr große Nachfrage nach den in den letzten Jahren im innerstädtischen Bereich neu geschaffenen und modernisierten Gebäuden (Wohnparkanlage Brückenplatz, Altenburger Straße 43-48, Dammgasse 4, Wohnanlage Stadtmitte, Kirchplatz 8/9, Rudolf-Breitscheid-Straße 4, Gartenstraße 14, Gößnitzer Straße 51 und Walter-Kluge-Straße 2) hat unseren eingeschlagenen Weg als richtig bestätigt. Mit dem Anbau von insgesamt über 700 Balkonen in den vergangenen Jahren kamen wir ebenfalls einer sehr hohen Nachfrage der jeweils dort wohnenden Menschen nach. Gleichzeitig sichert ein Balkon eine höhere Vermietbarkeit für die Zukunft.

Eine unternehmensinterne Betrachtung ergab, dass eine deutliche Überalterung der Mieterschaft zu erkennen ist. Daher ist die Schaffung von Arbeitsplätzen eine wichtige Voraussetzung, um einer ansteigenden Leerstandsentwicklung entgegenzuwirken und junge Menschen als nächste Mietergeneration dauerhaft zu binden.

Die umfangreichste Maßnahme des Jahres 2018 ist die energetische Sanierung des Finkenweg 1-3 mit der Dämmung der gesamten Fassade, der Keller- sowie obersten Geschossdecke und dem Austausch der Fenster. Sie dient u.a. der Einsparung von Heizenergie und ist als Beitrag zur energetischen Sanierung unseres Wohnungsbestandes zu betrachten. Darüber hinaus soll der barriere reduzierte Umbau dieser drei Hauseingänge durch den Anbau von Aufzügen erreicht werden. Für die Finanzierung sind die Aufnahme von KfW-Darlehen sowie die Nutzung des Thüringer Barrierereduzierungsprogramms und der Einsatz von Eigenmitteln für die weiteren Modernisierungsarbeiten beabsichtigt.

Entsprechend des bestätigten Wirtschaftsplanes werden 18 Balkone in der Weststraße 23a-27a angebaut. Die Ankündigung solcher Maßnahmen löst bei unseren Mietern stets Freude aus und erhöht die langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen.

In den folgenden Jahren wird sich die Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH perspektivisch weiteren Objekten im Eigenbestand zuwenden. Bei Objekten, die vor über 20 Jahren modernisiert wurden, kündigen sich hier die ersten größeren Instandhaltungsmaßnahmen an. Die Erweiterung des Gebäudebestandes kann daher nur noch sporadisch erfolgen. Auf Grund steigender Baukosten, hauptsächlich durch höhere energetische Anforderungen, nimmt die Projektfinanzierung mit der sich hieraus ergebenden Wirtschaftlichkeit eine Schlüsselposition ein. Um eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit der Vorhaben zu gewährleisten, wird die Finanzierung neben Fremdmitteln mit einem hohen Anteil an Eigenmitteln untersetzt sein. Das geht wiederum zu Lasten der Eigenkapitalreserven des Unternehmens.

Auf Grundlage unserer langfristigen Unternehmensplanung können wir auch für die Zukunft von einer positiven wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH ausgehen.

Es gehört zur Unternehmensphilosophie, die stabile Entwicklung der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH zu sichern und dabei die Verschuldung weiter konsequent abzubauen. Diese Voraussetzung und das langfristige Bekenntnis zum kommunalen Wohnungsbestand werden auch in Zukunft der Stadt Schmölln eine optimale Rendite ihres Wohnungsunternehmens sichern.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der WVS

Auszug aus der **Bilanz** zum 31. Dezember 2017

	Angaben in T Euro	2017	2016
Aktiva			
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände		5,1	2,6
Sachanlagen		37.447,7	36.101,0
Finanzanlagen		0,0	0,0
		<hr/> 37.452,8	<hr/> 36.103,6
Umlaufvermögen			
Grundstücke mit fertigen Bauten		0,0	0,0
Unfertige Leistungen		1.775,8	1.841,5
Andere Vorräte		0,0	0,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		62,5	67,0
Flüssige Mittel		2.092,6	2.497,4
		<hr/> 3.930,9	<hr/> 4.405,9
Rechnungsabgrenzungsposten		0,0	0,0
Sonderverlustkonto		0,0	0,0
Bilanzsumme Aktiva		<hr/> 41.383,7	<hr/> 40.509,5
Passiva			
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		26,0	26,0
Rücklagen		15.486,3	14.661,1
Verlustvortrag		0,0	0,0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag		673,6	761,1
		<hr/> 16.185,9	<hr/> 15.448,2
Sonderposten für Investitionszulage		1.115,7	1.151,9
Rückstellungen		87,3	86,0
Verbindlichkeiten		23.752,3	23.792,1
Rechnungsabgrenzungsposten		242,5	31,3
Bilanzsumme Passiva		<hr/> 41.383,7	<hr/> 40.509,5

Auszug aus der **Gewinn- und Verlustrechnung** zum 31. Dezember 2017

	Angaben in T Euro	2017	2016
Umsatzerlöse		5.833,0	5.766,8
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		-65,7	54,4
Andere aktivierte Eigenleistung		0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge		288,0	84,6
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		2.568,6	2.615,2
Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke		0,0	0,0
Personalaufwand		511,5	543,2
Abschreibungen		1.278,2	1.285,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen		484,0	143,5
Erträge aus Beteiligungen		0,0	0,0
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0,0	0,0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		7,7	32,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		541,8	584,9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		678,9	766,0
Außerordentliche Aufwendungen		0,0	0,0
Sonstige Steuern		5,3	4,9
Aufwendungen aus Gewinnabführungen		0,0	0,0
Jahresüberschuss		673,6	761,1

Die Aufsichtsratsvergütungen in 2017 betragen insgesamt € 500,00.

Bezüglich der Gesamtbezüge des Geschäftsführers hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 zulässigerweise von § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.